

SPW

CARL CHUNG
Öffnung oder
Inquisition
- die SPD im
Osten

Zeitschrift
für
Sozialistische
Politik
und
Wirtschaft

Interview mit
PETER SCHERER
Freie Hand im
Osten?

WELTMACHT EUROPA



KURZUM

„Öffnung oder Inquisition - die SPD im Osten“: Hinter diesem verbirgt sich eine Problematik, die immer wieder gerne verdrängt wird und dennoch akut bleibt. **CARL CHUNG** fragt in diesem Heft: Wie offen ist unsere Partei gegenüber ehemaligen Mitgliedern von SED und PDS? Und vor allem: Wie kritisch sind Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit sich selber und ihrer eigenen Vergangen-

heit, wenn sie sich zur DDR und ihren Erblasten verhalten? Die Fragen sind - natürlich auch im Angesicht einer niedergelassenen PDS und einer gleichzeitig stagnierenden Ost-SPD - brennend genug, um sich ihnen auch in den kommenden Ausgaben zu widmen.

Die **„neue Weltordnung“** läßt die spw nicht los. In diesem Heft geht es um die Positionierung Europas in der veränderten internationalen Gemengelage. Wie sich die östlichen Beben auf die gesamte europäische Tektonik in ihren inneren wie auch äußeren Beziehungen auswirken, beschäftigt uns dabei in besonderem Maße. Quer zu den Mythen des **„neuen Denkens“** beruft sich **PETER SCHERER** auf die Imperialismus-Theorie, um die geopolitische Formierung Europas begreifbar zu machen und zuallerst eine anti-imperialistische Grundposition im Umgang mit der neuen Ordnung einzufordern - unbelehrbarer Traditionalismus oder notwendige Erinnerung in ach so modernen Zeiten? **KLAUS-PETER WEINER** geht stärker von der Dynamik der westeuropäischen Integration aus (vgl. auch **JOACHIM SCHUSTERS** Artikel), um von hieraus die Frage nach **„Leitbildern europäischer Zukunft“** aufzuwerfen. Sie wird (leider) (noch) nicht beantwortet. Wichtig allerdings die These: die Linke kann ihre Krise nur als eine europäisch handelnde

Kraft überwinden. Einen wichtigen Beitrag zu einer derartigen Verständigung hat vor einigen Wochen der **FRANKFURTER KREIS der SPD-Linken** mit seinen **„Orientierungen für eine sozialdemokratische Friedenspolitik“** geleistet. Die Frage nach der Rolle Europas in der NWO wird uns weiter beschäftigen - bis zu dem Punkt, wo wir weitere **„Leitbilder europäischer Zukunft“** entwickeln können (aber dazu werden wir noch einige Hefte überstehen müssen).

Dieses Heft signalisiert eine erfreuliche Tendenz: Die Zahl der Repliken nimmt zu. **KARL-HEINZ KOPPE** geht nochmals auf die Golfkriegsdebatte und insbesondere den früheren Beitrag von Frank Wilhelmy ein. **KARL-HERMANN TJADEN** verteidigt seine **„Politische Ökonomie der Stoff- und Energiekreisläufe“** gegen die Kritik von Ralf Krämer. Und spw-Herausgeber **DIETHER DEHM** beanstandet gegenüber spw-Herausgeber **DETLEV ALBERS**, daß dieser die globalen Fragen nicht als Klassenfragen behandelt habe. Wir hoffen, die Diskussionsfäden weiterspinnen zu können. Mehr dazu im nächsten Heft ...

Uwe Kremer

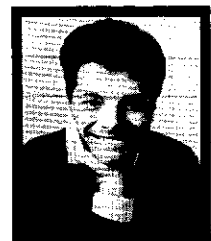
spw INTERN

Neue Mitherausgeberin und -Herausgeber: Seit Oktober 91 gehören Claudia Walther und Diether Dehm zum Kreis der Herausgeberinnen unseres Blattes. Claudia studiert Politikwissenschaft in Aachen und ist stellvertretende Bundesvorsitzende der Jusos. Diether arbeitet als Autor und Unterhaltungsproduzent. Er lebt in Frankfurt und ist dort Mitglied des SPD-Unterbezirksvorstands, außerdem stellvertretender Bun-

Claudia Walther



Diether Dehm



desvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit!

Veränderungen in der Redaktion: Nach 2-jähriger Mitarbeit sind Oliver Brosch-Guesnet, Florence Guesnet und Mathias Machnig wegen anderer Verpflichtungen ausgeschieden. Vielen Dank für Eure Mitarbeit! Neu in der Redaktion sind jetzt Gisela Becker und Fieta Saß. Gisela ist Verwaltungsbeamtin und lebt in Lohmar. Sie gehört dem SPD-Bezirksvorstand Mittelrhein an. Fieta ist Informatiker und lebt in Köln. Weiterhin gehören Ingo Arend, Uwe Kremer und Birgit Zörner der Redaktion an. Ingo ist freiberuflicher Journalist in Bonn. Uwe ist Politologe und lebt in Dortmund. Birgit ist Landesbildungsreferentin bei den Jusos-NRW und lebt ebenfalls in Dortmund. Die gesamte Redaktion arbeitet übrigens ehrenamtlich.

Auf gute Zusammenarbeit!

Inhaltliche Planung für 92: Wir haben uns vorgenommen, den inhaltlichen Zusammenhang der verschiedenen Beiträge und Heftschwerpunkte dieses Jahr stärker im Auge zu behalten. Dabei wollen wir vor allem drei Themenkomplexe verfolgen:

Neue Weltordnung: Neuer Internationalismus, Rassistimus, Produktions- und Konsummodell, europäische Perspektiven, internationale Kräfteverhältnisse sind einige Stichworte dazu. Auch Fragen nach den Perspektiven des Sozialismus bzw. Marxismus sehen wir in diesem Zusammenhang.

Ökonomischer und sozialer Strukturwandel: Stichworte: Wirtschaftspolitik, Gewerkschaftsentwicklung, Frauenperspektiven, Regional- und Stadtentwicklung, Ostdeutschland, Bildung und Hochschulen. In diesem Feld sollen neben aktuellen Analysen reformpolitische Ansätze im Vordergrund stehen.

Parteireform: Neben der Demokratiedebatte und Fragen der Reform des politischen Systems stehen für uns natürlich die Perspektiven der Sozialdemokratie im Mittelpunkt. **Neues Gesicht der spw:** Mit dieser Ausgabe erscheint spw erstmals mit dem neuem Format und Logo. Auch die Rubrizierung und Gestaltung wurden verändert. Um Fotos wird sich in Zukunft Stefan Hoppe aus Köln bemühen. Bei Birgit Cierson aus Dortmund, die zwei Jahre lang die spw gestaltet hat, möchten wir uns herzlich bedanken. Auf die Dauer scheint es uns praktischer, mit einer in Köln ansässigen Grafikerin zu arbeiten. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Frau Nußbaum!

Verlag und Redaktion spw

INHALT

Herausgeber Herausgeberinnen:
Detlev Albers (Bremen)
Heinz Albrecht (Berlin)
Diether Dehm (Frankfurt/M.)
Jürgen Egerl (Berlin)
Karin Fuchs (Wien)
Josef Hinderst (Wien)
Klaus Peter Kisker (Bonn)
Heinrich Lienker (Bielefeld)
Sus. Mobeck (Bremen)
Jrsja Pausch-Gruber (Karlstadt)
Claudia Walther (Aachen)
Kurt Wand (Hamburg)
Klaus-Peter Wolf (Frankfurt/M.)
Burkhard Zimmermann (Berlin)

Redaktion:
Ingo Arend
Gisela Becker
Uwe Kremer
Fieta Saß
Birgit Zörner

Redaktionssekretär:
Ralf Schmitz

Redaktions- und Verlagsanschrift:
Keller Str. 13, 5000 Köln 60
Telefon: 0221/623271, Telefax: 0221/612815

Verlag:
spw-Verlag Redaktion GmbH
Keller Str. 13, 5000 Köln 60

Geschäftsführer:
Andreas Bach
Ulla Saß

Konto des Verlages:
Postg. oam Dortmund
Kto. Nr. 32443468, B.Z. 44010048

Die spw erscheint in 6 Hefen im Jahr
mit ca. 60 Seiten pro Heft

Jahresabonnement DM 51,-
ermäßigtes Jahresabonnement
(für SchülerInnen, StudentInnen, Erwerbslose)
DM 42,- Auslandsabonnement DM 54,-

Abbestellungen mit einer Frist von drei
Monaten zum Jahresende

Wir freuen uns über Manuskripte und
Zuschriften. Manuskripte sollen in Maschinen-
schrift und mit einem ausreichenden Rand
versendet sein.

Wenn möglich, sollen Manuskripte auf
Diskette mit einem Ausdruck geliefert werden.
MS-DOS Textverarbeitungssystem
5.1.4 oder 3.1.2 Zonen

ISSN 0170-4613
spw-Verlag Redaktion GmbH 1992.
Alle Rechte, auch das der Übersetzung,
vorbehalten.

Titelfoto
Stefan Hoppe, Köln

Satz und Gestaltung:
Judith Nußbaum, Köln

Druck:
Notte Druck, Schwerte

13. Ausgabe Februar 1992

BLICK IN DIE WELT 4

SOZIALDEMOKRATIE

Ralf Krämer: Erfahrung für die Zukunft?

Zum 11. ordentlichen Landesparteitag der SPD NRW

am 11./15. Dezember 1991 6

Felix Welti: Tempo 30 fürs Reformprojekt 8

Carl Chung: Öffnung oder Inquisition - die SPD im Osten 10

WELTMACHT EUROPA

Hans-Joachim Olczyk: Freie Hand im Osten?

Ein Interview mit Peter Scherer 17

Klaus Peter Weiner: Welches Europa?

Westeuropäische Integration, internationale

Strukturveränderungen und transnationale Politik 23

Joachim Schuster: Auf dem Weg zu neuen Ufern?

Zu den Ergebnissen des Maastrichter EG-Gipfels 28

Frankfurter Kreis:

Orientierungen für eine sozialdemokratische Friedenspolitik 32

DEBATTE

Karlheinz Koppe: Auf der Suche nach Sündenböcken 35

Edgar Göll: Vom Yukon bis Yukatan:

NAFTA und die Freiheit für unternehmerisches Handeln 39

Carsten Sieling: Rüstungsproduktion

und Konversionsperspektiven Anfang der neunziger Jahre 43

Diether Dehm: Offener Brief an Detlev Albers 50

Karl Hermann Tjaden: Bitte um Beachtung

schweigender Bedürfnisse und stummer Opfer 53

REZENSION

Andreas Wöllersdorf: Der rote Hugenberg (Harald Wessel) 56

Renate Alves: Das Recht auf Gleichheit und Differenz -

Elisabeth Selbert und der Kampf der Frauen

um Art. II Grundgesetz (Barbara Böttger) 57

Heinz-Gerd Hofschien

Die Berliner Straßenreinigung hat 68 Straßenkehrer und Müllwerker entlassen, weil sie früher beim DDR-Ministerium für Staatssicherheit tätig gewesen waren. Die Straßenfeger - unter ihnen 12 Offiziere des ehemaligen DDR-Wachregiments - seien mit Hilfe einer betriebssinternen Fragebogenaktion "enttarnt worden", meldet dpa. Und der Personaldirektor der Straßenreinigung erklärte dem "Berliner Kurier": "Wir sind ein sauberes Unternehmen und wollen unseren guten Ruf nicht verlieren." Allerdings werden 24 weitere Müllwerker zur Zeit noch von der Gauck-Behörde überprüft, so daß der Direktor des sauberen Unternehmens seinen Betrieb leider noch nicht stasi-rein melden kann.

Die Bundesregierung plant ein Gesetz, das ehemaligen SED-Funktionären und Stasi-Angehörigen das Jagen verbieten soll, da der Jagdschein auch zum Waffentragen berechtigt. So will man ehemalige SED- und Stasi-Leute an bewaffneten Terrorakten hindern. Solche sind zwar seit der Wende nicht vorgekommen, aber man weiß ja nicht, wozu jemand fähig ist, dem man sogar seine Existenzgrundlage als Straßenfeger nimmt. Daher sollte man darüber nachdenken, ob man diesen Gesetzentwurf nicht ausdehnt: Auch das Autofahren und das Telephonieren sind heutzutage unumgängliche Voraussetzungen für jede halbwegs effektive Terrorfähigkeit. Und warum nur ein Verbot der Schußwaffen? Geschützt sind wir nur, wenn den "roten Bonzen" auch der Erwerb von Führerschein, Telefon, Brieftauben und langen Messern verboten wird. Die einschlägigen Vorschriften kann man im Reichsgesetzblatt der Jahre 1938-43 nachlesen. Der Wortlaut müßte nur unwesentlich geändert werden. Die Berliner CDU hat unter dem Motto "Bürger

gegen rote Bonzen" eine Stelle eingerichtet, die Hinweise über alte SED-Funktionäre und Seilschaften im öffentlichen Dienst telefonisch entgegennimmt. Die Anrufe, die vertraulich behandelt würden, werden im Rathaus Schöneberg von CDU-Abgeordneten bearbeitet. Angesichts schlapper Gerichte, die auch bei Tisch, Götting oder den DDR-Spionen den liberalistischen Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit huldigen, kann man diese Selbsthilfeaktion nur begrüßen. Und eigentlich ist sie auch feiner als die Veröffentlichung der Namen und Adressen der Stasi-Bonzen, mit der die "TAZ" sich in der "deutschen Revolution" so unsterbliche Verdienste erworben hat, kann man doch mit dieser Aktion wirklich allen, auch den kleinsten SEDlern auf die Schliche kommen. Unverständlich ist lediglich, warum der Parlamentarische Geschäftsführer der Berliner CDU-Fraktion, Liepelt, erklärte, es sollten "selbstverständlich keine Denunziationen herausgefordert werden." Merkwürdige Halbherzigkeiten bei einem Mann, der mit der Übernahme der NSDAP-Standardformel von den "roten Bonzen" soviel Mut bewiesen hat.

Der Leiter der Staatsanwaltschaft für Wirtschaftskriminalität in Potsdam, Theodor Bosche, erklärte unlängst, daß die Auflösung der alten Wirtschaftsstrukturen in den neuen Ländern Wirtschaftsverbrechern Gewinne in Millionenhöhe verschaffe. Das Spektrum reiche von Betrug in großem Umfang, gravierenden Verstößen gegen das Lebensmittelrecht bis zur Verletzung von Urheberrechten. Kriminelle und Geschäftemacher aus dem Westen versuchten, im Osten "abzusahnen". Dabei werde die Unkenntnis der Menschen in den neuen Ländern über die Marktwirtschaft ausgenutzt. Was meint er mit dem letzten Satz? Daß sich die Ostdeutschen bei Kenntnis der Marktwirtschaft nicht betrogen ließen oder daß Betrug und Verbrechen zur Marktwirtschaft gehören? Und so etwas druckt die "FAZ" auch noch unter der Überschrift "Zeit der Wirtschaftsbetrüger" ab. Wie war die Telefonnummer der Berliner CDU?

Vielleicht ist es für die Ostdeutschen tröstlich, daß Betrug nicht nur ihnen widerfährt. Wie der Landesrechnungshof Berlin mitteilt, besteht der Verdacht, daß die Westberliner Banken bei der Abrechnung des Begrüßungsgeldes, das sie im Herbst 1989 im Auftrage des Senats an die DDR-Bürger ausgezahlt hatten, dem Staat mehrere Millionen zuviel berechnet haben. Es fehlen bislang die Belege für 8,25 Mio. DM. Wundern läte es mich nicht. Zwar haben die drei großen Geschäftsbanken der Bundesrepublik im letzten Jahr einen Umsatz

von zusammen 905 Mrd. DM gemacht, was sind da die paar Kröten? Aber wenn man es mitnehmen kann, warum nicht? Nur wer den Pfennig ehrt, kommt zu so einem stolzen Betriebsergebnis wie die Deutsche Bank in 1990: 3.500 Mio. DM.

Derselben Meldung kann man auch entnehmen, daß allein in Berlin 1989 fast 560 Mio DM an Begrüßungsgeld ausgezahlt worden sind. Eine Menge Geld, aber eigentlich doch ganz billig für die Herstellung einer erstklassigen Marktwirtschaftseuphorie. Auch war es als erste Teilzahlung für den Erwerb Ostelbiens ganz gut angelegt. Wenn nur nicht die Folgekosten so hoch wären. Aber mit Kolonien hatten wir noch nie Glück: Auch Kamerun und Togo haben keine Gewinne abgeworfen. Apropos Geld: Nachdem die USA vor zwei Jahren Panama bombardiert hatten - erinnert sich noch jemand daran? - um den Staatschef und Ex-CIA-Agenten Noriega vor ein amerikanisches Gericht stellen zu können, versprachen sie der von ihr eingesetzten Regierung eine Wiederaufbauhilfe von 1 Mrd. Dollar. Zwar hätte auch diese Summe den mehreren Tausend Todesopfern der amerikanischen "Polizeiaktion" nichts mehr genützt, vielleicht aber den vielen Ausgebombten. Gezahlt haben die USA ganze 120 Millionen. Bei einer Auslandsverschuldung Panamas von 6 Mrd. Dollar und einer Arbeitslosigkeit von 40 Prozent ist das sehr hochherzig. Im übrigen warten wir noch darauf, daß sich ein Staatsanwalt findet, der Präsident Bush nach den Regeln der Nürnberger Prozesse (Führung eines Angriffskrieges, Verbrechen gegen die Menschlichkeit) oder wenigstens nach dem neuerdings praktizierten Berliner Landrecht für Staatschefs anklagt. Aber auf den Anblick eines in der polnischen Botschaft asylsuchenden Bush werden wir wohl noch lange warten müssen.

Es gibt Menschen, die behaupten, daß es keinen Fortschritt in der Geschichte gäbe. Das ist ganz falsch, wie man zur Zeit in Polen sehen kann. Dort ernannte jetzt Staatspräsident Walesa seinen Chauffeur zum Minister, wohingegen noch der römische Kaiser Gaius Caligula (37-41 n. Chr.) sein Pferd zum Senator gemacht hatte. Walesas Fahrer erhielt die Aufgabe der Regierungsbildung. Aber eine solche braucht Walesa eigentlich nicht, denn schon im Sommer erklärte der Friedensnobelpreisträger, Gewerkschaftsführer und Freiheitsheld "wenn ich es mit Anarchie, mit großen Streiks zu tun habe, wenn die Lage dramatisch wird, werde ich mich auf Gewalt stützen müssen, um das Land zu retten." Nicht umsonst ließ sich Walesa kürzlich mit Pilsuds-

Meckel: Stasi war nur anwesend
SPD-Bundestagsabgeordneter bestreitet Einflußnahme auf die Gründung der Ost-SPD

West-Richter und die Qual der Ost-Wahl

Gauck warnt Stasi-Opfer vor Selbstjustiz

Bereits 10 000 Anträge auf Einsicht - Finanzielle Entschädigung möglich

Verfassungsschutz: 350 Stasi-Spione arbeiten heute noch

Westdeutsche Baby-Kost auch im Osten gefragt
Preise gehen nach oben

Die Akteure der Pandora

Gelegenheit zum Einblick in Abgründe
Der Reißwolf wäre keine Alternative

kis Amtsinsignien dekorieren.

Überhaupt hat man jetzt häufig ein déjà-vu-Gefühl, wenn man das politische Personal im Osten betrachtet. Der andere große Freiheitskämpfer, Boris von Rußland, erinnert mich an einen bekanntesten Führer des 20. Jahrhunderts. Der kam vom linken Flügel der Sozialisten, mauserte sich zum fanatischen Antikommunisten, war ein begabter Demagoge mit schauspielerischen Talenten, sein Größenwahn und seine Skrupellosigkeit paarten sich mit Schläue und großer Prachtliebe. Wer Jelzins Amtseinführung mit Popen, Fahnen und Fanfarenbläsern im Fernsehen gesehen hat, wer seine offizielle Begründung für die Aussetzung der Wahlen in Rußland - es sei die Gefahr gegeben, daß die Falschen gewählt würden - gelesen hat, versteht, warum ich an Mussolini denke. Dem haben die Westmächte damals zunächst auch zugejubelt. Hoffentlich bedarf es nicht ähnlicher Anstrengungen, ihn wieder loszuwerden.

Zu Silvester 1991 hat das Deutsche Fernsehen in Moskau ein Feuerwerk an der Basilius-Kathedrale veranstaltet. Das ist von hiesigen Menschenfreunden kritisiert worden, die meinten, die ARD hätte die 100.000 DM besser für die hungern und frierenden Russen verwenden sollen. Eine kleinliche Kritik, denn

preiswerter kann man sich eine Feier zum Sieg über das Reich des Bösen kaum vorstellen, hat doch schon die amerikanische Golfkriegsparade das Hundertfache gekostet. Allerdings kommt die Knallerei etwas spät. Eigentlich war sie ja schon für Dezember 1941 vorgesehen.

Der Wirtschaftsredakteur der "FAZ", Jürgen Jeske, macht sich Gedanken, wie es nun mit Rußland weitergehen soll: "Politische Entschlossenheit hat Jelzin bislang nur in dem grandiosen Akt der Befreiung gezeigt, der aber zugleich auch seiner Machtentfaltung diene. Wird der als Populist geltende Politiker auch soviel Mut zeigen, wenn es gilt, höchst unpopuläre Wirtschaftsreformen voranzutreiben? Wenn es ernst wird mit dem Umbau, erwarten Fachleute Arbeitslosenzahlen von zehn bis zwanzig Millionen." Aber selbst wenn Jelzin nicht so spüren sollte, gibt es für Jeske Hoffnung: "Die freien Märkte, junge, zum Teil skrupellose Unternehmer sind die ersten Zeichen der Neuorientierung, die man nicht mit den Begriffen Schwarzmarkt abtun sollte. Hat sich nicht auch in Deutschland nach dem Krieg der freie Markt in der noch reglementierten Wirtschaft vor der Währungsreform auf ähnliche Weise Bahn gebrochen?" Wenn auch in schlechtem Deutsch, so schreibt er doch das, was wir immer schon vermutet hat-

ten: Der skrupellose Unternehmer mit Schwarzmarktgesinnung ist das Leitbild der freien Marktwirtschaft.

Eine hölzerne Gorbatschow-Figur, die zum Aufhängen von Jacken und Hosen und zur Ablage von Accessoires dient, hat ein Bonner Geschäft auf den Markt gebracht. Für 299 DM kann man sich das Möbelstück kaufen. So hat Gorbatschow seinen historischen Platz zwischen zigarerrauchenden Indianerfiguren und dem Sarotti-Mohren gefunden. In dieser Weise umgeben sich die Sieger der Geschichte mit komischen Bildern der Besiegten, die sich über deren Eigenschaften lustig machen: der Holzindianer der Tabakwerbung hat ein edles und würdiges Aussehen, der Mohr seine Putzigkeit. Und Gorbatschow fungiert als "stummer Diener". Das hat was.

Erfahrung für die Zukunft ?

Zum 11. ordentlichen Landesparteitag der SPD NRW am 11./15. Dezember 1991

Alle zwei Jahre hält die NRW-SPD ihren ordentlichen Landesparteitag ab. Im Mittelpunkt steht dabei das Bemühen, die NRW-SPD der Öffentlichkeit als geschlossene, regierungsfähige, aus Erfahrung bewährte und zugleich zukunftsorientierte führende politische Kraft in NRW zu präsentieren. Im Mittelpunkt dieser Inszenierung steht einerseits natürlich der Landesvorsitzende und -vater Johannes Rau, andererseits soll die genannte Botschaft an ein bis zwei inhaltlichen Punkten deutlich gemacht werden, die auf dem Parteitag im Mittelpunkt stehen. Die Funktion eines Landesparteitags als höchstes Organ der innerparteilichen Willensbildung und Demokratie gerät dabei schon mal arg ins Hintertreffen.

Diesmal gab es außerdem etwas zu feiern: seit 25 Jahren regiert die SPD ununterbrochen das Bundesland Nordrhein-Westfalen, seit 1980 mit absoluter Mehrheit. Dennoch zeichnete sich schon lange vor dem Parteitag ab, daß es diesmal nicht so einfach sein würde, in geübter Weise den gewünschten Eindruck zu vermitteln.

Das Dilemma mit der Gemeindeordnung

Hauptthema des Parteitags sollte die geplante Reform der nordrhein-westfälischen Gemeindeordnung sein. Eigens wegen des diesbezüglichen Diskussionsbedarfs war der Parteitag auf zwei Tage angesetzt worden - trotz der zugespitzten Finanzmisere des SPD-Landesverbands, der keine ordentliche Parteigliederung ist und sich ausschließlich aus Wahlkampfkosten-erstattungen finanziert. Als die Erhöhung dieser Erstattung nach den letzten Landtagswahlen nicht wie -in unangebrachter Zuversicht- einkalkuliert zustandekam, blieb der Landesverband auf Schulden in zweistelliger Millionenhöhe sitzen.

Im Vorgriff auf die Reform der Gemeindeordnung hatte Johannes Rau in seiner Regierungserklärung vollmundig 1991 zum "Jahr der kommunalen Demokratie" ausgerufen, Innenminister Schnoor hatte

umfangreiche Reformvorschläge in die Diskussion gegeben. Kernpunkte zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung: die Abschaffung der sogenannten "Doppelspitze" aus Gemeindedirektor und offiziell ehrenamtlichem Bürgermeister zugunsten eines oder einer hauptberuflichen BürgermeisterIn als zugleich ChefIn der Verwaltung, möglicherweise verbunden mit einer Direktwahl dieser Spitzenfunktion durch die BürgerInnen, sowie die Einrichtung eines Gemeindevorstands aus führenden Mitgliedern der Verwaltung sowie des Rates.

Bei der Mehrzahl der SPD-KommunalpolitikerInnen und Unterbezirke und auch den Jusos erschienen diese Vorschläge allerdings nicht als Versuche zu mehr Transparenz und Demokratie, sondern als weitere Entmachtung des Rates. Die Landesspitze der SPD hatte die Haltung der Parteibasis und die Dynamik der Debatte offenbar völlig falsch eingeschätzt. Der SPD-Landesvorstand verlegte sich vor allem aufs Taktieren und den Versuch, irgendwie noch mehrheitsfähige Kompromißlinien zu formulieren. Doch auch dies mißlang. Gegen die Stimmen Raus und fast des ganzen Landesvorstands stimmte der Parteitag auch eine Öffnungsklausel für abweichende Gemeindeverfassungen aus dem letztlich beschlossenen Antrag heraus.

Übrig von den angesprochenen Reformvorschlägen blieb eine Stärkung des Hauptausschusses und ein sehr unpräzise gefaßter Auftrag, Bürgerbegehren und -entscheide zu ermöglichen. Es ist zu befürchten, daß dieser Punkt, für den sich vor allem die Jusos sehr eingesetzt haben, mit so engen gesetzlichen Schranken verbunden wird, daß nur wenig demokratisierende Wirkung davon ausgeht.

Finanzen kontra bildungspolitische Ziele

Zu einem weiteren Schwerpunkt der Auseinandersetzungen war in den Wochen vor dem Parteitag die Bildungs-, genauer

die Schulpolitik, geworden. Das von der Landesregierung in Auftrag gegebene "Kienbaum-Gutachten" hatte massive öffentliche Diskussionen und Aktivitäten von Landesregierung und Landtagsfraktion ausgelöst, den offensichtlichen LehrerInnenmangel durch "effektiveren Lehrereinsatz", sprich größere Klassen, weniger Unterricht, Abbau von Entlastungsstunden, Abbau uneffizienter Bildungsangebote etc. ohne Neueinstellungen zu vermindern. In der NRW-Schulpolitik ist nur noch von Ökonomie und Finanzen die Rede, pädagogische und bildungspolitische Ziele kommen nicht mehr vor.

Schnellschüsse ohne vorherige Diskussion mit den Betroffenen und ungeschickte Formulierungen hatten dabei zu einer Demonstration von SchülerInnen des zweiten Bildungsweges vor dem Parteitag geführt, die zu Recht (Abendrealschulen) oder zu Unrecht (Abendgymnasien) ihre Schulen bedroht sahen, dem Rotsüß geopfert zu werden.

Schulstrukturen in NRW

Aber es geht um mehr. Ausgelöst vom Kienbaum-Gutachten ist endlich auch in der NRW-SPD die längst überfällige Diskussion um die weitere Entwicklung der Schulstrukturen in der Sekundarstufe aufgebrochen. Es geht um eine grundsätzliche Weichenstellung in Sachen Gesamtschule. Klar ist, daß es wie bisher -in unregulierter Konkurrenz von vier Regelschulformen um den "Elternwillen"- nicht weitergehen kann. Nicht nur unter Gesichtspunkten der Ökonomie und einer sinnvollen regionalen Schulversorgung wirft dies immer größere Probleme auf, sondern auch aus bildungspolitischen und pädagogischen Gründen. Insbesondere die Hauptschulen und Gesamtschulen sind immer weniger in der Lage, ihren ursprünglichen Zielsetzungen gerecht zu werden.

Es gibt nun starke Kräfte in der Partei, die als Konsequenz daraus ein zweigliedriges System entwickeln wollen aus Gymnasium und einer Art "Gesamthauptschule",

deren Oberstufe -im Unterschied zum Gymnasium- auch an einem anderen Ort untergebracht sein könnte. Insbesondere der SPD-Bezirksvorstand Ostwestfalen-Lippe hat mit einem Diskussionspapier einen Vorstoß in diese Richtung unternommen.

Aus Sicht der Jusos und vieler BildungspolitikerInnen der SPD würde dies den Abschied vom zentralen bildungspolitischen Projekt der SPD und allen damit zusammenhängenden Zielen wie Chancengleichheit, sozialer Integration, Förderung statt Auslese usw. bedeuten. Die "Eliteschule" Gymnasium könnte weiterhin alle Probleme nach "unten" abschleppen. Eine Schulform faktisch für diejenigen, die das Gymnasium nicht haben will, hätte mit Gesamtschule nichts zu tun, auch wenn sie so heißen sollte. Der Landesvorstand der Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokraten im Bildungsbereich formulierte sogar, das OWL-Zweisäulenmodell verlasse den Boden sozialdemokratischer Bildungspolitik.

Als Gegenposition wird, insbesondere von den MdL Hans Frey und Brigitte Speth, ein anderes Zwei-Säulen-Modell vorgeschlagen: auf der einen Seite soll die integrierte Gesamtschule stehen, auf der anderen Seite ein gegliedertes Verbundsystem mit gymnasialen sowie Haupt- bzw. Realschulbildungsgängen, die nach örtlichen Gegebenheiten als getrennte Schulen oder als Abteilungen bzw. Züge innerhalb eines Schulzentrums geführt werden könnten. Gesonderte Oberstufenzentren soll es in beiden Säulen geben sollen. Auch die berufliche Bildung soll in Richtung Doppelqualifizierung aufgewertet werden, unter anderem durch die Kollegschule. Diese Ansätze zeigen aus Sicht der AFB und der Jusos Wege zur Weiterentwicklung des Schulwesens im Sinne sozialdemokratischer Zielvorstellungen auf.

Es war allerdings schon vor dem Parteitag klar, daß solche grundlegenden Entscheidungen nicht auf der Basis von kurzfristig vorgelegten Initiativanträgen getroffen werden können, sondern eine breite innerparteiliche Diskussion erfordern, die auf dem Parteitag nur eingeläutet und begonnen werden konnte.

Die anderen Themen und Diskussionen

Die Themenbereiche Wirtschafts-, Umwelt- und Energiepolitik wurden mit Gewerkschafterreferaten und einmütigen

Beschlüssen zur Stahlpolitik, Kohlepolitik und Strukturpolitik abgehandelt. Zum geplanten neuen großflächigen Braunkohlentagebau Garzweiler II gelang es durch die Formulierungskünste von Umweltminister Matthiessen, das Ziel von Landesregierung und Landesvorstand zu realisieren, eine offene Kontroverse auf dem Landesparteitag zu diesem Punkt unbedingt zu vermeiden. Es wurde ein Beschluß gefaßt, der die Bedeutung ökologischer Kriterien betont, aber in der Sache der Landesregierung für ihre Politik freie Hand läßt.

Fast einstimmig wurde beschlossen, den Landesarbeitsgemeinschaften satzungsmäßig Antragsrecht zu Landesparteitagen einzuräumen. Dies war auch diesmal schon so gehandhabt worden und trug sicherlich zur Qualitätsverbesserung des vorliegenden Antragspakets bei.

Inhaltliche Auseinandersetzungen um Anträge gab es ansonsten nicht mehr. Das lag weniger daran, daß es dazu keinen Stoff gegeben hätte, sondern daran, daß fast alle weiteren Anträge aus Zeitmangel nicht mehr behandelt und an den SPD-Landesausschuß überwiesen wurden, der allerdings nur beratende Kompetenzen hat. Darunter waren landespolitisch so wichtige Anträge wie die zur Verkehrspolitik, zur Innenpolitik einschließlich der Asyl- und Einwanderungsfrage sowie zur Kinder- und Jugendpolitik.

In einer Partei, die nur alle zwei Jahre auf einem ordentlichen Parteitag diese Beratungsmöglichkeit bietet, muß dies als ernsthaftes Problem für die innerparteiliche Demokratie betrachtet werden und als besonders schwerwiegend, da diese Partei alleine die Landesregierung stellt. Ein Hauptgrund dafür ist, daß trotz Zweitägigkeit des Parteitags nur etwa die Hälfte der Tagungszeit für Antragsberatung zur Verfügung stand und viel Zeit für lange Reden (Rau, Engholm, IGBE, IGM, diverse Grußworte) und diverse Rituale verbraucht wurde. Auch die NRW-SPD sollte sich den Beschluß des letzten Bundesparteitags zu Herzen nehmen, der eine Höchstzeit für Referenten von 30 Minuten forderte: Parteitage sollen der Willensbildung der Partei von 'unten' nach 'oben' dienen.

Dies gilt um so mehr, als festgestellt werden muß, daß die Partei insgesamt ihrer Aufgabe, Vordenkerin zu sein und grundsätzliche Orientierungen zu entwickeln für die Landespolitik, bisher nicht gerecht wird. Insbesondere hat es der SPD-Landesvorstand bisher nicht geleistet, die nötigen Diskussionsprozesse innerhalb und außerhalb der Partei zu organisieren, mit

dem Ergebnis, daß in zentralen Punkten innerparteiliche Konsense nicht mehr vorhanden sind (z.B. in der Schulpolitik) und Verbindungen zu wichtigen gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen zerbröckeln. Im Landesvorstand stellte sich gelegentlich der Eindruck ein, daß die dort zahlreich vertretene Landesregierung an einer aktiveren eigenständigen Rolle der Partei gar kein Interesse hat und lieber davon ungestört regieren möchte. Längerfristig könnte das für die Mehrheitsfähigkeit der SPD allerdings ziemlich tödlich sein.

Das Thema, zu dem der Landesvorstand sich auf dem Parteitag die deutlichste Kritik anhören mußte, insbesondere von Jusos, war die Jugendpolitik und die Problematik "Jugend und SPD". Die abnehmende Beteiligung Jüngerer in der SPD werde nicht ernst genug genommen und schöngefärbt, außer Sonntagsreden werde nichts dagegen getan (vgl. dazu auch den Beitrag in spw 55 zur Auseinandersetzung um die Landesliste zur Bundestagswahl 1990). Außerdem war der Landesvorstand einem ausdrücklichen Auftrag des letzten Landesparteitags, einen jugendpolitischen Antrag vorzulegen, nicht nachgekommen.

Vor dem Hintergrund dieser Diskussion muß das Ergebnis der Wahlen zum Landesvorstand gesehen werden. Nachdem Johannes Rau als Vorsitzender, als stellvertretende Vorsitzende Christoph Zöpel und als Nachfolgerin von Antje Huber neu Gabi Behler aus OWL sowie als Schatzmeister Fritz Ziegler mit gewohnt großen Mehrheiten ohne GegenkandidatInnen (wieder)gewählt worden waren, gab es bei den BeisitzerInnen die spannende Frage, wer rausfallen würde. Neben den 15 von den Bezirken vorgeschlagenen GenossInnen kandidierte auf Vorschlag der Juso-Landeskonferenz auch der Juso-Landesvorsitzende Ralf Krämer für den Vorstand. Er wurde - zumindest in dieser Höhe unerwartet - mit dem drittbesten Stimmergebnis gewählt.

Knapp nicht wiedergewählt wurde Wolfgang Hahn-Cremer, der selbst vor acht Jahren auf ähnliche Weise als ehemaliger Juso-Landesvorsitzender erstmals in den SPD-Landesvorstand gewählt worden war und dabei den allseits berichtigten Horst Niggemeier (Datteln) verdrängt hatte. Diesmal war es nicht gelungen, sich in Kreisen der "Parteilinken" auf Landesebene auf ein potentielles Opfer zu verständigen - was nur symptomatisch für deren Zustand ist.

Ralf Krämer
Juso-Landesvorsitzender und Mitglied des
SPD-Landesvorstands NRW

Tempo **30** fürs Reformprojekt

Nach dem Landesparteitag am 30.11./1.12.1991 in Harrislee konnte auch die rechtste bürgerliche Presse nicht umhin, der SPD Schleswig-Holstein zu attestieren: "So zahm und artig war die SPD noch nie ... Das Programm geriet zur Nebensache." (Kieler Nachrichten, 2.12.) oder die SPD als "Wahlverein zur Sonne" zu bezeichnen (Stormarer Tageblatt, 7.12.). Die Mischung aus wenig Anerkennung und viel Häme zeigt schon, daß hier wohl kaum eine sehr geschickte Strategie zur Erweiterung der Reformspielräume vorliegt. Der Landesverband Schleswig-Holstein und der "MP" Engholm zeigen die Möglichkeiten, aber auch die gegenwärtige Begrenztheit jener "Enkel-SPD", die einstmaligen Ökopax-Linken in der SPD. Gibt es Reformpolitik vor dem Horizont des Berliner Programms, die zugleich weder auffällt noch aneckt? Galt die SPD Schleswig-Holstein über viele Jahre als bundesweit "linkester" und "aufmüpfigster" Landesverband so ist damit jedenfalls Schluß, wenn nicht schon immer viel Legende dabei war. Das Programm für die Landtagswahl am 5.4.1992 geht von dem Ansatz aus, die Reformvorhaben des Regierungswechsels 1988 reichten noch für weitere vier Jahre, neues sei nicht angesagt. Unter den Augen des Parteivorsitzenden bleibt der prinzipielle Ansatz des Programms hinter "Fortschritt 90" zurück, wenn "Wirtschaftskraft stärken" und "Ökologische Erneuerung" unverbundene Schwerpunkte bleiben, die jeweils traditionelle Wirtschaftsförderungs- und Naturschutzpolitik skizzieren. Schon die Aussage, Strukturpolitik müsse "steuern" erschien der Antragskommission zu planwirtschaftlich. Und die einstmalige wachstumskritische Schleswig-Holstein-SPD schämt sich nicht, in ihrem Programm zu behaupten "In Schleswig-Holstein sind Wirtschaft und Umwelt keine Gegensätze

mehr" und sich auch noch den 1990er Boom der grenznahen Regionen ausdrücklich auf die eigene Fahne zu heften. Auch sonst frönt das Programm einer unangenehm überzeichneten Leistungsbilanz. In der Tat sind bei der Demokratisierung der Gemeindeordnung oder des Schulgesetzes, mit einem Frauenministerium und Gleichstellungsbeauftragten in den Kommunen, einem Kindertagesstättengesetz, einem Bildungsurlaubsgesetz und Reformen im Naturschutzbereich dringend notwendige und teilweise auch mutige Reformen gemacht worden, die man nicht verstecken braucht. Aber die Partei hat auch in Schleswig-Holstein nicht das Problem lösen können, als Regierungspartei zugleich Bewegungspartei zu sein und sich dadurch innovative Kraft zu bewahren. Hatte der Landesverband zunächst noch versucht, dieses Problem durch die intensive Debatte landespolitischer Bereiche wie der Gen- und Reproduktionstechnik zu lösen (wobei prompt ein so fortschrittlicher Beschluß herauskam, daß diese Strategie fallengelassen wurde), dümpelt die Partei nun im seichten Wasser mit dem Vorsitzenden *Willi Pieczyk*, dessen strategische und visionäre Fähigkeiten auf die eines Juso-Seilschaftsführers beschränkt scheinen. Andere Köpfe in der Partei, wie der ungeliebte Fraktionsvorsitzende *Gerd Börnsen* (von dem es heißt, daß er gerne Engholms Nachfolge anträte) oder der jedenfalls als ehrlich und geradlinig geltende Sozialminister *Günter Jansen* (der dafür mehr Chancen haben soll), haben durch ihre Funktion natürlich wenig Interesse an mehr Widerspruch. In Harrislee wurde jedenfalls erfolgreich eine Programmdebatte verhindert. Eine etwas verschärfte Formulierung zum Tempo 30 und die Einführung einer Ausländerbeauftragten waren dabei die einzigen Korrekturen gegen den Willen der Spitze. So

stimmte der Parteitag mit großer Mehrheit für den Neubau der Autobahn A 20 von Lübeck nach Osten (im aufgeblasenen Engholm-Deutsch: "baltische Magistrale") und für eine feste Elbquerung nördlich Hamburgs. Anträge der Jusos und der noch nicht ganz homogenisierten Kreisverbände Lübeck und Stormarn zu Nachbesserungen im Wirtschaftsbereich, für ein aussagekräftiges Jugendkapitel mit einem "Lafög" und für die Landesverantwortung bei Gesamtschulen (zur Zeit entscheiden die oft mit rechten Mehrheiten versehenen Kreise und Kommunen, ob der Elternwille für Gesamtschulen beachtet wird) wurden weitgehend vom Tisch gewischt, das Jugendkapitel immerhin in letzter Minute aus dem Schwerpunkt "Kinderfreundliches Schleswig-Holstein" ausgegliedert. Die Wende früherer "Ökosozialisten" zu Autobahnfreunden war wenig überraschend, wenn man die Funktionsmechanismen der "gewöhnlichen Sozialdemokratie" kennt. Nicht zuletzt angesichts der fast bodenlosen Schwäche der anderen Parteien in Schleswig-Holstein, Grüne eingeschlossen, stehen die Chancen zur absoluten Mehrheit am 5.4.1992 trotz allem nicht schlecht und es gibt auch noch genügend gute Gründe, sie von Herzen zu wünschen. In Schleswig-Holstein ist es aber nach dem Ende der "wir-sind-alle-links-illusion" höchste Zeit, mit dem Aufbau einer bewußten Parteilinken zu beginnen, die sich den Aufgaben der Repolitisierung der SPD im Sinne einer Bewegungs- und Gestaltungspartei stellt. Bei den Jusos in Schleswig-Holstein hat sich bereits gezeigt, daß "Regierungspartei sein" nicht nur den Karrierismus und die Stromlinienform fördert, sondern hier und da auch ein Bedürfnis für radikalere und mutigere Kritik schafft.

Felix Welti, Großhansdorf
Thomas Westphal, Lübeck

Bücher, Bücher...

... zu verschenken!

Bücher zu verschenken hat der spw-Verlag. Stell dabei allerdings Bedingungen. Nur wer ein neues spw-Abonnement vermittelt oder spw für sich selbst bestellt, bekommt von spw eine Buchprämie - kann sich das Buchgeschenk aber selbst aussuchen. Derzeit hat spw zu bieten:

- Nr. 1/92 **Frank Deppe, Jenseits der Systemkonkurrenz.** Überlegungen zur neuen Weltordnung, Marburg 1991 (Verlag Arbeit und Gesellschaft), Ladenpreis DM 22,-
- Nr. 2/92 **Eckart Spoo (Hrsg.), Kohzeit.** Ein Kanzler und sein Deutschland, Köln 1991 (PapyRossa), Ladenpreis DM 20,-
Autorinnen und Autoren: Angelika Beer, Edelgard Bulmahn, Frank Deppe, Bernd Engelmann, Wolfram Frommel, Gerald Höfner, Werner Hill, Mechthild Jansen, Arno Klönne, Otto Köhler, Reinhard Kühnl, Ines Lehmann, Hermannus Pfeiffer, Wolfgang Plat, Fred Schmidt, Eckart Spoo, Klaus-Peter Weher
- Nr. 3/92 **Peter Wahl (Hrsg.), Warum Montezuma nicht Europa entdeckt hat.** Europa und die Dritte Welt, Köln 1991 (PapyRossa), Ladenpreis DM 24,-
- Nr. 4/92 **Detlev Albers, Sozialismus im Westen.** Erste Annäherungen. Marxismus und Sozialdemokratie, Hamburg 1987 (Argument), Ladenpreis DM 19,80



spw-Abo-Bestell- (und Buchprämien-) Coupon auf dieser Seite. Oder beiliegende Bestellkarte benutzen. Ich abonniere spw für mindestens zwölf Monate ab sofort/ab Heft Nr. ...

spw erscheint mit sechs Heften im Jahr bei einem Gesamtumfang von ca. 360 Seiten. Die Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.

Jahresbezugspreis (incl. Versand): Inland DM 51,-/Ausland DM 54,-/ermäßigter Inlandspreis (für Schülerinnen, StudentInnen, Arbeitslose: nur gegen schriftliche Bescheinigung) DM 42,-/ermäßigter Auslandspreis (wie oben): nur gegen Bescheinigung) DM 45,-

Das ABO geht an:
Name, Vorname: _____
Straße _____
PLZ, Ort _____
Datum, Unterschrift _____
1. Diese Bestellung kann innerhalb einer Woche widerrufen werden (Poststempel). Ich bestätige hiermit, daß ich über mein Widerrufsrecht in Kenntnis gesetzt wurde.
2. Ich bin damit einverstanden, daß die Post etwaige Änderungen meiner Anschrift an den Verlag weiterleitet.
2. Unterschrift (bitte auch hier unterschreiben) _____

Probe-ABO
Ich bestelle ein spw-Probe-Abonnement zum Sonderpreis. Damit erhalte ich die nächsten beiden Ausgaben von spw, die in zweimonatigem Rhythmus erscheinen. Das Probe-Abo verlängert sich nicht automatisch.
Name, Vorname _____
Straße _____
PLZ, Ort _____
Datum, Unterschrift _____

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung.
Rechnung geht an:
Name, Vorname _____
Straße _____
PLZ, Ort _____

Ich wünsche Bankeinzug:
Geldinstitut _____
Bankleitzahl _____
Konto _____
Datum, Unterschrift _____

Buchprämie
Ich habe mit die Buchprämie Nr. ... ausgesucht. Sie geht an folgende Adresse:
Name, Vorname _____
Straße _____
PLZ, Ort _____

Wenn Sie ein Geschenkabonnement bestellen, so müssen Sie sowohl die Adresse des/der Beschenkten als auch Ihre Adresse in der jeweiligen Spalte oben angeben.

- Ich zahle mit Verrechnungsscheck (anbel). der Preis beträgt DM 15,- (incl. Versand).
- Ich zahle nach Erhalt der Rechnung. Der Preis beträgt (wegen des Aufwands für Rechnungsstellung) in diesem Fall DM 17,- (incl. Versand).

Coupon ausschneiden und einsenden an: spw-Verlag, Kieler Str. 13, W-5000 Köln 80

Öffnung oder Inquisition - die SPD im Osten

(Diskussionspapier)*

1.

Der Aufbau der SPD in Ostdeutschland kommt nicht voran. Die Entwicklung der Mitgliederzahlen stagniert auf einem völlig unakzeptablen Niveau. Der Mitgliederbestand im gesamten Ostteil Berlins bewegt sich z. B. unter 2000, in der Größenordnung eines mittelgroßen Kreisverbandes in West-Berlin! Von einer nennenswerten Verankerung der Ostberliner Sozialdemokratie in den Gewerkschaften kann nicht die Rede sein, gleiches gilt für die Verankerung in der Frauen-, Jugend- und Umweltbewegung. In den Gewerkschaften sind vielmehr - wenn überhaupt von parteipolitischen Bezügen etwas zu bemerken ist - CDU und PDS als Ansprechpartner aktiv. Wenn es auch keiner von beiden gelungen ist, sich mit einer gewerkschaftlichen Verankerung politisch zu profilieren, so gelang dies der Ost-SPD schon gar nicht. Die linken außerparlamentarischen Bewegungen sind bisher unbestrittene Domänen von PDS und Bündnis 90, und auch als Mieterpartei ist das Profil der SPD im Osten noch dünner als im Westen.

Die Schwierigkeiten der SPD im Osten erklären sich zu einem großen Teil aus ihrer Herkunft aus der DDR-Opposition, die sich unter dem Dach der Kirche sammelte und eher durch evangelische Christen als durch Vertreter der Werktätigen in den Betrieben beeinflusst wurde, sowie aus ihrer Rolle als staatstragender Teil der Großen Koalition mit der Ost-CDU und dann seit 1991 in Berlin. Hinzu kommt eine allgemeine Politik- und Parteiverdrossenheit in Ostdeutschland seit der Ernüchterung über die Ergebnisse des Anschlusses der DDR an die Bundesrepublik. Aber wenn auch CDU, FDP und PDS noch vom Mitgliederbestand der alten Staatsparteien zehren können, so reicht dieser Umstand nicht als Erklärung

dafür, daß die SPD mehr als die anderen Parteien unter der Politikverdrossenheit leidet und weniger als jene in den gegenwärtigen gesellschaftlichen Bewegungen verankert ist. Die SPD im Osten erscheint bisher nicht als Volkspartei, und zwar weder als Mitglieder- noch als Programmpartei. Ihr politisches Profil ist zwischen den CDU-Sozialausschüssen und den sozialliberalen Flügeln von FDP und Bündnis 90/Grünen kaum auszumachen, und die PDS geriet nicht durch eine politische Auseinandersetzung mit der SPD, sondern dadurch in die Krise, daß sie ihre politischen Altlasten nicht bewältigen und ihre inneren Widersprüche nicht konstruktiv aufheben konnte. Als soziale Kopie der CDU wirkt die SPD weder nach rechts noch nach links besonders attraktiv. Neben der inhaltlichen trifft die Ost-SPD ihre organisatorische Schwäche besonders. Sie verhält sich nicht als gesellschaftliches Standbein einer Parlamentspartei, sondern als Wahlverein nach dem Muster der US-Parteien. Außerhalb der Parlamente tritt sie als Forum politischer Willensbildung nicht in Erscheinung, ist als Partei weniger noch als im Westen Ausgangspunkt des parlamentarischen Handelns der Fraktionen in Landtagen und im Bundestag. Viel weniger als im Westen funktioniert sie als tätiges Verbindungsstück zwischen gesellschaftlichen Bewegungen und parlamentarischer Politik. Will sie nicht ein Wahlverein amerikanischen Musters (möglichst nach den Maßstäben modernen Managements zur Werbeagentur "modernisiert") bleiben, muß sie ihr Selbstverständnis, ihr Erscheinungsbild und ihre Arbeitsweise radikal ändern. Eine Öffnung ist schon aus pragmatischen Gründen notwendig: Mit dem derzeitigen Mitgliederbestand ist die Partei weder in der Lage, Wahlkämpfe zu bestreiten, noch Apparat und politische Arbeit zu finanzieren.

Der Weg zur politischen Partei im Sinne des Grundgesetzes ist alternativlos. Die Aussichten dafür sind grundsätzlich wesentlich besser als die Ausgangslage: In der Ost-CDU (besonders bei Teilen des

"Demokratischen Aufbruchs") ist ein christlich-soziales Politikverständnis im ursprünglichen Sinne sehr viel stärker verankert als in der West-CDU, was früher oder später mit dem atlantischen Konservatismus der Kohl-Partei in Konflikt geraten muß. In der Ost-FDP gibt es starke sozialliberale Kräfte, die mit dem Wirtschaftsliberalismus der West-FDP kaum zu vereinbaren sind und auf Reibungsverluste zugunsten der SPD hoffen lassen. Das Bündnis 90 wird als parlamentarische Kraft in absehbarer Zeit zerfallen. Als DDR-Bewegung gelang es ihm nicht, sich als bundesweite parlamentarische Kraft zu etablieren. Seine lose Struktur erweist sich als zu instabil und zu wenig handlungsfähig, um im harten Klima der parlamentarischen Parteiendemokratie zu bestehen. Innerhalb des Bündnisses streben die verschiedenen politischen Kräfte nach dem Wegfall ihrer gemeinsamen Bezugspunkte in der DDR auseinander, und nach der Spaltung der West-Grünen wird das Bündnis in der Fusion mit dem ökoliberalen Mehrheitsflügel der Realos zerbrechen. Ähnliches, wenn auch unter anderen Vorzeichen, gilt für die PDS.

Der Gysi-Partei
ist es nicht gelungen,
ihre Vergangenheit
glaubwürdig
aufzuarbeiten.

Im Zusammenhang mit ihrer Inkonsequenz beim Versuch der Erneuerung und ihrer Unfähigkeit, eine klare Position im Parteienspektrum der gesamten Bundesrepublik zu beziehen, steht der fehlgeschlagene Versuch, die PDS als gesamtdeutsche Partei zu etablieren.

SOZIALDEMOKRATIE

Sie wird nur noch durch den rückwärtsgegangenen Bezug zur DDR zusammengehalten und beginnt jetzt gerade an diesem Punkt - namentlich an der Stasi-Debatte und der Diskussion über das SED-Erbe - auseinandergebrochen. An der Bruchlinie zwischen demokratischen Erneuerern und alter SED wird ein Konflikt aufgemacht, der weitere Risse vertieft: Zwischen West-Linken und DDR-Kommunisten, zwischen kritischer Jugend und SED-Veteranen, zwischen konservativen Altkommunisten, strukturkonservativen Reformisten, demokratisch-sozialistischen Erneuerern, Linkssozialisten, fundamentalistischen Utopisten, Trotzlisten und autonomen Linksradikalen, zwischen Bewegungslinken und Parteikonservativen usw. usf.

Gregor Gysi ist als Integrationsfigur für dieses Spektrum, in das mindestens vier verschiedene Grundrichtungen oder Parteien hineinpassen und das sich in weiten Teilen mit den Spektren der Sozialdemokratie, der Grünen und der ökologischen Linken überschneidet, verbraucht. Die Polarisierung in der PDS nimmt rapide zu und wird die Partei entweder zerreißen oder zerbröckeln lassen.

2.

Nun werden die wenigsten der Frustrierten aus Bündnis 90 und PDS den direkten Weg in die Sozialdemokratie suchen. Wer nach dem gescheiterten Versuch der Reform der SED, nach dem Zusammenbruch der DDR (die für viele in der SED Heimat war, auch und gerade wenn sie sich demokratisch reformiert wünschten.) und nach der gescheiterten Erneuerung der PDS diese verläßt, der wird von Parteien und innerparteilichem Streit vorerst genug haben. Ähnliches wird auch für christlich-soziale Christdemokraten und freiheitlich-soziale Liberale gelten, und aus dem Bündnis 90 wird es viele zurück in die Basisinitiativen in die Nischen der Gesellschaft treiben. Viele werden sich aber bald auf den Öko-Bauernhöfen, in den Frauen-Wohngemeinschaften und Studiengruppen langweilen und herausfinden, daß die politische Wirkung von Antirassismuskampagnen, Stadtteilinitiativen, kommunalen Bürgerforen, Elternvertretungen, Frauengruppen, Hochschulverbänden usw. sehr begrenzt ist.

Früher oder später wird sich die SPD

die Frage stellen müssen, wie sie mit dem kritisch-kreativen Potential Ostdeutschlands umgehen will. Wenn sie auch im Osten zu einer sozialdemokratischen Volkspartei werden will, muß sie versuchen, die engagierten Bürgerinnen und Bürger in den Gewerkschaften, Kirchen, in Frauen-, Umwelt-, Jugend- und Mieterpartei, in den Arbeitsloseninitiativen und Antirassismuskampagnen, Menschenrechtsgruppen und Bürgerforen zu erreichen und für die Mitarbeit in der Sozialdemokratie zu gewinnen. Spätestens dann stellt sich die Frage, wie sie es mit den Mitgliedern der ehemaligen Staatsparteien hält.

"Zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gehört jede Person, die sich zu den Grundsätzen der Partei bekennt und die Mitgliedschaft erworben hat." (2 des Organisationsstatuts)

Die Grundsätze der Partei sind dem Grundsatzprogramm zu entnehmen, das sich an alle Menschen wendet, "die sich mit uns an das Umsteuern, Planen und Gestalten (von gesellschaftlichem Fortschritt, der unsere Gesellschaft freier, gerechter und solidarischer macht,) heranwagen." (Berliner Programm II.2)

Das gültige Grundsatzprogramm der SPD schließt mit der Aufforderung: "Unser Programm läßt sich nur im kritischen Dialog verwirklichen. Wir rufen alle, die uns helfen wollen auf, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands durch ihre Mitarbeit, ihre Solidarität, ihre Kritik und ihre Phantasie anzusporren und zu stärken." (Berliner Programm V.)

Gilt das wirklich für alle? Auch für ehemalige Mitglieder der Parteien des "Demokratischen Blocks"?

Das Bekenntnis zu den Grundsätzen und Zielen der SPD ist das eine, aber der Erwerb der Mitgliedschaft ist etwas anderes - wen wollen wir als Genossin bzw. Genossen in unsere Reihen aufnehmen? Und wen nicht?

Natürlich wollen wir weder einen ehemaligen Stasi-Oberst, der nach eigener Einschätzung "nur Berichte weitergeleitet" und damit "nie jemandem geschadet" hat, noch einen ehemaligen Polit-Offizier der Grenztruppen, der nur "Wache geschoben" hat "wie jeder Soldat überall". Natürlich wollen wir keine ehe-

malige Funktionärin einer SED-Bezirksleitung, die "nur weil die Verhältnisse damals so waren", ein Parteiverfahren anzettelte, das einem Vorlauten die berufliche Laufbahn zerstörte. Natürlich wollen wir keinen ehemaligen informellen Mitarbeiter des MfS, der "nur die Stimmung an der Basis nach oben vermitteln" wollte und so "nur der Verbesserung der Verhältnisse gedient hat."

Wir wollen nicht, daß sich jemand, der durch seine Tätigkeit zum Unrecht des repressiven Sozialismus beigetragen hat, Sozialdemokrat nennen darf. Wir wollen die Unschuld Ost-SPD bewahren. Wir wollen nur gute Menschen in unseren Reihen, die glaubwürdig für die Verbesserung der gesellschaftlichen Verhältnisse eintreten können, weil sie zu schlechten nichts beigetragen haben.

Wer von uns kann das von sich behaupten? Auch im Westen gab und gibt es Berufsverbote, Entlassung und Denunziation - sicher unter ganz anderen Verhältnissen, aber auch sie können Lebenswege verbauen. An ihnen waren und sind auch Sozialdemokraten beteiligt. Auch Sozialdemokraten tragen im Westen Verantwortung für halblegale bis illegale Operationen von Verfassungsschutz, BND und MAD, für Polizeikesel und andere Übergriffe der Staatsgewalt, für illegale Parteienfinanzierung, Bauskandale, Waffenexporte und Umweltzerstörung. Durch die Zustimmung zu Bundesgesetzen (z. B. zum Einigungsvertrag) - auch und gerade wenn sie alternativlos schien - haben auch Sozialdemokraten an staatlichen Maßnahmen teilgehabt, die Not und Gewalt in Form von Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Abdrängung an den Rand der Gesellschaft zur Folge hatten. Natürlich ist diese Gewalt von einer anderen Qualität als das Unrecht eines DDR-"Sozialismus", der hinter die Errungenschaften der französischen Revolution zurückfiel.

Aber ist dies das Verdienst der weniger fehlbaren Menschen im Westen? Wenn im Westen die Denunziation eines Lehrers für diesen "nur" den Verlust des Arbeitsplatzes, im Osten aber Haft, Abschiebung und Freigabe seiner Kinder zur Zwangsadoption zur Folge hatte, ist deshalb der eine weniger Denunziant als der andere?

Das Grundsatzprogramm der SPD geht vom fehlbaren Menschen aus. Weil wir

in "unserem Verständnis von Politik" davon ausgehen, daß "Irrtum und Schuld, ...Versagen und Scheitern" zum Leben des Menschen gehören, treten wir für Demokratie und demokratische Begrenzung von Macht ein. Dieses Politikverständnis gilt auch gegenüber uns selbst. Da wir uns selbst als fehlbar erkennen, schließen wir uns nicht aus der Politik aus, hoffen aber, aus Fehlern zu lernen und Konsequenzen zu ziehen.

Wenn dies für uns gilt, so muß es auch für alle anderen gelten. Selbst für einen ehemaligen Stasi-Obrieten, Grenztruppen-Offizier, eine SED-Funktionärin oder einen Stasi-IM.

Der Versuch, eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, in der die Selbstbestimmung der Menschen in Politik und Arbeitswelt, in der Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, soziale Gleichstellung der Geschlechter und Demokratie in allen gesellschaftlichen Bereichen verwirklicht sind und die von Klassen-schranken befreit ist, kann Sozialdemokraten nicht als ehrenrührig gelten - diese neue und bessere Ordnung erstrebt ja gerade die Sozialdemokratie, und sie hat dieses Ziel in ihr Grundsatzprogramm geschrieben. Dieses Ziel haben Sozialdemokraten und Kommunisten immer geteilt:

Sozialdemokraten und Kommunisten berufen sich beide auf das humanistische Erbe Europas. Beide nehmen für sich in Anspruch, dieses Erbe weiterzutragen, den Interessen der arbeitenden Menschen verpflichtet zu sein, Demokratie und Menschenrechte zu verwirklichen.

Aber sie leben seit sieben Jahrzehnten in bitterem Streit darüber, in welcher Weise dies zu geschehen hat." (Der Streit der Ideologen und die gemeinsame Sicherheit, gemeinsames Papier der SPD-Grundwertekommission und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, 8/1987) Der Streit hat sich erledigt. Der Weg des Kommunismus ist gescheitert. Das vollständige Scheitern des "Marxismus-Leninismus" der SED konstatiert die SED-Nachfolgepartei, die in ihrem Programm von 1990 schreibt: "...durch den administrativ-zentralistischen Sozialismus (wurde) eine der größten humanistischen Ideen der Menschheitsgeschichte in den Schmutz

gezogen." Daß sie sich ausgerechnet nach dem antikomunistischen Kampfbegriff der SPD benannte, macht deutlich, wie wenig inhaltlich eigenständige Substanz der PDS nach dem Scheitern des SED-"Sozialismus" blieb.

Wenn sich aber auch der ideologische Streit mit den Kommunisten historisch erledigt hat, so sagt das Scheitern des "realen Sozialismus" und damit auch das Scheitern derer, die ihn mit dem Ziel der Realisierung wirklich sozialistischer Verhältnisse zu verändern suchten, nichts über die Wahrhaftigkeit ihres Versuchs der demokratischen Erneuerung von SED und DDR aus. Wenn Sozialdemokraten und Kommunisten ein gemeinsames Ziel hatten, wie es im SPD-SED-Papier steht, so muß auch davon ausgegangen werden, daß es Kommunisten gab, die dieses Ziel ehrlich anstrebten. Es muß davon ausgegangen werden, daß sich Menschen ob des sozialistischen Zieles der SED angeschlossen haben und auch in der SED blieben, als sie deren Weg als falsch erkannten, um ihn durch Reformen zu verändern. Wenn sie das stalinistische System für reformfähig hielten, so haben sie sich geirrt, wie die Geschichte bewies. Aber mit ihnen geirrt haben sich auch die Sozialdemokraten, die im gemeinsamen Papier von der Reformfähigkeit beider Systeme ausgingen.

Wenn also Menschen um des sozialistischen Zieles willen in der SED politisch gearbeitet haben und im Glauben an die Reformfähigkeit ihrer Partei und ihres Systems in der SED blieben, so kann ihnen dieser Versuch von sozialdemokratischer Seite kaum zum Vorwurf gemacht werden, ohne daß die sozialdemokratische Glaubwürdigkeit leidet. Wer aber in einem System mitgearbeitet hat, das elementarste Menschenrechte mit Stasi-Stiefeln trat und das sich in seinem reaktionären Charakter eben als reformunfähig erwiesen hat, kann objektiv nicht unschuldig geblieben sein. Diese moralische Kategorie läßt sich allerdings weder auf die Mitarbeiter des MfS noch auf die Funktionäre und Mitglieder der SED beschränken noch kann davon ausgegangen werden, daß ein Mitarbeiter des MfS grundsätzlich mehr Schuld auf sich geladen hat als ein freiwilliger Gelegenheitspöbel oder eine Person, die von Beruf wegen Berichte schreiben mußte, die schließlich beim MfS landeten. Im DDR-System funktionierten nicht nur

2,3 Millionen SED-Mitglieder weitgehend systemkonform, sondern auch 125.000 CDU-, 100.000 LDPD-, 100.000 DBD- und 90.000 NDPD-Mitglieder. Im FDGB waren rund 9 Millionen - 90 % der Arbeiter und Angestellten - in der FDJ rund 2,3 Millionen und im DFD etwa 1,4 Millionen Menschen organisiert. Im Sinne des Systems offizielle Organisationen waren auch Verein vom Sport- bis zum Schreberverein. An der DDR war fast jeder irgendwie beteiligt, und fast jeder machte sein Kreuz auf die Einheitsliste der Nationalen Front dort, wo der Staat, die Partei, das ZK, das Politbüro, der Generalsekretär es von ihm erwartete - sonst hätte die DDR nicht vierzig Jahre lang funktioniert. Bis auf die wenigen, die unter dem Dach der Kirche offen widersprachen, gab es keine wirkliche Opposition. Und auch die Freiräume der Kirchen wurden von Kirchenfunktionären ausgehandelt, die dafür Kompromisse mit dem System machen, sich in die DDR integrieren mußten.

Waren die Kompromisse falsch? War es falsch, ein paar Freiräume für kritisches Denken und demokratisches Aufbegehren zu erkämpfen?

Wenn es für die Kirche aber nicht falsch war, im Kampf für demokratische Rechte Kompromisse mit dem autoritären Unrecht zu machen, wieso war es dann für die falsch, die sie in ihrem Ringen um Freiräume, Lebensräume und Diskussionsräume in der FDJ, der SED oder den Blockparteien machten? Natürlich kommt es auf die Kompromisse an.

Wo aber ist die Grenze zwischen einem vertretbaren Kompromiß und pragmatischem Opportunismus? Wer will entscheiden, ob vor dem Hintergrund der damaligen Verhältnisse, Erfahrungen und Erkenntnisse der Posten in der Kreisleitung der SED als Basis für Reformbestrebungen oder als Sprungbrett für eine Karriere im Apparat staatlicher Macht lockte, ob die Argumente von damals schützender Selbstbetrug oder überzeugende Vorstellungen waren?

Natürlich hat jeder, der mitgemacht hat, seinen Teil zum Ergebnis beigetragen, hat - auch objektiv - Schuld auf sich geladen, je höher er wirkte, desto mehr. Sind damit alle, die an der Basis mitmachten, entschuldigt? Sind sie "moralisch saubere", weil sie nicht versuchten, im System arbeitend die Verhältnisse zu bessern? Ist gar die Mitgliedschaft in der SED aus op-

3.

portunistischen Karrieregründen als moralisch "besser" anzusehen als die Überzeugung, daß der Sozialismus ein erstrebenswertes Ziel ist, heute in den Augen von Sozialdemokraten disqualifiziert, dann disqualifiziert die Sozialdemokratie sich selbst.

Das Problem der moralischen Schuld in einer Gesellschaft, die durch ein undemokratisches, repressives, autoritär-bürokratisches System geprägt wurde, läßt sich nicht einfach personalisieren.

Es ist ein politisches Problem. Der Bewältigung dieses Problems aus der ostdeutschen Vergangenheit muß sich die SPD politisch stellen, wenn sie in Ostdeutschland zu einer wirklichen Volkspartei werden will. So wenig die SPD als Partei Altlasten aus der SED-Diktatur zu tragen hat, so sehr ist die Aufarbeitung der Vergangenheit als gesellschaftliche Aufgabe im vereinigten Deutschland auch Aufgabe der SPD, die als Volkspartei nicht jenseits des Volkes, das in der DDR als Opfern und Täter und zumindest als beides gelebt hat, leben kann. Soll die SPD zur gesamtdeutschen Volkspartei werden, muß sie sich dem Volk in Ostdeutschland öffnen.

Will sie der Forderung ihres Programms entsprechend Volkspartei des demokratischen Sozialismus sein, muß sie sich den demokratischen Sozialisten öffnen, die in West und Ost fehlbar sind und Fehler, Irrtümer und auch Unrecht begangen haben. Diese Öffnung ist kein Gnadenakt. Sie SPD ist als Volkspartei auf das Volk, als Mitgliederpartei auf Mitglieder angewiesen, die sie gewinnen muß.

Für die Toleranz bei der Öffnung der Partei muß es natürlich Grenzen geben. Der Partei darf bei der Aufnahme neuer Mitglieder nicht mehr Schaden als Nutzen entstehen. Klar definiert ist die Grenze gegenüber "Kandidaten", die sich durch ihr Tun in der SED-Diktatur im juristischen Sinne strafbar gemacht haben. Wer also im Dienst für den SED-Staat geltendes Recht verletzt hat (nulla poena sine lege-"niemand kann wegen einer Handlung oder Unterlassung verurteilt werden, die zum Zeitpunkt, da sie erfolgte, aufgrund des nationalen oder internationalen Rechts nicht strafbar war;" Art 11, Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der UNO) sollte nicht damit rechnen können in der SPD aufgenommen zu werden. Hier beginnt allerdings schon das Problem: Wer definiert für die 40 Jahre DDR (jenseits des verbindlichen Völkerrechts natürlich) Recht und Unrecht? Wer darf über in Gesetzesform gegossenes Unrecht urteilen?

Noch schwieriger ist ein moralisches Urteil. Mit welcher politischer Moral läßt sich im Nachhinein die politische Moral von Menschen beurteilen, die unter den Bedingungen einer Diktatur irrten, fehlten, handelten, lebten? Wer darf sich das Recht herausnehmen, ihnen für alle Zeit die politisch-moralische Glaubwürdigkeit abzusprechen?

Natürlich müssen wir von Menschen, die sich um die Aufnahme in die SPD bewerben, erwarten, daß ihr Bekenntnis zu den Grundsätzen und Zielen der Partei ehrlich ist. Natürlich ist die Glaubwürdigkeit derer, die in ihrer DDR-Vergangenheit dem administrativ-zentralistischen Staatssozialismus der SED in der "marxistisch-leninistischen Avantgardepartei", in einer Blockpartei, Massenorganisation oder im Staats- und besonders im Repressionsapparat (MfS, VP, NVA usw.) dienten, in dieser Hinsicht vorbelastet. Andererseits ist kaum davon auszugehen, daß z. B. an einem ehemaligen SED-Mitglied, das sich um Aufnahme in die SPD bewirbt, das Scheitern des "realen Sozialismus", der Zusammenbruch der DDR und das Scheitern des Erneuerungsversuchs der PDS spurlos vorübergegangen sind. Natürlich hängt die Glaubwürdigkeit der Hinwen-

dung zum demokratischen Sozialismus, die die Abkehr vom doktrinären Lehrgebäude des "Marxismus-Leninismus" zur Bedingung hat, davon ab, wie der Betreffende seine eigene Vergangenheit aufgearbeitet hat. Und natürlich hat der SPD-Ortsverein, der über die Aufnahme zu entscheiden hat, das Recht, nach den Beweggründen für den Eintrittswunsch zu fragen. Aber wie läßt sich die ehrliche Haltung eines Menschen ergründen? Was dürfen wir von einem Menschen, der sich um Aufnahme in unsere Reihen bemüht, erwarten? Soll er öffentlich seiner Vergangenheit, seinem bisher gelebten Leben, seinen Träumen, Hoffnungen und Idealen abschwören? In der SED hieß diese Form der öffentlichen Demütigung "Selbstkritik üben", die katholische Inquisition ließ Ketzer öffentlich abschwören und Buße tun und verschaffte sich ihre letzte Gewißheit über die Ehrlichkeit der Reue durch die Folter.

In der Sozialdemokratie galt bislang dagegen der Konsens, daß sich Gewissen und Gesinnung nicht überprüfen lassen und daß Grundüberzeugungen niemals Parteibeschlüssen unterworfen sein können. So kann es nicht angehen, daß Ortsvereinsversammlungen bei der Aufnahme von Mitgliedern aus Ostdeutschland zu Inquisitionsgerichten mutieren, bei denen Aufnahme oder Nichtaufnahme zum moralischen Frei- oder Schuld-spruch geraten. Schon gar nicht kann es angehen, daß der Versuch, zum Aufbau des Sozialismus nach bestem Wissen und Gewissen beizutragen, als Indiz für politisch-moralische Schuld gewertet wird, wohingegen politischer Opportunismus, Indifferenz und Passivität freisprechen.

Und nach welchen Maßstäben kann ein Bekenntnis zur Sozialdemokratie gegen eine politische Vergangenheit abgewogen werden? Gilt der gleiche Maßstab, den wir an ehemalige DKP-Mitglieder anlegen, deren Gesinnungswandel wir in aller Regel stürmisch begrüßten? Gilt grundsätzlich ein anderer Maßstab für Ex-SED-Mitglieder und Menschen, die aus SEW/DKP, CDU, FDP und KBW zu uns kommen? Wie unterschiedlich dürfen und müssen die Maßstäbe gegenüber Ex-Stasi und Verfassungsschutzmitarbeitern sein? Bis wann mußte der Gesinnungswandel vom Kommunisten zum Sozialdemokraten abgeschlossen sein, damit wir ihn als unbestreitbar echt annehmen?

Es steht zu befürchten, daß formale Maßstäbe in dieser Frage nicht greifen. Und wer wollte sich als Richter aufspielen? was haben die heutigen Ost-Sozialdemokraten zwischen 1949 und 1989 gemacht? Haben sie nicht ihre Kompromisse mit der DDR geschlossen? Waren sie nicht im FDGB, der FDJ, der DSF? Haben sie nicht in der DDR gelebt und gearbeitet - bis hin zu Lehrstühlen für Marxismus-Leninismus? Und was hätten die West-Sozialdemokraten gemacht? Hätten sie nicht in der Mehrheit die Kompromisse, die sie im Westen schlossen, in der DDR genauso gemacht?

In Johannes 8,7 heißt es: "Wer unter euch ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein auf sie." Einer ostdeutschen Sozialdemokratie, deren Gründer der christlichen Opposition gegen die Gesinnungsschnüffelei der SED entstammen, stünde es gut an, verständliche Rachegefühle zu überwinden und sich des Matthäus-Evangeliums zu erinnern, in dem es heißt: "Richtet nicht, damit ihr nicht gerichtet werdet. Denn nach welchem Recht ihr richtet, werdet ihr gerichtet werden... Was siehst du aber den Splitter in deines Bruders Auge und nimmst nicht wahr den Balken in deinem Auge?" (Matth. 7, 1-3). Dem Problem der politischen Moral ist mit moralisierender Politik, die immer in Gefahr ist, ins Pharisäertum abzugleiten, nicht beizukommen. Die SPD ist nicht die berufene Instanz für politisch-moralische Verdammungsurteile. Die "Einheit und Reinheit der Partei als die wichtigste Voraussetzung ihrer Kraft und Stärke stets zu wahren und sie in jeder Weise zu schützen", war die erste Pflicht der SED-Mitglieder laut SED-Statut. Die darin enthaltene Vorstellung von "politischer Hygiene" ist dogmatisch-leninistisches Gedankengut, dem die sozialdemokratische Parteikonzeption immer diametral entgegengesetzt war. Ein Rückfall in leninistische oder katholische Ordensregeln löst auch heute keine sozialdemokratischen Probleme.

Was nützt, ist eine politische Debatte zur Klärung der Frage, was die DDR, was der "reale Sozialismus" war, wie Menschen dazu kommen, Menschenrechte zu mißachten, welche gesellschaftlichen Verhältnisse Opportunismus, Staatsgläubigkeit, Intoleranz, Denkfaulheit, Dogmatismus, Konformismus und Entfremdung der Politik von der gesellschaftlichen Realität hervorbringen. Die Glaubwürdigkeit der SPD wird sich in Zukunft nicht an der

parteilichen Herkunft ihrer Mitglieder, sondern daran messen, wie ehrlich und seriös sie die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit als Aufgabe gesamtdeutscher Politik angeht. Dabei wird die Personifizierung moralischer Schuld weit weniger hilfreich sein als eine ernsthafte politische Analyse des zentraladministrativen Staatssozialismus stalinistischer Prägung auf deutschem Boden, seiner Wurzeln im staatssozialistischen Denken des preußisch-deutschen Sozialismus (d. h. im autoritär-staatssozialistischen Konzept, das seit Lasalle auch in der SPD kultiviert wurde und - wie Erich Mühsam spottete - als Bismarxismus" der wilhelminischen Sozialdemokratie auf die internationale sozialistische Bewegung ausstrahlte, auch auf die SDAPR/Bolschewiki.) im autoritär-repressiven Sozialismus-Konzept des Bolschewismus, im preußischen Untertanengeist und idealistischer Staatsvergottung, im Kalten Krieg und in Resten faschistischer Volksgemeinschafts-Ideologie. Nicht vergessen werden sollten dabei aber die reale Solidarität der mangelwirtschaftlichen Notgemeinschaften, der Kollektive und Privatnischen, die fortschrittlichen Ansätze im Konzept der Polytechnischen Oberschulen, der öffentlichen Gesundheitsfürsorge, im SERO-System geschlossener Produktionskreisläufe, in den formalen Rechten der lohnabhängig Beschäftigten gegenüber ihren Betrieben, in der ökonomischen Selbständigkeit der Frauen, im Angebot öffentlicher Kitas usw. In den sozialen und sozio-kulturellen Verhältnissen der DDR muß auch nach Wurzeln heutiger sozialer Erscheinungen (Rassismus, Intoleranz, Aggressivität, Minderwertigkeitsgefühle, Passivität, Autoritätsgläubigkeit, defizitäre Streitkultur usw. und Ansätzen zur Lösung aktueller Probleme in Ostdeutschland gesucht werden. Eine in diesem Sinne problemorientierte und nach vorn gerichtete Vergangenheitsbewältigung kann zur Politikfähigkeit der Ost-SPD beitragen.

Wenn also die SPD vor der Notwendigkeit steht, in Ostdeutschland ihren Mitgliederbestand zu verzehnfachen, um als Volkspartei an der politischen Willensbildung des Volkes ihrem grundgesetzlichen und programmatischen Auftrag gemäß effektiv mitwirken zu können, so muß sie sich dem Volk, das dort nun einmal eine DDR-Vergangenheit hat, öffnen. Tut sie dies im Zuge einer politischen Aufarbeitung dieser DDR-Vergangenheit, so be-

steht durchaus die Aussicht, daß sie damit sowohl die Voraussetzungen für einen spürbaren Mitgliederzuwachs als auch für eine dauerhafte politische Glaubwürdigkeit schafft. Ein notwendiger Schritt in dieser Richtung wäre allerdings, daß die SPD von Ausgrenzungsbestrebungen gegenüber der PDS und der Rolle einer heiligen politischen Inquisition Abstand nimmt. Notwendig ist eine politische Auseinandersetzung und Konkurrenz mit der PDS.

Die Sozialdemokratie darf sich nicht an einer "Vergangenheitsbewältigung" beteiligen, die in der Tilgung schwieriger historischer Phasen aus der Geschichtsschreibung oder im Wegsprengen ihrer Baudenkmäler besteht.

Notwendig ist eine politische Vergangenheitsbewältigung als gesamtdeutsche und gesamtgesellschaftliche Aufgabe jenseits einer irrationalen Dämonisierung der SED. Notwendig ist ein Beitrag zu einem politischen Klima, das es ehemaligen DDR-Staatsfunktionären möglich macht, sich ohne verklärende DDR-Romantik und ohne verkrampte Schulter-schluß-Mentalität kritisch mit der eigenen Vergangenheit auseinanderzusetzen. Notwendig ist ein kritischer Rückblick auf die DDR ohne moralisierenden Hochmut einer "Besten Republik Deutschlands" im Westen und ohne eine SPD, die sich als Gralshüterin der lauterer Moral aufspielt. Aufarbeitung heißt kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte - ohne pauschale Verdammungsurteile und ohne pauschale Freisprüche (oder "Persilscheine").

Notwendig ist eine SPD, die sich auf die

Menschen im Osten Deutschlands, auf ihre Erfahrungen, Probleme, Sorgen und Ängste einläßt, die auf die Gewerkschaften und sozialen Bewegungen zugeht, die sich der Kritik, dem Engagement, der intellektuellen Potenz, der Phantasie und Kreativität des Volkes in Ostdeutschland öffnet, um dessen Partei zu werden.

Dabei wird sie um die Ex-DDR-Intellektuellen, um die kritische Jugend, um die Gewerkschafter, Frauen und Mieter werben müssen; sie wird auch im Osten lernen müssen, daß sie nicht die Gnade und Ehre der Mitgliedschaft im Orden der Apostel der lauterer Demokratie verleiht, sondern engagierte, kritische und kreative Menschen für die Mitarbeit gewinnen muß. Es geht eben nicht nur um die Verteilung von Anteilen an staatlicher Macht, sondern vor allem um den Aufbau einer lebendigen Parteilicheit - ehrenamtlich, zeitraubend, anstrengend und oft nervenaufreibend. Es geht um die Verankerung sozialdemokratischer Politik in der Gesellschaft, um politische Willensbildung von unten nach oben (und auch von oben nach unten) in oft zähen, heftigen, kontroversen Diskussionsprozessen und um praktische Organisationsarbeit, in der Zuverlässigkeit, Energie, Solidarität und Ideen gebraucht werden. Bei den ehemaligen Mitgliedern der Ost-CDU, LDPD, DBD, NDPD und SED/PDS, die wir dafür gewinnen können, sollte grundsätzlich davon ausgegangen werden, daß sie nach reiflicher Überlegung aus Überzeugung sich als christlich- oder freiheitlich-soziale Demokraten, christliche oder demokratische Sozialisten der SPD anschließen wollen. Sie brauchen uns, wir brauchen sie!

4.

Wenn es um politische Glaubwürdigkeit der SPD gegenüber der DDR-Vergangenheit geht, muß es um eine politische Aufarbeitung der Geschichte, um den Kampf gegen autoritäre und repressive Politikkonzepte und Bewußtseinsformen und um die Verankerung demokratischen und humanistischen Denkens in der Gesellschaft gehen. Nicht Rache, sondern Chancen für einen Neubeginn, der aus der gesellschaftlichen und persönlichen Geschichte Konsequenzen zieht, sind das Gebot der Stunde - so schwer es fällt: Vergeben, ohne zu vergessen.

Deshalb kann es bei der Frage der Auf-

nahme von politisch vorbelasteten Bürgerinnen und Bürgern in der SPD nicht um Verfahren einer politischen Inquisition gehen.

Unberührt davon bleibt natürlich das Recht und die Pflicht der Ortsvereine, über die Aufnahme nach Mitgliedern zu entscheiden. Das Organisationsstatut der SPD schreibt in § 3 (1) vor: "Über die Aufnahme als Mitglied entscheidet der Vorstand des Ortsvereins." Er sollte es sich nicht nehmen lassen, das potentielle Neumitglied nach seinen Beweggründen für den Wunsch nach Aufnahme zu fragen und von jeder künftigen Genossin, jedem Genossen zu verlangen, zur Aufnahme auf einer Versammlung seiner Basisgliederung persönlich zu erscheinen. In der Regel sollte die Versammlung Gelegenheit haben, ihr Neumitglied kennenzulernen, nach seinem politischen Werdegang zu fragen und die Aufnahme durch Akklamation zu bestätigen. In einer politischen Programmpartei sollte das gute Sitte bleiben. Entscheidend ist das Klima einer solchen Versammlung. Das läßt sich nicht formal regeln, und so muß durch die innerparteiliche Diskussion das Bewußtsein geweckt werden, daß die Versammlung nicht über irgendjemanden zu Gericht sitzt, sondern Mitstreiter zu gewinnen bemüht sein muß. Andererseits sollte die Versammlung auch erfahren, mit wem sie es zu tun hat, wenn sie ein Neumitglied aufnimmt. Es ist also ein Klima nötig, in dem ein Neumitglied gegenüber der Solidargemeinschaft der Partei ehrlich sein muß und kann, ohne sich an die demütigenden Prozeduren in der SED erinnern zu fühlen. Vermieden

werden muß eine hochnotpeinliche Vernehmung zur eigenen Person, dagegen sind derartige Angaben und auch solche zu früheren Mitgliedschaften in Parteien und politischen Organisationen schon im Aufnahmeantrag zu machen. Wenn bestimmte politisch relevante Tätigkeiten bewußt verschwiegen werden, sollte das auch noch nach einem Jahr Mitgliedschaft Anlaß zu einem Parteiordnungsverfahren sein, etwa im Falle des Verschweigens einer MfS-Mitarbeit.

Politische Glaubwürdigkeit bleibt aber ein vor allem politisches Problem. Wichtig ist die politische Einsicht, daß die SPD ihre Mitgliedschaft in Ostdeutschland verzehnfachen muß, um als Volkspartei arbeitsfähig zu werden. Die unberührte Unschuld der frühen SPD wird sie dabei verlieren, und sie hat sie schon verloren, seit sie in Ostdeutschland mit und für Menschen Politik macht. Wer anpacken will, kann nicht saubere Hände behalten wollen! Eine Volkspartei kann nicht wesentlich "sauberer" sein als das Volk, Reinheit ist ein Attribut von Sekten. In der DDR waren fast die gesamte politische und sozialwissenschaftliche Intelligenz, die öffentlichen Dienste, die technischen, wirtschaftlichen, administrativen und kulturellen Eliten in die SED-Diktatur integriert. Auch kritisches Denken wurde in das System eingebunden, in der SED als innerparteiliche Opposition zersplittert, in Nischen gedrängt und in kontrollierbaren Schranken gehalten. Die Grenzen zwischen staatstragendem Mittun und kritischem Aufbegehren waren fast überall fließend. Ohne Teile dieser gebändigten Opposition im System der DDR, ohne die

kritischen Intellektuellen wird der Aufbau der Ost-SPD nicht gelingen. Ähnliches gilt für die kritische Jugend und die Gewerkschaften. Sie müssen für die Sozialdemokratie gewonnen werden, wobei viele stark verinnerlichte antisozialdemokratische Vorurteile zu überwinden sind. Das beste Mittel dazu sind politische Angebote, Angebote zur Mitarbeit, zur Diskussion konkreter Probleme - kurz: die Öffnung der Partei für die öffentliche Diskussion und ein klares sozialdemokratisches Profil.

So wenig individuelle Bewußtseinsbildung überprüfbar ist, so sehr kann die politische Diskussion in der Gesellschaft Anstöße für das allgemeine öffentliche Bewußtsein liefern und die Bedingungen für die individuelle Vergangenheitsbewältigung verbessern. Die politische Auseinandersetzung mit der SED- und DDR-Geschichte, mit dem Sozialismuskonzept des "Leninismus" und die Erarbeitung eigener sozialdemokratischer Konzeptionen zur Gestaltung der Gesellschaft und ihrer Veränderung hin zu mehr Demokratie, mehr Freiheit und Solidarität, sind notwendige Bedingungen, um die SPD zu einer gesamtdeutschen Volkspartei mit Perspektiven zu machen. Diese Aufgabe bleibt uns nicht erspart!

FREIE HAND



Photo: Stephan Hoppe

Ein Interview mit Peter Scherer*

Über sein Buch: Freie Hand im Osten. Ursprünge und Perspektiven des Zweiten Weltkrieges, erschienen im 3-k-verlag, Kösching 1989, sprach mit ihm Hans-Joachim Olczyk aus Oldenburg. Das Gespräch wurde im November 1991 geführt.

spw: Peter, hältst Du Dich für einen "Dogmatiker"? Du eröffnest Dein Buch mit den Sätzen: "Der Leerformel des 'neuen Denkens' entsteigen die alten Verhältnisse. Die Progrome und die Wallfahrten, der Chauvinismus und die nationale Empfindsamkeit, die kleinen Schieber und der große Profit: sie halten Einzug." Hätte es Deiner Meinung nach eine andere Chance der Entwicklung in der UdSSR gegeben?

Peter Scherer: Ich halte mich nicht an Dogmen, sondern an Tatsachen. Alle Prognosen, die ich 1989 in dem Buch gewagt habe, sind weit "übertroffen" worden. Angesichts des Bürgerkrieges in Jugoslawien ist "nationale Empfindsamkeit" doch eine Verharmlosung. Aber zu Deiner Frage: Zunächst habe ich - wie viele andere auch - es begrüßt, daß in der Sowjetunion gegen offenkun-

dige Deformationen Front gemacht wurde. Die pseudo-religiöse Art, die seltsame Starrheit, mit der z. B. in der Geschichtswissenschaft gearbeitet wurde hatte etwas Unheimliches. Und wenn man Gelegenheit hatte, einzelne Repräsentanten persönlich kennenzulernen, dann wußte man auch, welche Persönlichkeitsbilder dahinter standen. Daß dieser Teufelskreis durchbrochen werden könnte - das war eine große Hoffnung. Insofern war die Losung vom "Neuen Denken" nicht schlecht gewählt. Das hätte ein Weg sein können. Mit der Zeit wurden die Zweifel allerdings immer größer. Um die Jahreswende 1987/88 war es für mich eigentlich klar, daß es in der UdSSR nicht mehr um einen "Sozialismus mit menschlichem Antlitz" ging; auch nicht um Verbesserungen, um Reformen im eigentlichen Sinn. Das "Neue Denken" wurde mehr und mehr zu einem Abbild des "Neusprech" bei George Orwell: Die Formelhaf-tigkeit blieb, nur die Begriffe wurden ausgetauscht, bis zu dem Punkt, an dem das "Neue Denken" das Denken überhaupt ersetzte. Denn es wurden nicht nur die Verkrustungen der marxistischen Theorie beseitigt, sondern ganz elementare Erkenntnisse über Bord geworfen und durch billige Redensarten ersetzt ...

* Peter Scherer ist Historiker und Gewerkschaftssekretär bei der IGM-Hauptverwaltung in Frankfurt

IM OSTEN

spw: Hast Du ein Beispiel?

Peter Scherer: Gegenfrage: von wem stammt das folgende Zitat: "Das Richtfest für das europäische Haus steht unmittelbar bevor. Alles dies verlangt nicht nur die modernsten und bewährtesten Mittel des Marktes ... Es verlangt auch ein neues Nachdenken..."

spw: Ich tippe mal auf Gorbatschow ...

Peter Scherer: Leider falsch. Der Satz ist einem Inserat der "Dresdner Bank" entnommen (Welt v. 24. 11. 1989).

spw: Wie siehst Du denn die Entwicklung nun?

Peter Scherer: Ein Symptom linker Sprachlosigkeit ist, daß kaum einer die Frage gestellt hat, wer denn der soziale Träger der Gorbatschow-Politik ist. Es wurde für bare Münze genommen, daß es die übergroße Mehrheit der Bevölkerung sei, daß eigentlich jeder anständige Mensch diese Politik unterstützen müsse. Der Anspruch wurde einfach für die Wirklichkeit genommen. Wer steht eigentlich hinter dieser Politik? In wessen Interesse kann es sein, die Privatisierung der sowjetischen Wirtschaft einzuleiten? Diese Fragen wurden nicht gestellt. Und wurden sie gestellt, dann trat ein peinliches Schweigen ein. Die bürgerliche Presse räumte hingegen frei-

Sozialist

Zeitschrift marxistischer Sozialdemokraten/innen

- Die Diskussionsplattform für die SPD-Linke
- erscheint mittlerweile im 16. Jahrgang
- Einzelpreis 3,50
- Jahresabo (6 Ausgaben) 21,00

Kostenloses Probeheft erhältlich bei
Sozialist
Im Körbchen 10
3400 Göttingen

mütig ein, "Ungerechtigkeiten" seien bei der Privatisierung unvermeidlich: "Das Privateigentum wird sich bei denen sammeln, die unter dem alten Regime vor allem auf ihre Verdienstmöglichkeiten geachtet haben und nun über das notwendige Geld verfügen - Parteifunktionäre, Schwarzwechsler, Verwalter von Mangelware" (FAZ v. 19.12.1990). Wenn ich auf die Privatisierung orientiere und diese soziale Trägerschaft billigend in Kauf nehme, dann brauche ich mich auch nicht zu wundern, daß in den Läden nichts mehr vorhanden ist. Denn auf welchem anderen Weg, als auf dem der Korruption und des Schiebertums, soll denn das Geld zusammenkommen?

spw: Bei der Lektüre Deines Buches "Freie Hand im Osten" fällt erst im nachhinein auf, welche Bedeutung die Kritik an Gorbatschows "gemeinsamem Haus Europa" enthält. Du siehst darin eine Wiedergeburt der Burgfriedenspolitik des Jahres 1914. Was verstehst Du darunter?

Peter Scherer: Es ist eine Tatsache, daß der Begriff des "gemeinsamen Hauses" aus der Rhetorik der Burgfriedenspolitik des Jahres 1914 stammt - ein typischer Ausdruck der Verwischung von Gegensätzen. Die "Frankfurter Volksstimme" schrieb im Oktober 1914: "Volksgemeinschaft und Zusammenschluß stehen höher als die Klassengegensätze. Wir brauchen das gemeinsame Haus und das gemeinsame Dach zur Einrichtung unserer Wirtschaft und unseres Lebens." Ob nun "gemeinsames Haus" oder jenes "Boot, in dem wir alle sitzen". Dieses keineswegs "neue" Denken kommt immer zum gleichen Schluß: Wir sitzen drinnen - und die anderen sitzen draußen. Ob Hausgemeinschaft, Betriebsgemeinschaft oder Volksgemeinschaft: es handelt sich um Zerrformen der Solidarität, um Kumpaneien, die gegen andere gerichtet sind.

spw: Du wirfst also der Arbeiterbewegung vor, daß sie sich nicht auf die Seite der Unterdrückten abseits der Metropolen stellt. Welche Möglichkeiten würdest du denn sehen, eine wirkliche neue Internationale aufzubauen? Du schreibst doch selbst, daß die "Umwandlung der sozialistischen Stagnation in eine kapitalistische Konjunktur" ein großer Rückschritt ist!

Peter Scherer: Natürlich ist das ein Rückschritt. Denn gegen die eben beschriebenen Zerrformen der Solidarität

gibt es nun keine weltweite "Internationale Solidarität" mehr, die keinen ausschließt. Das "gemeinsame Haus" kann eben nicht alle umfassen - nicht einmal alle Menschen in Europa. Wer darf in dieses Haus miteinziehen? Wer ist überhaupt Europäer? Da gibt es eine breite Skala von Möglichkeiten der Abgrenzung, der Diskriminierung. Man kann mittlerweile vier Zonen unterscheiden, in die sich die Welt aufteilt. Da haben wir - räumlich sehr beschränkt - einige wenige Kernzonen, in denen die materiellen Voraussetzungen für das gegeben sind, was bei uns Wohlstand und soziale Marktwirtschaft genannt wird: Ein Begriff auch für das, was sozialdemokratische Reformpolitik sich unter Erfolg vorstellt. Ihre Erfolge sind unbestreitbar, nur: Wir dürfen nicht verkennen, daß nur in sehr begrenzten Räumen diese materiellen Voraussetzungen vorhanden sind. Um diese Kernräume lagert sich eine zweite Zone, die ich Zentrum nennen möchte. Zum Zentrum gehören auch schwach strukturierte Gebiete mit relativ hoher Arbeitslosigkeit, Gebiete die durchaus nicht mehr geeignet sind, als Vorzeige-Objekt für soziale Reformen zu gelten. Von dort geht es hinaus in die dritte Zone, die innere Peripherie. Darunter verstehe ich die Räume, aus denen vor allem die Arbeitsmigranten in das Zentrum einwandern. Das sind Räume wie Spanien, wie Süditalien, wie Sizilien. Dort sind nicht nur soziale Rechte außer Kraft gesetzt, dort ist es auch sehr leicht, politische Rechte außer Kraft zu setzen. Dort ist nicht nur wie in Spanien - der Faschismus über das Kriegsende 1945 hinaus aufrechterhalten worden. Sondern: Dort wurden neue faschistische Regime eingerichtet - wie in Griechenland und in der Türkei. Daran schließt sich als vierte Zone die äußere Peripherie an, die Regionen südlich des Mittelmeeres, Anatolien, der Nahe Osten: Was sich dort entwickelt hat, ist weithin eine Art Destruktionsmodell, geprägt von Rückständigkeit, Verschuldung, Arbeitslosigkeit, Hunger, Seuchen und Krieg. Es ist ein Gegenmodell zum Leben in den Zentren, eine Negation des Lebens überhaupt und zugleich eine Konsequenz der Art und Weise, wie in den Zentren das Leben organisiert wird.

spw: In welche Zone passen denn Deiner Meinung nach die neuen Bundesländer ...?

Peter Scherer: Auf Europa angewen-

det, reicht das Zentrum von Mittelitalien bis nach Mittelschweden, von Zentralfrankreich bis nach Österreich hinein und bis an die ehemalige innerdeutsche Grenze. Es gibt im Moment tatsächlich eine gewisse Ähnlichkeit zwischen Problemen, die sich in Süditalien stellen - das ist auch schon von anderen thematisiert worden - und den Strukturproblemen der neuen Bundesländer. Ein Blick auf die Karte genügt allerdings um zu zeigen, daß von allen alten Ländern des COMECON die ehemalige DDR die besten Chancen hat, in das europäische Zentrum einbezogen zu werden. Die übrigen Länder Osteuropas gehen mit wenigen regionalen Ausnahmen dem Schicksal der Peripherie entgegen, mit allen Konsequenzen.

spw: ... Stichwort: Hoyerswerda ist überall? ...

Peter Scherer: Wo es keine wirtschaftliche Stabilisierung geben wird, sind die Vorgänge von Hoyerswerda nur ein Vorgeschmack. Osteuropa ist dabei, sich in ein zweites Südamerika zu verwandeln, mit dem Unterschied, daß uns kein Atlantischer Ozean von dieser Krisenregion trennt.

spw: Wie siehst du das Verhältnis zwischen der "inneren" und der "äußeren" Peripherie? Ist es nicht so, daß immer mehr Probleme der inneren Zone zwar diskutiert werden - dabei aber die äußere Peripherie total aus dem Blick gerät?

Peter Scherer: Das ist ein ganz wichtiger Gedanke. Wir sind gewohnt, den Kapitalismus als eine außerordentlich aggressive Kraft darzustellen, als eine Kraft, die kein Zipfelchen der Erde ohne Ausbeutung und Beherrschung lassen kann. Aber die extensive Erweiterung der Produktion ist nur eine Möglichkeit. Inzwischen erleben wir eine ganz andere: die Produktion wird intensiviert, die Standorte werden konzentriert. Es werden keine transkontinentalen Bahnen mehr gebaut, bis auch das fernste Land noch erschlossen ist, sondern ganze Kontinente aufgegeben. Man könnte sagen, daß diese heutige Form des Imperialismus von Gleichgültigkeit gegenüber immer größeren Teilen der Menschheit gekennzeichnet ist: Ein Imperialismus, der sich darauf konzentriert, seine wirtschaftlichen Ziele mit immer weniger Menschen in immer kleineren Regionen zu realisieren. In der Tat fällt die äußere Peripherie aus der Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit her-

aus. Oder diese Aufmerksamkeit wird professionalisiert, wird zum Gegenstand von einer kleinen Minderheit, die sich um allerlei Mittel der Linderung bemüht. Wirkliche Empörung gibt es nicht, nur eine Art organisiertes Mitleid, das in bestimmten Milieus entsteht und zu diesen gehört.

spw: Was tun die Menschen in den Peripherien langfristig in den entkapitalisierten Zonen? Denn auf lange Sicht sieht es im Augenblick so aus, als würden mit Hilfe der sozialdemokratischen Parteien im Zentrum die "Mauern höher gebaut" und damit die Lösung Migration beschnitten?

Peter Scherer: Die Zukunft hat schon begonnen. Eine Agentur bot im Auftrag der albanischen Regierung Metallfacharbeiter an: zu einem Monatslohn von 100 Mark. Die Bundesanstalt für Arbeit mußte die "Reformer" in Tirana ganz offiziell daran erinnern, daß es in der BRD so etwas wie Tarifverträge gibt. Wenn man vergleicht, was in Bel-

gien oder Frankreich, wo Marokkaner in großer Zahl beschäftigt sind, bezahlt wird, wird deutlich, daß manche Länder Osteuropas nicht einmal innerhalb der äußeren Peripherie an die besseren Plätze kommen werden.

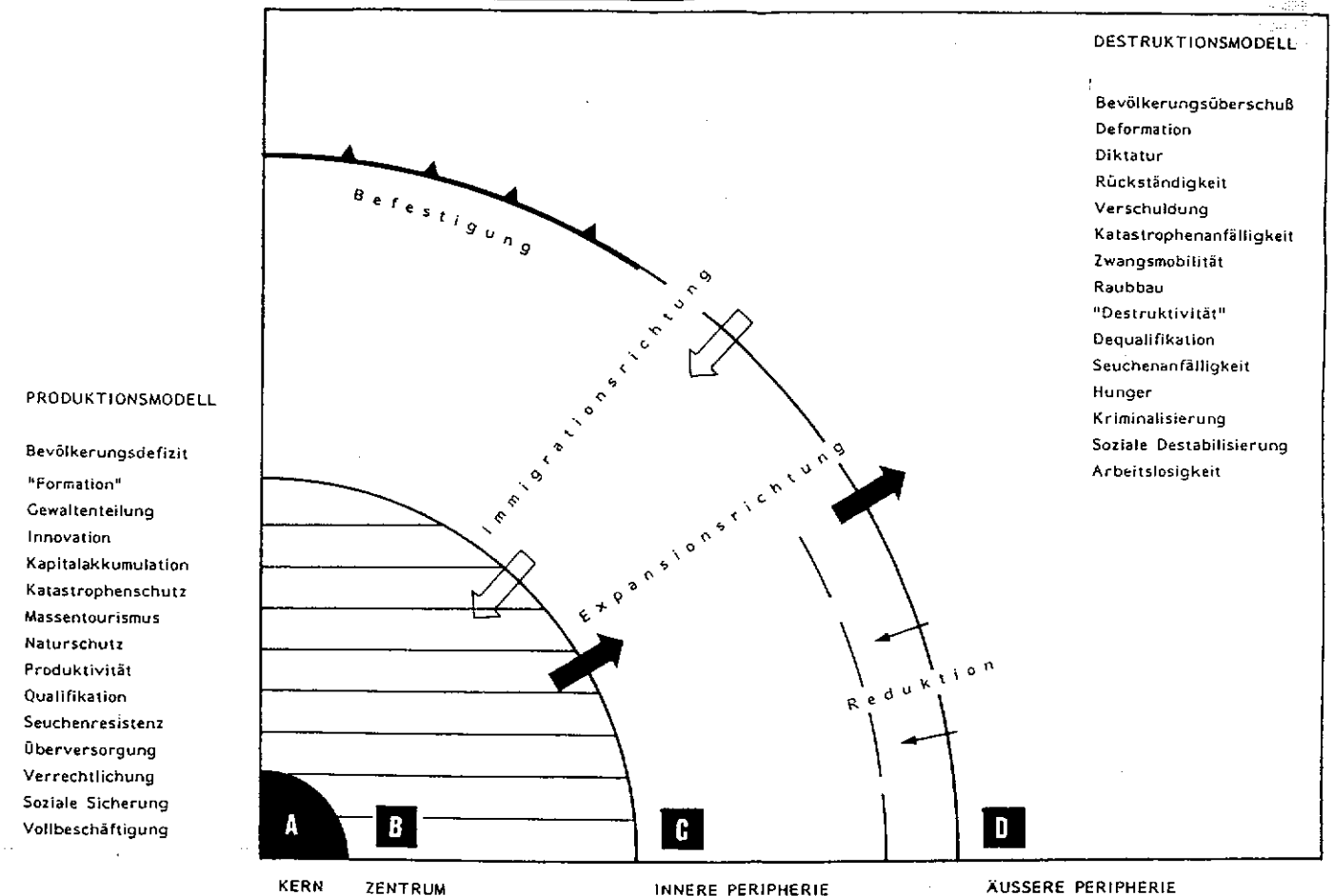
Ich bin gar nicht sicher, ob der Verdrängungswettbewerb, der bald zwischen ukrainischen und türkischen Arbeitskräften stattfinden wird, dann immer zu Gunsten der Ost-Europäer ausgeht.

spw: Dein Buch ist Mitte 1989 erschienen - damals schriebst Du: "Die Großwirtschaftsräume lassen sich eindeutig zuordnen: Asien wird zur Beute Japans, Europa kontrolliert den Nahen Osten und Afrika, Nordamerika die gesamte amerikanische Hemisphäre. Es bleibt vorläufig das Geheimnis des politischen Umbaus in Osteuropa, in welcher Weise sich die UdSSR in dieses neue und im Grunde so alte System der Interessensphären Eingang verschaffen will. Gegenwärtig sieht es danach aus, als wäre die Integration in den Hinterhof des 'ge-

meinsamen Hauses Europa' bereits ein Ergebnis, das akzeptiert werden könnte, wenn es von einer großzügigen Kreditgewährung begleitet wird." Ist es gegenwärtig nicht so, daß sich die Bewohner des Hinterhofes um den Inhalt der Mülltonnen streiten?

Peter Scherer: Ich habe im Sommer 1989 noch angenommen, daß die Sowjetunion gewisse Konditionen einfordern kann, daß sie überhaupt noch irgendetwas verlangen kann. Aber so wie die Dinge inzwischen gelaufen sind, gibt es nur noch unterschiedliche Formen des Bettelns und der versuchten Erpressung. Dabei gehört zu den Rätseln dieser Entwicklung, daß in Osteuropa jeder Wirklichkeitsbezug verloren gegangen ist. Und zwar nicht nur bei denjenigen, die diese Politik machen, sondern vor allen Dingen bei den Betroffenen, den Massen. Das spricht natürlich nicht für die politische Qualität des vorangegangenen Systems, daß die Masse der arbeitenden Menschen auf eine solche Weise entpolitisiert worden ist, daß die meisten

Vier-Zonen-Modell eines geopolitischen Dispositivs



Politische Kritik mit theoretischem Anspruch

links im Februar 1992:

Thema: Nachlese zur Golfkriegsdebatte: Nach-Denken über den Golfkrieg • Kritische Theorie des Antikriegsprotesses • Das Linken-Spiel • Jugoslawien: Vom Versagen der Politik • Algerien: Der Kampf zwischen FLN und FIS • Georgien: Ein Pyrrhussieg • Spanien: Zum Auflösungsprozeß der PCE • Fremdenangst und Rassismus: Kritische Reflexionen über ein schwieriges Verhältnis • Zum 50. Jahrestag der Wannseekonferenz • Immer noch „Sozialistische Zeitung“?



links

Beiträge von: Zarko Puhovski, Gerhard Krum, Robert Detobel, Ludi Lodovico, Joachim Hirsch, Eric J. Hobsbawn, Mohssen Massarat, Paul Parin, Alex Demirovic, Jürgen Gerber, Uli Bielefeld u.a.

Ich bestelle
 ☐ 1 Exemplar links Heft 2/92
 zum Preis von 6,- DM

Name: _____

Straße: _____

Ort: _____

links, PF 10 20 62, 6050 Offenbach

nicht mehr in der Lage sind, auch nur die einfachsten politischen Zusammenhänge, die sie unmittelbar betreffen, zu bewerten und daraus Schlüsse abzuleiten. Denn was die Initiatoren dieses sogenannten Umbaus - dieser Sprengung eigentlich - angeht, so glaube ich, daß dort etwas Seltsames stattgefunden hat: Eine Konterrevolution, getragen - stellvertretend gewissermaßen - von Teilen der Nomenklatura. Wir dürfen nicht vergessen, daß alle Vertreter dieser Politik hochrangige Funktionäre der Partei waren, getragen von Teilen der Intelligenz, von den Wirtschaftskadern, von allen, die mit harter Währung zu tun hatten und Wege wußten, sie sich zu beschaffen. Wenn das Ziel dieser Politik letztendlich darin gipfelt, die Wirtschaft zu privatisieren, dann kann das doch nur auf eine Selbstbedienung dieser Kräfte hinauslaufen. Diese "neue Klasse" definiert sich weniger im Verhältnis zu den Produktionsmitteln als im Verhältnis zum Auslandskapital. Eine Situation, wie sie sich auf andere Weise am Ende des Ersten Weltkrieges in der Türkei dargestellt hat, wo die Bourgeoisie so schwach entwickelt war, daß in Kreisen des Militärs, des Großgrundbesitzes, ernsthaft darüber nachgedacht wurde, das Land einfach in englische Verwaltung zu übergeben und selbst die Rolle eines Vermittlers zu spielen. Die neu aus dem Zusammenbruch entstehende Kompradoren-Bourgeoisie ist der einzige Teil der russischen Gesellschaft, dem die Katastrophopolitik Gorbatschows und Jelzins nützt. Sie wird vom Ausland allerdings wesentlich abhängiger sein, als es die alten Oberschichten im zaristischen Rußland waren. Rußland ist aber schon 1917 nicht zu unrecht als halbkoloniales Land bezeichnet worden. Nicht zufällig gab und gibt es unter den "Reformern" Fantasien, die soweit gehen, daß es ein Idealfall wäre, wenn sich eine ausländische Macht bereit fände, Rußland militärisch zu besetzen, um dort eine ähnliche Re-Education durchzuführen wie die Amerikaner das in Deutschland getan haben sollen. Diese Fantasie der Literaturnaja Gasetta ist dabei nicht verrückter als die wirkliche Politik! (n. Die Welt v. 14.9.90)

spw: Wo bleiben denn die Bewegungen der Unterdrückten in den Peripherien bei dieser wenig ermunternden Zukunftsprognose ...

Peter Scherer: Die Frage ist nicht, wo sie bleiben, sondern mit welchem Ziel

solche Bewegungen noch antreten werden. Diese Frage ist bisher im Sinne der sozialistischen Utopie beantwortet worden. Durch die jüngste Entwicklung hat der Sozialismus wohl bis tief hinein in die äußere Peripherie seine Anziehungskraft verloren. "Freie Hand im Osten" handelt zu einem nicht geringen Teil von den "Ursprüngen und Perspektiven des Zweiten Weltkrieges", und es gehört ja wohl zu den Grundtatsachen der Geschichte dieses Jahrhunderts, daß der Sieg der Roten Armee über den deutschen Faschismus ganz gewaltig dazu beigetragen hat, die Befreiungsbewegungen in aller Welt zu ermutigen. Wenn die Sowjet-Union zusammenbricht, wenn sie schon vor ihrem staatlichen Zusammenbruch durch den wirtschaftlichen Zusammenbruch aus der Reihe der Großmächte ausscheidet, dann bedeutet das eine tiefgreifende Schwächung der Befreiungsbewegungen der ganzen Welt. Ich glaube, daß wir diesen Zusammenhang, der oft genug als eine Propagandaformel abgetan wurde, erst jetzt, wo die Unterstützung wegbreicht, wirklich bewerten können. In kürzester Zeit sind die Befreiungsbewegungen auf dem afrikanischen Kontinent zusammengebrochen oder hoffnungslos in die Defensive geraten. Wie schwierig ist die Lage Vietnams und Kubas geworden! Zu schweigen von Nikaragua ...

Dies zeigt alles, daß der militärische Kampf um die Macht, mit dem Ziel, eine sozialistische Ordnung zu errichten, eigentlich nur im geopolitischem Zusammenhang mit der Sowjetunion, mit dem "sozialistischen Lager" einen Sinn gemacht hat. Da hätte nun Schritt für Schritt und Stützpunkt für Stützpunkt eine Gegenwelt entstehen können. Das ist nun vorbei und insofern haben diese Kämpfe auch kein klares Ziel mehr. Die Alternative dazu ist nicht notwendigerweise, daß sich nun neue, vielleicht viel erfolgreichere Formen herausbilden. Es kann auch zu einer Deformation des Widerstandes kommen. Aber wie soll eine nun wirklich auf sich selbst gestellte, von der internationalen Solidarität abgeschnittene Organisation überleben? Sie versucht es möglicherweise auch dadurch, daß sie sich immer mehr Formen annähert, die wir bisher eigentlich der kriminellen Welt zugerechnet haben. Ich würde sogar soweit gehen, daß die in der inneren wie äußeren Peripherie ungeheuer anwachsende Kriminalität für viele nur eine Form ist, um zu überleben! Und das ist ja zunächst einmal die

Voraussetzung jeder Art der Befreiung. Wenn ich mein eigenes Überleben nicht garantieren kann, dann brauche ich auch nicht mehr über meine Befreiung nachzudenken.

Wir waren es in diesem Jahrhundert gewohnt, daß sich die Massen in ihrem Widerstand humanistische Ziele gesetzt haben. Aber ist das eigentlich zwangsläufig so? Ist es nicht auch durchaus denkbar, daß die Massen ihren Unterdrückern mit gleicher Münze zurückschlagen? Daß sie inhumane Systeme, unter denen sie nun als erste zu leiden hatten, nicht nur mit inhumanen Mitteln bekämpfen, sondern letzten Endes wiederum Systeme an die Stelle setzen, die aus unserer Sicht kaum humaner sind?

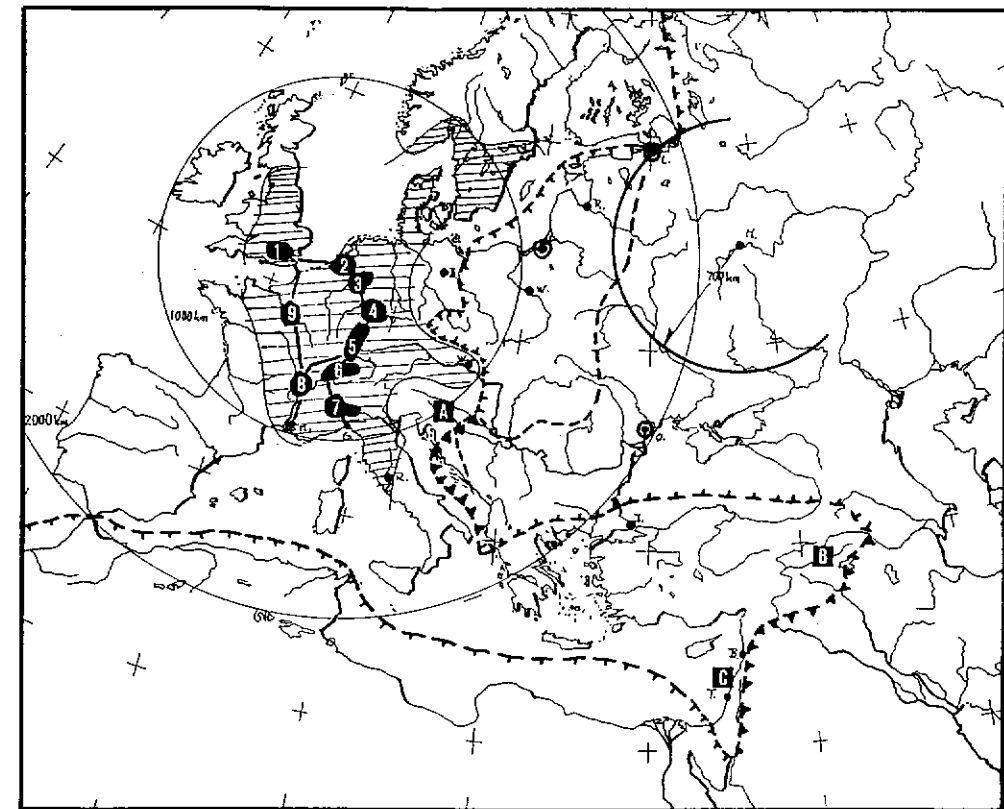
spw: Welche Rolle spielt denn dann die alte Arbeiterbewegung noch in den nächsten Jahrzehnten?

Peter Scherer: Die alte im 19. Jh. entstandene Arbeiterbewegung scheint den Zyklus ihres Aufstiegs und Niedergangs weitgehend durchlaufen zu haben. Von der ursprünglichen, noch unorganisierten Spontaneität, zur Schaffung von Organisationen, die es schließlich ermöglichen, die Frage nach der Macht zu stellen. Die Revolution hat dabei die Funktion des Tores zu einer anderen Gesellschaft, die ihren staatlichen Ausdruck in der sozialistischen Republik findet. In Deutschland ist diese Stufe in der Novemberrevolution 1918 nur punktuell erreicht worden, für wenige Tage nur. Seither war die Entwicklung in Deutsch-

land rückläufig. Das gilt mittlerweile für ganz Europa: Dort wo vorher starke Organisationen waren, gibt es nur noch kleine Zirkel, wenige Gruppen auf einzelne Punkte bezogen. Das war der Zustand, aus dem sich die Arbeiterbewegung in den 60er Jahren des 19. Jh. emanzipiert hat...

spw: ... aber es gibt doch Organisationen der Arbeiterbewegung, die nicht nur kleine Zirkel sind; es gibt millionenstarke Gewerkschaften ...

Peter Scherer: ... Darum geht es ja gerade. Von der "alten" Arbeiterbewegung sind nur die Gewerkschaften übrig. Sie sind Klassenorganisationen, ob sie nun wollen oder nicht. Sie können aber die politische Organisation nicht ersetzen.



Erläuterungen zur Karte:
 Das Vier-Zonen-Modell eines geopolitischen Dispositivs und seine Anwendung auf das gegenwärtige Europa, 14. August 1991.
 Schwarz: Kernregionen des Zentrums. Schraffur: Zentrum (Hauptimmigrationsraum). Gestückte Pfeillinie: Grenze zwischen innerer und äußerer Peripherie. Dieselbe fett: Kriegsfronten 1991 (A Jugoslawischer Bürgerkrieg, B Kurdische Front des Golfkrieges, C Libanesisch-palästinensische Front.) Gestrichelte Linie: Westgrenze des orthodoxen Bekenntnisses. Radien: in 1.000 km ab Rotterdam, 700 km ab Moskau. Umringte Orte: Geplante Sonderwirtschaftszonen (Leningrad, Kaliningrad, Königsberg, Odessa).
Kernregionen: 1 London, 2 Amsterdam, 3 Köln, 4 Frankfurt, 5 Oberrhein, 6 Schweiz, 7 Mailand, 8 Lyon, 9 Paris.
 Das Zentrum umfaßt Räume mit stark entwickelter wirtschaftlicher Struktur einschließlich hoher Bevöl-

kerungsdichte, hohem Beschäftigungsgrad und relativer Rechtssicherheit. Die Zone umschließt mehrere inselartige Verdichtungsräume, die durch Verkehrsachsen verbunden sind ("Champagnerarchipel"). Die innere Peripherie ist politisch integriert, jedoch wirtschaftlich in z.T. historisch weit zurückreichenden Prozessen reduziert und vom Zentrum in vieler Hinsicht abhängig. Aus dieser Zone deckt das Zentrum seinen Bedarf an Fremdarbeitskräften. Die Rechtssicherheit ist erheblich reduziert, organisiertes Verbrechen behauptet offen seinen wirtschaftlichen und politischen Einfluß. Für das gegenwärtige Europa ist typisch, daß es im östlichen Mittelmeer ("East of Malta") eine weitausladende Flanke aufgebaut hat, deren über 1000 km lange Konfliktfront gegen den kurdischen Widerstand, den Irak, gegnerische Kräfte im Libanon und den palästinensischen Widerstand es mit eigenen Kräften nicht halten kann. Militärisch beherrschen die USA diesen Teilraum. Zwischen der inneren und der äußeren Peripherie

verläuft die strategische Grenze des Dispositivs. Sie ist mit unterschiedlich gewichtigen Konfliktfronten bestückt, an denen sich massive Abwehrpositionen gegen Ansprüche ethnischer oder religiöser Gruppen aufbauen: Oder-Neiße-Grenze (Polen, Sinti/Roma), Kroatische Grenze (Serben, bosnische Muslims), Straße von Otranto (Albaner), Anatolien (Iraker, Kurden), Libanon (Schiiten), Palästina (Palästinenser). Über diese Grenze erfolgt die illegale Immigration. Sind die Zonengrenzen im Südosten, z.T. tausende Kilometer weit auseinandergezogen, so sind sie im Osten eng zusammengedrängt. Möglicherweise bildet sich nach Klärung der Lage im tschechisch-ungarischen Raum ein von der Adria bis zur Ostsee reichendes Glacis heraus. Besondere Formierungen jenseits der Ost-Glacis sind die Balkan-Regionen (Serbien, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Moldau) und die polnisch-baltische Region (Polen, Litauen, Lettland, Estland, möglicherweise auch Weißrußland und die Ukraine).

W.F.HAUG

KONSTRUKTION
DES ABSURDEN

ARGUMENT

Wolfgang Fritz Haug

Jean-Paul Sartre und die
Konstruktion des Absurden

3., veränderte Auflage
196 S., Ln., DM 28,-

»Die geistige Situation der Zeit an der Schwelle zum dritten Jahrtausend ist durch ungeheure Enttäuschungen gezeichnet. Die Hoffnung scheint zerbrochen, die Verantwortung machtlos. Die beherrschende Figur des Negativen ist die Apokalypse, welche die für sich selbst ungestaltbar gebliebene Weltgesellschaft sich zu bereiten scheint. Die Titanic wird zum Narrenschiff des reichen Drittels der Menschheit.« (Aus der Notiz zur dritten Auflage)

Vor diesem Hintergrund wächst der 1966 in erster, 1976 in zweiter Auflage erschienenen Schrift von W.F. Haug ungeahnte neue Aktualität zu. Zwar scheint der Existentialismus heute passé und Sartres Leben interessanter als sein Werk. Dennoch steht die postmoderne Beliebtheit der Ideologie der Vergeblichkeit näher als der oberflächliche Blick eingestehen möchte. Heute wie damals geht es darum, der Enthistorisierung und Ontologisierung von Bewußtsein und Denken entgegenzuwirken und die konkreten gesellschaftlichen Momente zu bestimmen, in denen die Philosophie sich, als Täuschung und Ent-Täuschung gleichermaßen entfaltet. Haugs Buch bestätigt, was der Frankfurter Philosoph Alfred Schmidt anlässlich der Erstausgabe schrieb: »Ein für die Analyse des modernen Bewußtseins wichtiges Buch.«

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

Auch im Augenblick ihrer größten Machtentfaltung, 1920 gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch, konnten die Gewerkschaften nur die Bresche offenhalten, durch die die politischen Kräfte hätten durchstoßen müssen. Sie haben es nicht getan. Es gibt einfach Grenzen, die im Wesen der Gewerkschaften angelegt sind.

spw: Hast Du die SPD aus der Arbeiterbewegung verabschiedet, die sich mittlerweile programmatisch weiter von Godesberg entfernt hat, als oftmals angenommen wird?

Peter Scherer: Ich vertraue auf die mittelfristige und langfristige Wirkung der objektiven Faktoren. Es mag ja wenige geben, die Lust haben, darüber nachzudenken, und noch weniger, die bereit sind, darüber zu sprechen - aber es gibt sehr viele, und es gibt jeden Tag mehr, die unter diesen Verhältnissen leiden. Die Unmenschlichkeit der imperialistischen "Welt-Ordnung" nimmt mit jedem Tag zu. Insofern sehe ich auch gar keinen Anlaß, die ältere Theorie der Arbeiterbewegung zu verabschieden, etwa mit der modischen Frage, ob unter den Trümmern des realen Sozialismus nicht auch Marx begraben liegt. Ich glaube nicht einmal, daß Lenin unter diesen Trümmern begraben liegt - was den analytischen Teil seines Werkes angeht.

spw: Würdest Du somit einer Zusammenfassung Deines Buches zustimmen die sagt: "Freie Hand im Osten" beschreibt den Niedergang der weltweiten Arbeiterbewegung seit 1917 und den Aufstieg des Imperialismus seitdem. Außerdem wird in dem Buch deutlich, wie wenig Zukunft die Existenz der Metropolen noch in sich birgt. Der Autor bezweifelt allerdings, daß die Arbeiterbewegung sich noch mal berappeln wird. No future at all?

Peter Scherer: Ich glaube nicht, daß es möglich ist, nach einer solchen Niederlage einfach zur Tagesordnung überzugehen. Was wir im Moment brauchen, das ist wirklicher Realismus. Der Widerstand beginnt dort, wo wir wieder anfangen, die Dinge beim Namen zu nennen. Die Rückkehr des Kapitalismus nach Rußland wird ein Anschauungsunterricht sein, gegen den alle Erfahrungen im deutschen "Beitrittsgebiet" ziemlich blaß aussehen werden. Niemand wird mehr sagen können, man hätte das nicht gewußt, nicht gewollt: Jeder wird sich entscheiden müssen, ob er in der neuen

Welt-Ausbeutungsordnung als kleiner Funktionsträger mitmachen will, oder ob er weiter am Ziel einer menschenwürdigen Gesellschaft festhält - trotz alledem.

Die großen sozialen Kämpfe der nächsten Jahre und Jahrzehnte werden nicht darauf Rücksicht nehmen, wie sich einige "Altlinke" in Mitteleuropa zu dieser Frage verhalten. Hier verläuft die Front nicht mehr. Es wird aber, in einem langen Zeitraum betrachtet, sehr wohl von Bedeutung sein, ob es Kristallisationskerne gibt, politische Strukturen, und seien sie quantitativ noch so klein, die eine andere Welt denken als die Welt des Imperialismus.

Welches Europa?

Westeuropäische Integration, internationale Strukturveränderungen und transnationale Politik

Klaus-Peter Weiner*

1. Europas Rolle in der Welt-politik

Die Europäische Gemeinschaft hat in den achtziger Jahren ihr "dark age" (Hoffmann 1989) - die lange Phase der Stagnation, in die sie Mitte der sechziger Jahre geraten war - überwinden können. Der neue Integrationsschub der westeuropäischen Integration bezieht seine innere Dynamik vor allem aus der Attraktivität des Kernprojekts "Binnenmarkt '92". Die Marktintegration wird begleitet von einer Verdichtung der außenpolitischen Kooperation, von Fortschritten in der Währungszusammenarbeit, von der Straffung der Entscheidungsverfahren, von einer Erhöhung der Regional- und Sozialfonds sowie von einer Ausweitung der Kompetenzen der EG in den Bereichen Technologie, Umwelt und Soziales. Das Ende der Blockkonfrontation, der Zusammenbruch des Realsozialismus und die deutsch-deutsche Vereinigung hat den Integrationsprozeß nochmals beschleunigt. Mit den in Maastricht verabschiedeten Plänen für eine Wirtschafts- und Währungsunion sowie für eine Politische Union sind dem Integrationsprozeß weiterführende Ziele gesetzt. Zum Ende dieses Jahrtausends soll der Nationalstaat klassischen Typs im Europa der EG von einem bundesstaatlichen Verbund überwunden werden.

* Klaus-Peter Weiner ist Politikwissenschaftler an der Universität Marburg. Seinen Beitrag veröffentlichten wir mit freundlicher Genehmigung des PapyRossa Verlages in geringfügig überarbeiteter Fassung. Der Artikel ist zuerst erschienen in: Peter Wahl (Hg.), Warum Montezuma nicht Europa entdeckt hat. Europa und die Dritte Welt, PapyRossa Verlag, Köln 1991, 240 Seiten, 24,- DM

Die Vitalisierung und Reorganisation der Strukturen des EG-Systems hat die Frage nach der Perspektive Europas in der Weltpolitik aufgeworfen, aber die Antworten bleiben vage. Die Unsicherheit über die "Zukunft Europas" ist ein gemeinsames Element der Analysen, die aus den Strukturveränderungen im internationalen System orientierendes Material für die Formulierung (zumeist nationalstaatlicher) Handlungsstrategien gewinnen wollen.

Nach Auffassung der Vertreter eines realistischen Interpretationsansatzes, die die Notwendigkeit eines Hegemons für die Stabilität des internationalen Systems betonen und die Folgen des relativen Niedergangs der Hegemonialmacht USA zu ihrem zentralen Thema machen, verfügt die EG über das ökonomische und militärische Potential eines weltpolitischen Herausforderers der USA. Voraussetzung sei allerdings, daß der politische Integrationsprozeß voranschreitet und sich auch auf den sicherheits- und militärpolitischen Bereich erstreckt (Kennedy 1989). Das 21. Jahrhundert könnte dann, wenn schon kein amerikanisches, so doch ein europäisches Jahrhundert werden (Huntington 1989). Dem stehen starke Zweifel an der politischen Selbstorganisationsfähigkeit Europas gegenüber, da es über keine homogene Identität verfüge. Europa zerfalle in verschiedene Teile, von denen nur die EG eine schwache Teilidentität ausgebildet habe. Aber auch in der EG sei eine vertiefte politische Integration aufgrund der divergierenden Interessen der EG-Staaten nicht zu erwarten (Senghaas 1986). Da eine europäische Einheit nicht greifbar ist, sei auch die Spekulation über eine führende Rolle Europas im 21.

Jahrhundert übertrieben (Nye 1990). Dennoch bezweifelt keine der Analysen, daß Europa im internationalen System eine zentrale Position einnehmen wird.

Hingegen halten theoretische Ansätze, die die Internationalisierungs- und Globalisierungsprozesse in den Mittelpunkt ihrer Interpretationsansätze stellen, die EG eher für ein Hemmnis weltweiter Interdependenz und Arbeitsteilung (Heininger/Maier 1987). Das erreichte Niveau der Integration sei daher kaum noch zu überschreiten. Die Internationalisierung wird über die EG als ihr regionaler Ausdruck hinweggehen und neue, unter Führung der USA, Japans und der Bundesrepublik Deutschland stehende internationale Regime schaffen (Bühl 1986). Die global agierenden transnationalen Konzerne drängten eher auf eine die OECD-Staaten umfassende Freihandelszone als auf eine regionale Abschottung der Wirtschaftsräume (Scherrer 1990). Demgegenüber verweisen polit-ökonomische Analysen auf die Konzentration der Handels- und Kapitalströme auf die hochentwickelten Zentren der Weltökonomie und auf die damit verbundene Tendenz einer weltwirtschaftlichen Regionalisierung, in der die Beziehungen der sich stärker auf ihr Umfeld konzentrierenden Triademächte USA, Japan und EG zwischen Konflikt und Kooperation schwanken, ohne daß es zur Herausbildung stabiler weltwirtschaftlicher und weltpolitischer Ordnungs- und Regulierungsmuster kommt (Bergsten 1990). Kennzeichnend für die gegenwärtige internationale Entwicklung sei daher die Herausbildung einer "Widerspruchskonstellation zwischen ökonomischer Globalisierung und politischer Segmentierung der

Weltwirtschaft" (Deppe 1991:65), die von einer anhaltenden Abkoppelung weniger entwickelter Weltregionen begleitet wird.

2. EG-Integration in einem neuen Umfeld

Der gesellschaftliche Umbruch in Osteuropa hat die Unsicherheiten über die weitere Perspektive der westeuropäischen Integration weiter verstärkt. Bereits der Sog des EG-Projekts Binnenmarkt '92 hat die Freihandelszone EFTA an den Rand der Auflösung getrieben und in allen EFTA-Staaten breite Diskussionen über einen Beitritt zur EG ausgelöst. In den Verhandlungen zwischen der EG und der EFTA über einen Europäischen Wirtschaftsraum verfügbaren die EFTA-Staaten kaum noch über die Möglichkeit, die EG zu einem Ausgleich der Interessen und zu Kompromissen zu veranlassen. Zugleich hat die EG mit der Übernahme der Koordination der westlichen Hilfsleistungen für Osteuropa eine zentrale Rolle bei der Transformation realsozialistischer in kapitalistische Gesellschaften übernommen und die Tendenz in diesen Ländern, sich möglichst schnell an die EG anzunähern, verstärkt und bis zu Beitrittswünschen verdichtet. Eine erneute Erweiterung der EG wird aber nicht von allen Mitgliedstaaten unterstützt. Schon die Nord- und Süderweiterungen der EG in den siebziger und achtziger Jahren haben die Heterogenität der EG erhöht und damit die strukturellen Integrationsprobleme verstärkt. Eine erneute Erweiterung stellt damit jeden Versuch, die Integration in Richtung Politischer Union weiter zu vertiefen, von vornherein in Frage. Zwar plädieren insbesondere die Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien für eine "offene" EG, stoßen aber damit auf den Widerstand der französischen Regierung. Die politische Klasse Frankreichs sieht in einer Konföderation der europäischen Staaten die ökonomischen, sozialen und politischen Probleme der osteuropäischen Staaten eher aufgehoben als in der EG. Dahinter steht die Befürchtung, daß in einer erweiterten EG der französische Einfluß weiter abnimmt, während die Bundesrepublik in einem größeren, zwangsläufig aufgelockerten Integrationsverbund weitaus weniger eingebunden ist als bisher und ihr damit größere nationale

Handlungsmöglichkeiten zuwachsen.

Die Frage des Verhältnisses von Erweiterung und Vertiefung der Integration und insbesondere die Gestaltung des Verhältnisses zu den osteuropäischen Staaten erweist sich daher als eine der zentralen Widerspruchskonstellationen. In sie geht die die Umwälzung in Osteuropa und die deutsch-deutsche Vereinigung verarbeitende Neuausrichtung der außenpolitischen Orientierungen der EG-Staaten ein, die auch ihre Integrationspolitik problematisiert. Denn Zusammenbruch des Sozialismus bringt die Bundesrepublik in eine Schanierfunktion zwischen Ost und West, die die politische Bedeutung der Bundesrepublik erhöht, während die Vereinigung von BRD und DDR zugleich eine neue machtpolitische Struktur in der EG selbst geschaffen hat. Die Bundesrepublik ist nun potentiell in der Lage, aus der Integration ein Ergebnis zu ziehen, das weiterhin den Interessen ihrer Wirtschaft dient und ihren diplomatischen Aktionen einen europäischen Genehmigungsstempel gibt, ihr zugleich aber ausreichend Raum und Freiheit läßt, als überzogen empfundene Integrationsansprüche zurückzuweisen (Hoffmann 1990). Die Bundesrepublik kann heute "souveräner" als früher die Grenzen setzen, jenseits derer sie die politischen Beschränkungen und finanziellen Lasten des Integrationsprozesses nicht mehr akzeptiert.

Die Zukunft der EG hängt somit wesentlich von der Bereitschaft der Bundesrepublik ab, die Integration nicht nur zu erweitern, sondern auch zu vertiefen. Einer krisenhaft verlaufenden Integration der Gesellschaft der DDR in das ökonomisch, soziale und politische System der Bundesrepublik kann allerdings eine politische Dynamik freisetzen, die stärker auf einen nationalen als auf einen europäischen Weg drängt. Auch hat die politische Klasse der Bundesrepublik ein gespaltenes Verhältnis zur westeuropäischen Integration. Dies ist bereits in der Auseinandersetzung um die 1987 ratifizierte Einheitliche Europäische Akte (EEA) deutlich geworden. Es wurde befürchtet, daß eine Vertiefung der westeuropäischen Integration, deren wichtigste Grundlage die Einbindung und Eindämmung des bundesdeutschen Macht- und Wirtschaftspotentials ist, den Weg zur Wiedervereinigung nur verstellen könnte.

Auch der Vollzug des Anschlusses der DDR ohne Konsultation der EG-Staaten verweist darauf, daß in der Bundesrepublik die als national deklarierten Zielstellungen vor einer europäischen Einigung stehen.

Diese neue machtpolitische Struktur der EG bricht sich aber an der inneren und äußeren Dynamik des westeuropäischen Integrationsprozesses. So hat das Binnenmarktprojekt der EG die Westausrichtung des bundesdeutschen Kapitals weiter verstärkt. Profit wird vorwiegend auf westlichen Märkten realisiert. Und auch die Bundesregierung ist zur Bewältigung der aus der Vereinigung und dem Umbruch in Osteuropa resultierenden Anforderungen sowie aufgrund der gegenüber der GUS eingegangenen Verpflichtungen vorläufig auf eine weitgehend konfliktfreie Beziehung zu den EG-Staaten angewiesen. Einem von staatlichen Apparaten inszenierten neuen Nationalismus wie auch einer Lockerung der Einbindung in die EG sind damit zumindest mittelfristig Grenzen gesetzt. Hinzu kommt, daß die westeuropäische Integration bisher keineswegs dazu geführt hat, daß die Mitgliedsländer als Nationalstaaten in ihrer Substanz bedroht sind. Vielmehr hat sich die EG zu einer auf supranationalen und intergouvernementalen Elementen basierenden regionalen Institution entwickelt, die dem Nationalstaat mehr hilft sich zu erhalten, als daß sie ihn zwingt zu vergehen (Hoffmann 1982). Denn die von der EG bearbeiteten Politikbereiche sind in weiten Teilen nicht von der nationalen auf die supranationale Ebene im Sinne eines Nullsummenspiels verlagert. Sie sind vielmehr als im Rahmen der EG angesiedelter, komplementärer Bestandteil der nationalen Politik zu begreifen, mit der der Nationalstaat sich als Reaktion auf mit nationalen Instrumentarien nicht mehr hinreichend zu bewältigenden Problemlagen eine neue Handlungsebene erschließt.

Die EG kann daher auch weiterhin einen stabilen Faktor in den internationalen und regionalen Strukturveränderungen bilden. Damit stellt sie neben dem Nationalstaat den entscheidenden Rahmen dar, in dem sich die sozialen und politischen Auseinandersetzungen um die weitere Entwicklungsrichtung der europäischen Gesellschaften vollzieht und in dem Weichenstellungen im Umgang mit

den globalen Problemdimensionen Ökologie und Entwicklung erfolgen.

Zugleich wird aber die Dynamik der Transformationsprozesse in Osteuropa die Aufmerksamkeit der EG und ihrer Mitgliedstaaten stärker auf diese Region lenken und somit die im Binnenmarktprojekt angelegte Tendenz zu einer verstärkten Abschottung Europas gegenüber anderen Weltregionen verstärken.

Damit kann sich eine Gesamtstruktur Europas abzeichnen, die aus vier hierarchisch miteinander verbundenen Kreisen besteht. Den innersten, die äußeren Kreise dominierenden Kreis bildet die selbst hierarchisch strukturierte - EG, der zweite wird von den eng mit der EG verbundenen EFTA-Staaten und der dritte Kreis von den auf die EG ausgerichteten osteuropäischen Staaten gebildet. Den vierten Kreis bilden schließlich die als abhängiges Hinterland fungierenden AKP-Staaten (v.a. in Afrika), die über das Lome-Abkommen mit der EG verbunden sind (Huffschnid 1990).

3. Perspektiven der Demokratisierung

Die Verwirklichung hochgesteckter Integrationsziele ist in der Vergangenheit immer wieder an den nationalen sozio-ökonomischen und politischen Realitäten in der EG gescheitert. Diese Realität ist geprägt durch ein sich vorwiegend auf der Ebene der Mitgliedstaaten artikulierendes Neben- und Nacheinander politischer, kultureller, sozialer und ökonomischer Entwicklungen. Von ihnen gehen integrative wie desintegrative Impulse aus, die sich auf der Ebene der EG politisch kaum synchronisieren lassen. Auch transnational orientierte Bewegungen wie Gewerkschaften und Linksparteien haben diese Erfahrung machen müssen. Eine An-

näherung der nationalen Kulturen im Sinne eines Abflachens der Bedeutung ihrer Unterschiede kann eine transnationale Kooperation politischer Bewegungen in der EG prinzipiell erleichtern. Diese Tendenz zu einer sozialen Integration "von unten" ist von einer allmählichen "Umorientierung der Westeuropäer weg von der Ausschließlichkeit der nationalen Perspektive" begleitet worden (Kaelble 1987:157). Hinzu kommt eine wachsende Ähnlichkeit der Problemlagen, mit denen sich die europäischen Gesellschaften konfrontiert sehen. So fordert die Ökologie die Produktions-, Austausch- und Konsummuster der Risikogesellschaft heraus, die Krise des Fordismus die bestehenden Formen der sozialen und politischen Regulierung, die Massenarbeitslosigkeit die Verteilung der Arbeit, die dissoziative Kraft des Binnenmarktprojekts die Sozialsysteme, die internationale Migration die Beziehungen zur unterentwickelten Welt, die zivilen Einstellungsmuster die Militärplanungen, das Geschlechterverhältnis die patriarchalischen Herrschaftsstrukturen, die BürgerInnenrechte das Legitimationspotential der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie.

Diese Problemlagen sind prinzipiell zu bearbeiten, und sie sind verschiedenen Formen der Bearbeitung zugänglich. Von den sich durchsetzenden Bearbeitungsformen - sozial oder technisch, demokratisch oder autoritär - werden jedoch die Lösungsmuster abhängen. Autoritär-technokratische Problemlösungen können in Reichweite und Tiefe nur begrenzt ausfallen, weil sie nur verändern, damit sich nichts verändert. Sie bergen zugleich die Gefahr, daß die Zuweisung von Veränderungskosten einseitig zu Lasten derjenigen gesellschaftlichen Gruppen geht, die von der Definition der Bearbeitungsformen ausgeschlossen werden. Nur demokratisch-soziale Bearbeitungsformen können die Gewähr bieten, daß verändert wird, um zu verändern und die Zuweisung der Kosten der Problembearbeitung weder regional externalisiert noch neue gesellschaftliche Segmentierungen in den EG-Staaten hervorruft. Daher kann die "Zukunft Europas" nicht den politischen Klassen überlassen werden, die sich im Rahmen der EG konzentrieren. Ein zentrales Problem bleibt somit "das institutionelle demokratische Defizit inmitten der Ruinen der nationalen EG-Staaten"

(Narr 1989:594). Notwendig ist die transnationale Perspektive einer weitreichenden Demokratisierung von Strukturen und Verfahren in der EG.

Die Ausweitung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments ist ein Schritt in Richtung Demokratie. Auch die Gestaltung des "Mehr-Ebenen-Systems" EG nach dem Prinzip der Subsidiarität bedeutet einen Schritt in Richtung Demokratie. Aber weil Parlamentarisierung und Subsidiarisierung als Reform "von oben" auf Legitimationsbeschaffung und Effizienzsteigerung staatlicher Politik ausgerichtet bleiben, bilden sie keine hinreichende Voraussetzung, um das demokratische Defizit der EG zu beheben. Erst in einem Europa, das die parlamentarisch-repräsentativen Politikformen um emanzipative, direkte Formen der Demokratie erweitert und sukzessive ausdehnt, kann die gesellschaftliche Selbstregulierungsfähigkeit zu Lasten der Regulierung über Staatsapparate und Marktmechanismen erhöht werden. Dies verlangt, daß die BürgerInnen Europas ihre Lebenswelten gegen die Kolonisierung durch das politische und ökonomische System nicht nur verteidigen, sondern ihre Lebensbedingungen in einem größeren Ausmaß als bisher selbst beeinflussen und schließlich auch in den Bereichen, die dem Primat des Staates und der Ökonomie untergeordnet sind, weitgehend selbst entscheiden. Dies gilt auch für den - traditionell bereits parlamentarisch-demokratischen Verfahren weitgehend entzogenen, außenpolitisch-exekutiv gestalteten - Bereich der europäischen Integration. Denn die Probleme Europas werden nur dann gesellschaftlich zu lösen sein, wenn sich der Nationalstaat nach "oben" in einen föderativen und nach "unten" in einen regionalen Rahmen öffnet. Dazu ist es notwendig, daß die staatliche Zentralisierung politischer Macht zugunsten einer dezentralen Autonomie und einer gemeinschaftlichen Koordination von Lebensbedingungen überwunden wird.

4. Europäische Leitbilder

Die Frage nach Perspektiven aber kann nicht nur auf der Ebene ihrer möglichen politisch-institutionellen Struktur beantwortet werden.

Der gesellschaftliche Umbruch in den osteuropäischen Ländern wie der Golfkrieg haben die "harten" internationalen Themen der Geopolitik und der Nation wieder auf die Agenda gesetzt und in den politischen Diskursen die "weichen" Themen wie ökologischer Umbau, soziale Reformen und inter-regionaler Ausgleich überlagert.

Diese auf die gesellschaftliche Binnenstruktur bezogenen Felder linker Politik werden ihre Ausstrahlung nur dann wieder gewinnen, wenn sie über den nationalstaatlichen Rahmen hinaus konzipiert und verknüpft werden. Ein auf den Ost-West- und Nord-Süd-Ausgleich ausgerichteter Internationalismus ist daher eines der zentralen Begründungsfelder für eine Reformulierung linker Politik. Bezogen auf die EG bedeutet dies zugleich, daß ein aus den nationalen Kulturen heraus agierender Internationalismus einen transnationalen Handlungstyp hervorbringen muß (Deppe 1989). Ein "post-nationaler Euro-Akteur" (Jacobi 1991) wird jedoch nur dann Einfluß geltend machen können, wenn die aus der Kritik des Bestehenden gewonnenen und aus den nationalen politischen Kulturen formulierten Programmatiken sich zu einem "Leitbild europäischer Zukunft" verdichten lassen.

Der westeuropäische Integrationsprozeß ist von verschiedenen politischen, ökonomischen und institutionellen Leitbildern begleitet worden, die - auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessen und Ordnungsvorstellungen beruhend - als interessengeprägte Deutungsmuster aktueller Integrationsprozesse und als Beschreibung der historischen Perspektive der Integration dienen. Das Spektrum dieser Leitbilder reicht von affirmativen - Europa als Großmacht - über engagierte - Europa als Zivilmacht - bis zu ablehnenden - Europa des Kapitals - Konzeptualisierungen. Ihre Ausstrahlung haben diese Leitbilder aus realen Determinanten der westeuropäischen Integrationsprozesse bezogen. So entwarf das Leitbild "Zi-

vilmacht" auf Grundlage der in Westeuropa nach 1945 erfolgten Verschiebung von der militärischen zur politischen Konfliktregelung die EG als einen "Musterfall einer neuen Stufe der politischen Kultur", die ihren Einfluß nur über zivile Machtformen geltend macht. Denn als eine Ländergruppe mit weitreichender wirtschaftlicher Macht und verhältnismäßig begrenzter militärischer Macht müsse die EG "daran interessiert sein, die zwischenstaatlichen Beziehungen - sowohl zwischen den eigenen Mitgliedern wie auch mit dritten Ländern - soweit wie möglich zu domestizieren." (Duchêne 1973:34 f; Hervorh. im Original)

Die Ausstrahlung integrationspolitischer Leitbilder ist weitgehend verblaßt. Sie konnten eine homogenisierende und orientierende Funktion nur solange erfüllen, wie sie mit der Realentwicklung Europas in Einklang zu bringen waren.

Die EG stellt sich aber heute differenzierter und der westeuropäische Integrationsprozeß komplexer dar, als es einfach strukturierte Leitbilder widerspiegeln. Für konservative Kräfte hat die Erosion der Leitbilder daher auch das Feld verschoben, auf dem konsensstiftendes und orientierendes Material geformt wird. Nicht mehr zukunftsmales Leitbilder, sondern einer aus der europäischen Geschichte gewonnenen "europäischen Identität" soll im Integrationsprozeß eine einheitsstiftende Funktion zukommen. Das Bewußtsein "der Errungenschaften einer gemeinsamen europäischen Vergangenheit" (Bowler 1979:5) soll das Band flechten, mit dem sich die nationalen zu einem gemeinsamen Interesse bündeln lassen. Diese Funktionsbestimmung von Identität verlangt, die barbarischen Züge der "Errungenschaften" der europäischen Zivilisation wie Kolonialismus, Weltkriege und Genozide hinter den Horizont ihrer Wahrnehmbarkeit zurücktreten zu lassen und eurozentristisch alle nichteuropäischen Einflüsse weitgehend auszuschließen. Begleitet wird diese intellektuelle Suche europäischer Identität von einer symbolischen Vergemeinschaftung. Europa-Hymne und -Fahne, einheitliches PKW-Kennzeichen und "europäische" Staatsbürgerschaft inklusive Europa-Paß sollen das "europäische" Bewußtsein in der Bevölkerung verstärken.

5. Die Linke als transnationale Kraft

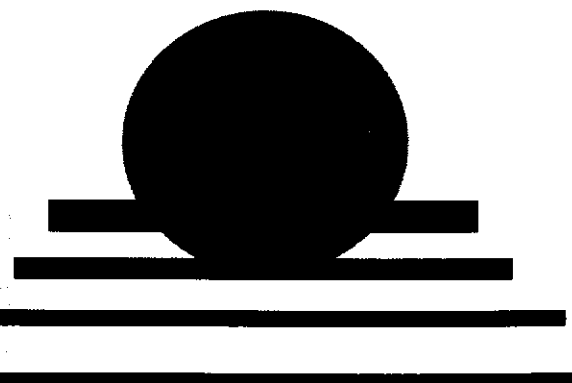
Ein ausstrahlungsfähiges, programmatisch und strategisch orientierendes, national und regional spezifische Zielformulierungen integrierendes Leitbild kann sich als ein wichtiges Medium erweisen, um einen alternativen, die transnationalen Kapital- und nationalen Machtinteressen einhegenden, alternativen Modus der Integration Europas zu konzipieren und durchzusetzen. Ein derartiges Leitbild muß sich an den europa-bezogenen Kriterien offen, zivil, demokratisch, ökologisch, feministisch, sozial, multikulturell und regional ausrichten und nicht nur Vielfältiges orientieren und Komplexes verdichten, sondern zugleich entwicklungs offen, also experimentierfreundlich sein. Das Leitbild eines "anderen" Europa kann aber nicht am Reißbrett entworfen werden, sondern muß sich in den Auseinandersetzungen um die Entwicklungswege formen, die gesellschaftliche Verhältnisse in einem humanen Sinn verändern. Die Träger dieser Auseinandersetzung können zunächst nur die Vielzahl von gesellschaftlichen Bewegungen, Gruppen und Milieus sein, die sich nicht in ihren regionalen oder nationalen politischen Kulturen einkapseln, sondern sich auch transnational - über die EG-Staaten hinaus - kontaktieren und vernetzen, um ein gegenseitiges Verständnis zu ermöglichen, um einen Erfahrungsaustausch zu fördern und um gemeinsame Ziele gemeinsam zu verfolgen.

Mit anderen Worten, die Linke kann ihre fundamentale Krise nur dann überwinden, wenn es gelingt, sich auch transnational zu einer intellektuellen und politischen Kraft zu formieren, die sich zu einem Handlungsobjekt für eine verändernde Veränderung der derzeitigen dominanten Struktur der Europa-Politik entwickeln kann. Erste Ansätze dazu sind vorhanden. Sie reichen von der Kooperation der Links- und der Grün-Alternativen-Parteien im Umfeld des Europäischen Parlaments über die transnationale Kooperation von Gewerkschaften im Binnenmarkt bis zu grenzüberschreitenden Medienprojekten und Diskussionszusammenhängen. Diese Ansätze sind ausbaufähig.

Bergsten, Fred C. (1990), The World Economy after the Cold War, in: Foreign Affairs, Summer, S. 96-112

- Bowler, John (1979) Geschichte Europas. Von der Vorgeschichte bis ins 20. Jahrhundert, München, Zürich
- Bühl, Walter L. (1986), Das Ende der amerikanisch-sowjetischen Hegemonie? Internationale Politik im Fünften Kondratieffschen Übergang, München
- Deppe, Frank (1991), Jenseits der Systemkonkurrenz. Überlegungen zur neuen Weltordnung, Marburg
- Deppe, Frank (1989), in: ders./Huffschnid, Jörg/Weiner, Klaus-Peter (Hrsg.), 1992 - Projekt Europa. Politik und Ökonomie in der Europäischen Gemeinschaft, Köln, S. 249-288
- Duchêne, François (1973), Die Rolle Europas im Weltsystem: Von der regionalen zur planetarischen Interdependenz, in: Kohnstamm, Max/Hager, Wolfgang (Hrsg.), Zivilmacht Europa - Supermacht oder Partner? Frankfurt/M., S. 11-35
- Heininger, Horst/Maier, Lutz (1987), Internationaler Kapitalismus. Tendenzen und Konflikte staatsmonopolistischer Internationalisierung, Berlin
- Hoffmann, Stanley (1990), Abschied von der Vergangenheit. Politik und Sicherheit im Europa der neunziger Jahre, in: Europa-Archiv, Heft 20, S. 595-606
- Hoffmann, Stanley (1989), The European Community and 1992, in: Foreign Affairs, Fall, S. 27-47
- Hoffmann, Stanley (1982), Reflections on the Nation-State in Western Europe Today, in: Journal of Common Market Studies 1-2, S. 21-37
- Huffschnid, Jörg (1990), Beschleunigung oder Krise der Integration? Bemerkungen zur Rolle und inneren Verfassung der EG nach dem Zusammenbruch des Sozialismus in Europa, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 4, S. 26-35
- Huntington, Samuel P. (1989), The U.S. - Decline or

- Renewal?, in: Foreign Affairs, Winter, S. 76-96
- Jacoby, Otto (1991), Pionierrolle der deutschen Gewerkschaften? Zur Gewerkschaftspolitik im Binnenmarkt '92, in: Deppe, Frank/Weiner, Klaus-Peter (Hrsg.), Die Perspektive der Arbeitsbeziehungen in der EG und die soziale Dimension des Binnenmarktes '92, FEG Arbeitspapier Nr. 4, Marburg 1991, S. 93-100
- Kaelble, Hartmut (1987), Auf dem Weg zu einer europäischen Gesellschaft. Eine Sozialgeschichte Westeuropas 1880-1980, München
- Kennedy, Paul (1989), Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000, Frankfurt/M.
- Narr, Wolf-Dieter (1989), Von den kommenden Segnungen der europäischen Integration - Ansichten eines provinziellen Weltbürgers, in: Leviathan Nr. 4, S. 574-595
- Nye, Joseph S., Jr. (1990), Bound to Lead. The Changing Nature of American Power, New York
- Scherrer, Christoph (1990), Handelskrieg oder Kooperation. Perspektiven transatlantischer Wirtschaftsbeziehungen, in: Das Argument 182, S. 575-581
- Senghaas, Dieter (1986), Die Zukunft Europas. Probleme der Friedensgestaltung, Frankfurt/M.



Auf dem Weg zu neuen Ufern?

Zu den Ergebnissen des Maastrichter EG-Gipfels

Joachim Schuster*

Die Regierungskonferenzen zur Weiterentwicklung der EG hin zu einer Wirtschafts- und Währungsunion sowie einer Politischen Union sind im Dezember in Maastricht trotz erheblicher Meinungsverschiedenheiten der Mitgliedstaaten erfolgreich abgeschlossen worden. Änderungen der EG-Verträge sind vereinbart und müssen jetzt 'nur' noch durch die nationalen Parlamente ratifiziert werden. Zeitpläne und Schritte für die Vertiefung der EG sind damit festgelegt. Mit den Gipfel-Ergebnissen sei die EG-Integration unumkehrbar geworden, so versichert uns der Bundeskanzler. Damit hat die EG fünf Jahre nach der ersten größeren Vertragsreform mit der vorrangigen Ziel der Errichtung des gemeinsamen Binnenmarktes einen weiteren weitreichenden Reformschritt getan. Aber der Abschluß der Regierungskonferenzen läßt auch Fragen offen und weist Widersprüche auf. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich, daß der zukünftige Weg der EG und Europas keineswegs so eindeutig vorgezeichnet ist, sondern nach wie vor grundlegende Handlungsoptionen verbleiben, die auch eine Abkehr von dem proklamierten Weg ermöglichen. Eine nähere Analyse der Vertragsreform kann nur vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen um die Etablierung einer neuen Weltordnung nach dem Ende der Systemkonkurrenz vorgenommen werden. Die USA und der Westen erscheinen als Sieger im Kalten Krieg und prägen von daher das internationale Geschehen. Allerdings ist die Vormachtstellung der USA im westlichen Lager

einem schon bis in die 70'er Jahre zurückreichenden Erosionsprozeß ausgesetzt, der sich vor allem in dem ökonomischen Machtzuwachs Japans und der westeuropäischen Staaten äußert. Wie die internationalen Beziehungen in Zukunft reguliert werden, ob multipolar oder unipolar, welche Rolle verschiedene Faktoren wie das Militär oder das ökonomische Potential eines Landes spielen werden und inwieweit von einer real vorhandenen, umfassenden globalen Interdependenz in den internationalen Beziehungen ausgegangen wird, ist nicht nur in der wissenschaftlichen Debatte derzeit offen. Der Ost-West-Konflikt drückte sich wesentlich in der Teilung Europas und den daraus resultierenden Konflikten aus. Deshalb ist es nicht überraschend, daß die ökonomische und politische Neuordnung Europas eine wesentliche Bedeutung für die Etablierung einer neuen Weltordnung hat. Auch spitzen sich viele Probleme, die mit dem Zusammenbruch der osteuropäischen Staaten verbunden sind, in Europa zu. Europäische Friedensordnung ist vorrangige Aufgabe. Vorrangig ist sicherlich der Aufbau einer stabilen Friedensordnung. Die zahlreichen Nationalitätenkonflikte in den osteuropäischen Staaten, die in Jugoslawien den Ausbruch eines Bürgerkrieges zur Folge haben, zeigen, welche sicherheitspolitischen Probleme zu bewältigen sind. Eine solche neue europäische Friedensordnung zeichnet sich jedoch bereits mit einer Stärkung und Institutionalisierung der KSZE in ersten Umrissen ab. Gleichzeitig wird auch die NATO - wenn auch in veränderter Form - eine herausragende Rolle in Europa spielen. In beiden Fällen bedeutet dies, daß die USA als bisherige westliche

Führungsmacht weiterhin in die Etablierung einer stabilen Ordnung einbezogen sein werden. Im Mittelpunkt der ökonomischen Neuordnungsbemühungen steht die EG. Durch die Ende der 80'er Jahre entfaltete Integrationsdynamik gewann die EG eine immer größere Anziehungskraft, und zwar nicht nur für die osteuropäischen Staaten. Die Verhandlungen über die Schaffung eines "Europäischen Wirtschaftsraumes" (EWR) zwischen den EFTA-Staaten und der EG erweist sich entgegen ursprünglich andersartigen Konzeptionen als Durchlauferhitzer für eine Mitgliedschaft diese Staaten. Aus der Befürchtung heraus, dauerhaft nur einer von anderen bestimmten Entwicklung in Europa hinterherhinken zu können, reicht den EFTA-Staaten die mit dem EWR beabsichtigte ökonomische Anbindung - ohne wirklich gleichberechtigt mitbestimmen zu können - nicht aus. Österreich und Schweden haben schon Beitrittsanträge gestellt, in Finnland, Norwegen und selbst in der Schweiz drängen immer mehr Kräfte auf die Mitgliedschaft. Gleichzeitig wird die EG zum Hoffnungsträger für die osteuropäischen Reformländer. Diese versprechen sich von der EG nicht nur ökonomische Unterstützungsleistungen zur Absicherung der begonnenen Reformprozesse, sondern streben ebenfalls eine baldige Mitgliedschaft an, wovon sie eine effektivere ökonomische Unterstützung und politische Stabilisierung erhoffen. So haben bereits Polen, die CSFR und Ungarn deutliche Beitrittswünsche geäußert. Aktuell wird versucht, die Beziehungen zwischen den Reformstaaten und der EG durch besondere Assoziierungsabkommen, den sogenannten Europa-Abkommen, zu regeln.

WELTMACHT EUROPA

Neben der Vollendung des Binnenmarktes und den Plänen für eine weitere Vertiefung der Integration ist die EG also einem großen Erweiterungsdruck ausgesetzt, ohne daß ein klares Konzept für den Umgang mit diesen Anforderungen vorhanden wäre. Vielmehr zeichnen sich die Verhandlungen - sowohl mit den EFTA-Staaten als auch in noch stärkerem Maße mit den osteuropäischen Staaten - mehr durch ein Hinterherlaufen hinter einem raschen Wandlungsprozeß als durch konzeptionell gesteuertes Handeln aus.² Durch die Wiedervereinigung Deutschlands ist das bisher die EG-Entwicklung maßgeblich tragende machtpolitische Gleichgewicht zwischen den drei Großen in der EG - Großbritannien, Frankreich und die BRD - in Frage gestellt worden. Die BRD ist durch die Vereinigung zum ökonomisch weitaus mächtigsten Staat im Zentrum Europas geworden, der zugleich - trotz der Reduzierung der Bundeswehr - über beachtliche und hochmodern ausgerüstete Streitkräfte verfügt. Zudem besteht angesichts der abnehmenden Bedeutung des Militärischen, insbesondere der Verfügungsgewalt über Atomwaffen, für die Beziehungen zwischen den europäischen Staaten die Möglichkeit, daß die Bundesrepublik ihre ökonomische Macht ohne große Schwierigkeiten in politische Macht ummünzen könnte. Die alte Ordnung beruhte im Westen auf der ökonomischen Einbindung der BRD in die EG und der militärischen in die NATO. So konnten Großbritannien und Frankreich durch ihren Status als Nuklearmächte ihre ökonomische Unterlegenheit gegenüber der BRD politisch kompensieren. Diese Balance existiert so nicht mehr. Die neue Lage erfordert komplizierte Anpassungsleistungen aller Staaten, wobei die gewachsene politische und ökonomische Macht des vereinten Deutschlands als ein Ausgangspunkt genommen werden muß. Gleichzeitig sind alle bisherigen Integrations- und Bündniszusammenhänge der westeuropäischen Staaten in ihrer Substanz durchaus auch in Frage gestellt. "Was in der neuen Lage vor allem droht, ist die Versuchung, in das alte System des europäischen Konzerts der Mächte, des Gleichgewichtsspiels mit wechselnden Allianzen zurückzufallen. ... die Gefahr ist real, und das gilt für alle Hauptbeteiligten."³ Während Großbritannien schon traditionell auf solch eine Gleichgewichtspoli-

tik fixiert ist, wie nicht zuletzt die immer beibehaltenen relative Distanz zur EG belegt, ist auch in Frankreich eine umfassende Diskussion bei allen politischen Kräften darüber entbrannt, welches Verhalten gegenüber dem mächtiger gewordenen Deutschland an den Tag gelegt werden soll. Kernfrage dabei ist, ob weiterhin die Politik der Einbindung der BRD mittels der EG verfolgt werden soll, oder ob Frankreich unabhängiger und in Zusammenarbeit mit anderen Bündnispartnern agieren soll.⁴ Zusätzliche Brisanz erhalten solche Überlegungen durch die Politik der USA, die nicht an einem einheitlich handelnden und umfassend integrierten Europa interessiert sind. Ihr Angebot an die BRD zur "Partnerschaft in der Führung" bezüglich der Probleme in Europa⁵ ist sicherlich nicht geeignet, die Angst vor einer absoluten Dominanz der BRD bei den anderen europäischen Staaten abzubauen. Diese strategischen Überlegungen in den einzelnen Staaten drücken sich u.a. in der gegenwärtig geführten Kontroverse um eine Vertiefung oder Erweiterung der EG aus. Trotz gegenteiliger verbaler Bekundungen durch einzelne Regierungen der EG-Staaten, sind beides sich ausschließende Alternativen, soweit beide Alternativen gleichzeitig realisiert werden sollen und die Erweiterungsoption sich auf mehr Staaten als auf die bisher beitragswilligen EFTA Mitglieder Österreich und Schweden bezieht. Eine rasche Einbeziehung der osteuropäischen Staaten innerhalb weniger Jahre würde die schon unter heutigen Bedingungen unzureichenden Finanzausgleichsmechanismen in der Gemeinschaft schlicht überfordern. Darüber hinaus wäre die zu rasche Auslieferung der sich gerade formierenden osteuropäischen Volkswirtschaften an die übermächtige Konkurrenz in der EG und auf dem Weltmarkt ökonomisch eine reine Chaosstrategie, mit wahrscheinlich ähnlichen Folgen wie in der ehemaligen DDR. Nur würde es in diesem Falle keinen großen Bruder im Westen geben, der die Folgen zumindest finanziell abfedert. Zudem bedeutet jeder weitere Mitgliedsstaat eine weitere Erschwerung des Entscheidungsprozesses der EG, der ja weniger durch supranationale Entscheidungsträger sondern durch einen auf einem komplizierten Interessensausgleich und gegenseitigem Geben und Nehmen basierenden Verhandlungsprozeß zwischen den Nationalstaa-

ten gekennzeichnet ist. Eine rasche Erweiterung der EG ohne substantielle Vertiefung der Integration hat damit die Aufgabe des politisch in unterschiedlichen Worten proklamierten Endzieles der "Vereinigten Staaten von Europa" zur Folge. Umgekehrt birgt der Vorrang der Vertiefung allerdings die Gefahr der Abschottung der EG vor den Problemen der anderen Staaten in sich. Es könnte sich eine Linie durchsetzen, die westeuropäische Wohlstandsinsel mit einem unangemessenen Besitzstandsdenken durchaus auch in einer sehr militanten Form zu verteidigen. Das Umgehen Italiens mit den albanischen Flüchtlingen im vergangenen Sommer oder die in vielen westeuropäischen Ländern steigende und militanter werdende Ausländerfeindlichkeit könnten sich als Vorboten einer solchen Entwicklung erweisen. Der unter den geschilderten Voraussetzungen vorhandene Gegensatz zwischen Erweiterung und Vertiefung darf jedoch nicht als für oder wider der westeuropäischen bzw. auch gesamteuropäischen Integration interpretiert werden. Real steht auch die gesamteuropäische Integration nicht in Frage. Worum es geht, ist die Frage der Regulierung ökonomischer und sozialer Prozesse in Europa. Strittig ist, ob die gesellschaftliche Entwicklung in Europa auch europäisch reguliert werden soll durch entsprechende politische Organe auf europäischer Ebene oder ob diese Regulierung vor allem über das Wirken von Marktkräften bzw. Konkurrenzprinzipien erfolgen soll. Letzteres führt unweigerlich dazu, daß einzelne Staaten aufgrund ökonomisch oder auch militärisch-politisch begründeter Dominanzpositionen wesentliche Regulierungsaufgaben übernehmen und damit die Entwicklung auch in anderen Staaten determinieren. Von den Prinzipien der Machtausübung handelt es sich dabei um ein Hegemonialsystem, in dem allerdings aufgrund des 'relativen Machtgleichgewichts' zwischen den relevanten Staaten kein europäisches Land alleine in der Lage ist, eine wirkliche Hegemonialposition einzunehmen. Denn trotz des objektiven Machtzuwachses der BRD, ist auch Deutschland - selbst wenn es wollte - nach wie vor nicht in der Lage, dauerhaft gegen relevante Interessen der anderen Staaten zu agieren. Weiterhin ist in Rechnung zu stellen, daß insbesondere die Erweiterungsoption um die osteuropäischen Staaten bzw. auch schon die massive finanzielle Un-

* Joachim Schuster ist Politikwissenschaftler und lebt in Bremen

terstützung des Reformprozesses durch die EG Mitgliedstaaten zusätzlich eine verteilungspolitische Dimension hat, die für neuen Konfliktstoff in der EG sorgen wird. Angesichts der wirtschaftlichen Lage der Reformstaaten werden die ärmeren EG Mitglieder über Nacht zu relativ reichen Nationen. Damit ist jedoch der Ressourcentransfer innerhalb der Zwölferegemeinschaft, der bisher eine wesentliche Bedingung der wirtschaftlich schwächeren Staaten zur Zustimmung vieler Maßnahmen - wie z.B. den Binnenmarkt - war, in Frage gestellt. Inzwischen schlägt Bundesaußenminister Genscher sogar schon eine Umlenkung der Mittel der EG-Regionalförderung nach Osten öffentlich vor.⁶

Diese grundlegenden Konfliktfelder im Zusammenhang mit der Neuordnung Europas und der weiteren Entwicklung der EG bildeten den Kern der Auseinandersetzungen zwischen den EG-Staaten vor und auf dem Maastrichter Gipfel. Verhandlungsgegenstand waren Vertragsreformen zur Errichtung einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) und einer Europäischen Politischen Union (EPU), die eine Vertiefung der Integration als Voraussetzung für die zukünftige Handlungsfähigkeit der EG erbringen sollten. Die Vereinbarung zur EWWU basiert auf langjährigen Erfahrungen der westeuropäischen Währungsintegration im Rahmen des Europäischen Währungssystems (EWS). Das EWS ist ein Wechselkursgefüge zur annähernden Fixierung der Währungsparitäten zwischen den EG-Staaten, in dem sich die DM aufgrund der hohen Wirtschaftskraft und niedrigen Inflationsrate der BRD zur Leitwährung entwickelte. Damit setzte die Bundesrepublik faktisch für alle Mitgliedsstaaten die geldpolitischen Standards und erzielte zusätzlich handelspolitische Vorteile aufgrund der latenten Unterbewertung der DM im EWS.

Vermittelt über die Mechanismen des EWS wurden damit alle Teilnehmer am Wechselkursmechanismus gezwungen, eine ähnlich restriktive Stabilitätspolitik wie die BRD zu betreiben und der Bekämpfung der Inflation Priorität einzuräumen. Genau eine solche Politik ist aber nur begrenzt im Interesse der anderen Mitgliedsstaaten, die andere ökonomische Strukturen und Probleme aufweisen. Um sich der Dominanz der Bundesbank zu entziehen und damit Möglichkeiten zur Mitbestimmung der Geldpolitik zu gewinnen, setzte sich insbe-

sondere Frankreich seit 1987 vehement für eine EWWU ein. Der zeitliche Zusammenhang zur Beschlußfassung des Binnenmarktes ist dabei kein Zufall, engt doch der Binnenmarkt ebenfalls die wirtschaftspolitischen Handlungsspielräume der Staaten ein. Es ging also darum, eine marktvermittelte, von der stärksten Währung dominierte Regulierung durch eine gemeinschaftliche Regulierung zu ersetzen.

Betrachtet man das jetzige Verhandlungsergebnis, ist diese Zielsetzung nur bedingt erreicht worden. Zwar wird es in Zukunft wohl eine gemeinschaftliche Regulierung geben. Allerdings konnten die Deutschen ihre Kriterien der Geldpolitik durchsetzen, womit das Ziel Frankreichs, nämlich die Berücksichtigung der Interessen auch der anderen Nationen, im Prinzip konterkariert ist. Weiterhin ist die vereinbarte Zeitfolge und vor allem die Möglichkeit, daß nur ein Teil der Mitgliedsstaaten mit der Währungsunion startet, problematisch. Damit wird ein Europa der zwei Geschwindigkeiten in einer neuen Qualität möglich, die durchaus die Gefahr beinhaltet, daß sich die stärksten Mitgliedsstaaten auch auf Kosten der anderen zusammenschließen. Damit würden sie faktisch die Entwicklung in Europa dominieren, sich aber gleichzeitig leicht der finanziellen Verantwortung für die Folgen einer solchen Politik in anderen Ländern entziehen können. Allerdings deutet der von Spanien durchgesetzte Finanztransfer zugunsten der schwächeren Mitgliedsstaaten darauf hin, daß diese durchaus in der Lage sind, politischen Druck zu entwickeln, um eine Abkoppelung vom Einigungsprozeß zu verhindern.

Von einer Parallelität der Fortschritte zur EWWU und EPU kann keine Rede sein, obwohl sich Kohl doch gerade dies zum Ziel gesetzt hat. Sämtliche Vereinbarungen mit der berühmten Entwicklungsklauseln (auf deutsch: Das muß zu späteren Zeiten irgendwie einmal geklärt werden) bleiben hinter zuvor gesteckten Erwartungen zurück. Von einer Europäisierung bzw. der Etablierung von Formen einer gemeinschaftlichen Regulierung kann keine Rede sein. Besonders skandalös sind die Formulierungen zur Sozialpolitik, bei denen es Großbritannien durch seine hartnäckige Weigerung gelungen ist, die Sozialpolitik außerhalb des Vertragswerkes der EG zu stellen. Ebenso können die Kompetenzerweiterungen des Europäischen Parla-

ments trotz beachtlicher Fortschritte das Demokratiedefizit der Gemeinschaft nicht vollständig überbrücken. Allerdings sind die Vereinbarungen zur gemeinsamen Sicherheitspolitik zu begrüßen. Da keine substantielle Einigung erzielt wurde, wurde faktisch wenigstens eine umfangreiche Militarisierung der EG einschließlich der Bildung einer europäischen Eingreiftruppe verhindert, auch wenn dies gewiß nicht die Intention der Gegner einer weiterreichenden Vereinbarung war.

Zusammenfassend muß festgestellt werden, daß der Gipfel keineswegs eine Priorität für eine geeintes Westeuropa gebracht hat. In vielen Bereichen ist vielmehr die Entscheidung offen gehalten worden. D.h. bis auf weiteres dominiert in Westeuropa eine marktvermittelte Regulierung, bei der die wirtschaftlich stärksten Staaten, also insbesondere die BRD, die Entwicklung dominieren werden. Gemeinschaftliche Regelungen werden dagegen auf wenige Bereiche beschränkt bleiben. Gleichzeitig kann noch nicht einmal als gesichert gelten, daß die mageren Gipfelergebnisse überhaupt jemals in Kraft gesetzt werden. Denn erstens kann die Ratifizierung in den nationalen Parlamenten keineswegs als gesichert gelten. Außerdem sind Zweifel an der Einhaltung des vereinbarten Zeitplanes zur Errichtung einer EWWU angebracht, wie Erfahrungen mit den vielen Zeitplänen in der Geschichte der EG beweisen.

Es stellt sich schließlich die Frage nach den Gewinnern und Verlierern. Angesichts der weitreichenden Verflechtung in Europa, die über den Markt vermittelt eine faktische Abhängigkeit der Staaten untereinander schafft und dafür sorgt, daß die wirtschaftlich Starken in Europa die Entwicklung dominieren werden, kann das vorläufige Scheitern einer Stärkung der EG nicht zufriedenstellen. Andererseits besteht die Gefahr, daß die Vereinbarungen wie die zur EWWU gleichfalls eine Dominanz der Starken, vor allem des Tandems Frankreich/ Deutschland zur Folge haben. Großbritannien befürchtet wohl im Falle einer weitergehenden Einigung eine absolute Hegemonie Deutschlands. Neben ideologischem Ballast aus der Thatcher-Zeit dürfte hier das wesentliche Motiv für die vehemente Ablehnung einer Vertiefung der Integration liegen. Gleichzeitig werden die Bestrebungen der anderen Mitgliedsstaaten deutlich, im Integrationsprozeß ihre Interessen zu

wahren. Dabei wird das Heil einerseits in einer weiteren Vertiefung der Integration gesehen, andererseits werden aber unliebsame Schritte sehr wohl auch blockiert. Es wäre falsch anzunehmen, nur Großbritannien verhindere eine Weiterentwicklung der EG. Weiterreichende Vereinbarungen zur Sicherheitspolitik oder zur Stärkung des Parlaments beispielsweise sind auch am Widerstand anderer Staaten gescheitert, die eine Unterminderung ihrer Interessen befürchten.

Das Ergebnis des Gipfels erscheint unter diesem Blickwinkel als Resultante zum Teil gegenläufiger nationaler Interessen. Dabei ist festzuhalten, daß gegenwärtig kein Staat in der Lage war, seine Konzeption vollständig durchzusetzen. Das gegenwärtige Kräfteverhältnis in Westeuropa ermöglichte nur Teilschritte. "Bei Licht besehen war dies keineswegs die 'Gründung einer Europäischen Union', sondern eben nur ein weiterer Schritt in diese Richtung."⁷ Ob sich hieraus eine ähnliche Dynamik entwickelt wie nach der Verabschiedung des Binnenmarktes, muß angesichts der harten Auseinandersetzungen auf dem Gipfel in Maastricht als offen gelten. Joachim Schuster ist Politikwissenschaftler und lebt in Bremen

1. Vergleiche hierzu F. Deppa: Jenseits der Systemkonkurrenz
2. Siehe auch Handelsblatt vom 11./12.10.91 "Ein-Netz von Beziehungen ohne klare Konturen"
3. B.v. Staden: Das vereinigte Deutschland in Europa, in: Europa-Archiv, Folge 23/1990, S.685
4. Vergleiche zu dieser Diskussion F. Manfrass-Sirjaques: Die französische Europapolitik und die deutsche Frage, in: NG/FH 2/1990
5. Vergleiche hierzu V.A. Walters: Die Vereinigten Staaten und die Sicherheit Europas nach der Vereinigung Deutschlands, in: Europa-Archiv, Folge 22/1990
6. Handelsblatt vom 28.8.1991 "Genscher fordert breites europäisches Hilfsprogramm für die Reformstaaten"
7. Werner Holzer in der Frankfurter Rundschau vom 12.12.1991

1492 → 1992 →



Peter Wahl (Hg.)
Warum Montezuma nicht Europa entdeckt hat
Europa und die Dritte Welt

236 Seiten, DM 24,- ISBN 3-89438-029-2

"Daß 1992 ohne 1492 nicht zustande gekommen wäre, das zeigen eindrucksvoll die dreizehn Aufsätze in dem von Peter Wahl herausgegebenen Band." (Radio Bremen)

"Es geht um die wechselseitige Beeinflussung von «Alter und Neuer Welt», genauer um die Rolle des Kolonialismus bis in die Gegenwart hinein. Hintergrundinformationen zur ersten großen Kapitalakkumulation, jener Initialzündung, an der die Weltgeschichte bis heute zu knabbern hat." (VLB aktuelles)

Florence Hervé (Hg.)
Frauenzimmer im Haus Europa

242 Seiten, DM 24,- ISBN 3-89438-025-X

"Der Sammelband bietet Angebote für neugierige Ausblicke. Neben grenzüberschreitenden Zustandsberichten eine Menge Informationen über europaweite Netzwerke und Kooperationen, die sich Frauen bereits geschaffen haben. Spannend ist die authentische Sicht ausländischer Autorinnen" (WIR FRAUEN)

Gesamtverzeichnis anfordern.
Bestellen Sie über Ihre Buchhandlung oder direkt bei

PapyRossa Verlag

Petersbergstr. 4, 5000 Köln 41, 0221/448545 u. 44 62 40

für eine sozialdemokratische Friedenspolitik

Der Frankfurter Kreis, die von den SPD-MdB Horst Peter, Kartin Fuchs und Konrad Gilges koordinierte Vereinigung der SPD-Linken, hat auf seiner jüngst in Bonn veranstalteten Herbsttagung ein Thesepapier zur Friedenspolitik erarbeitet. Wir dokumentieren es im Wortlaut.

1. Die neue Weltordnung

Das Ende des Ost-West-Konfliktes erfordert neue Strukturen einer Weltordnung, die Sicherheit gewährleistet. Sicherheit wird in Zukunft immer weniger militärische Sicherheit sein, sondern immer mehr die Gewährleistung einer dauerhaften ökologischen und sozialen, wirtschaftlichen Entwicklung bei voller Wahrung der Menschenrechte.

Dem steht entgegen, daß die Erste Welt der privilegierten Industriestaaten die Ausbeutungsverhältnisse über die zweite Welt militärisch absichern oder neu durchsetzen will, statt nach Organisationsformen einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung zu suchen. Dabei beanspruchen die USA die Führungsrolle.

Wir stehen vor der Alternative einer neuen Weltordnung, in der in unterschiedlichen Regionen die jeweils starken Staaten Ausbeutung mit militärischer und ökonomischer Gewalt aufrechterhalten, oder einer Ordnung, in der die Entwicklungsinteressen der zweiten Welt eine Chance erhalten.

Das wird nur gelingen, wenn übernationale Institutionen wie Weltbank, IWF, GATT und die kollektiven Systeme nach dem Prinzip der Kooperation zwischen erster und zweiter Welt demokratisiert sind.

In diesem Sinne ist das Prinzip der ge-

meinsamen Sicherheit zu einem kollektiven Regelwerk für eine nachhaltige Entwicklung der Welt neu zu konzipieren. Die Bundesrepublik Deutschland muß in dieser Hinsicht einen wirksamen Beitrag leisten.

Sicherheit wird in Zukunft nur zu erreichen sein durch eine umfassende Entmilitarisierung der internationalen Beziehungen zwischen Staaten und Gesellschaften. Deshalb müssen die auf militärische Sicherheit abzielenden Institutionen und Bündnissysteme in umfassenden kooperativen Sicherheitssystemen aufgehen.

2. Die Vereinten Nationen (UN)

Die UNO muß zu einem umfassenden kollektiven Sicherheitssystem ausgebaut werden, dessen Sanktionsmöglichkeiten so entwickelt werden, daß sich der Einsatz militärischer Mittel erübrigt. Bis dieses System ausgebildet ist, dürfen militärische Maßnahmen nur zur Durchsetzung von Embargos angewendet werden.

Die UNO muß so umstrukturiert werden, daß die Dominanz der ersten Welt abgebaut wird und die Zweitwelt-Staaten ihre Interessen sichern können:

Stärkung der Vollversammlung durch mehr Rechte und eine repräsentative Zusammensetzung, Stärkung der Rolle des Generalsekretärs, bessere finanzielle Ausstattung, Abschaffung des Vetorechts im Sicherheitsrat sowie eine Erweiterung seines Mandats. Die Einsatzbedingungen und Möglichkeiten der neu zu schaffenden multinationalen

Friedenskorps für Katastrophenfälle und Blauhelme müssen satzungsgemäß geregelt werden. Solange die UNO nicht reformiert ist, und solange ihr nicht gemäß der von Art. 43 I UN-Charta vorgesehenen Sonderabkommen Streitkräfte zur Verfügung gestellt werden können, und solange der Generalschuss gemäß Art. 47 nicht effizient ist, besteht keine Veranlassung für eine deutsche Beteiligung an militärischen Eingreiftruppen der Organisation.

3. Die Gestalt Europas

Wir streben die Verwirklichung eines von Massenvernichtungsmitteln freien, friedlichen Europas unter einem System kollektiver Sicherheit an, das auf struktureller Angriffsunfähigkeit und einer gesellschaftlichen, politisch-institutionellen und ökonomischen Integration basiert. Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Systeme verändert sich das Staatenbild Europas. Die als Zwang empfundenen multinationalen Staaten zerfallen. Dabei werden längst überwunden geglaubte Konflikte durch die Diskriminierung ethnischer Gemeinschaften und Minderheiten, durch wirtschaftliche Gefälle sowie durch den problembehafteten Übergang zur Marktwirtschaft wiederbelebt.

Hierdurch entstehen neue Sicherheitsprobleme in Europa, die letztlich nur in einer europäischen Friedensordnung lösbar sind. Die mit der Durchsetzung der nationalen Selbstbestimmung in Osteuropa verbundenen Risiken müssen durch die Einbettung in demokratische und freiwillige Formen der transnationalen

Zusammenarbeit eingeeht werden. Auf der Grundlage der UN-Charta, der Schlußakte der KSZE und der Charta von Paris für ein vereintes Europa sollen die Länder Osteuropas in einer europäischen Friedensordnung zusammenwachsen und ein neuer, gemeinschaftlich erarbeiteter, einheitlicher Rechts- und Wirtschaftsraum geschaffen werden.

In der Erkenntnis, daß Krieg die Ursachen von Konflikten nicht beheben kann, und angesichts der qualitativ gewachsenen Verletzlichkeit der Menschheit durch ein ständig wachsendes militärisches Zerstörungspotential lehnen wir Waffengewalt zur Durchsetzung politischer Ziele und Interessen ab und streben eine friedensverträgliche Gesellschaftsstruktur an. Dazu müssen - auch international - kontrollierende und für Mitbestimmung streitende Initiativen und soziale Bewegungen überregional vernetzt werden. Traditionelle Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften, Parteien und darüber hinaus andere außerparlamentarische Gruppen müssen Erfahrungen und Erlebnisse austauschen können sowie gemeinsame Initiativen einleiten können. Das zu organisieren ist eine wichtige Aufgabe der SPD, Friedens- und Konfliktforschung, Friedenspädagogik, Friedensdienste und -initiativen müssen gefördert werden.

Wir anerkennen das Recht auf demokratische Selbstbestimmung in einer internationalen Ordnung. Das muß nicht gleichbedeutend sein mit der Errichtung und Anerkennung eines Nationalstaates. Kulturelle und nationale Identität kann sich auch in multikulturellen Gesellschaften und multinational-föderalen Staatsgebilden entwickeln. Grundlage einer solchen Entwicklung ist die Gleichberechtigung aller in einer solchen Gesellschaft lebenden Kulturen. Wir erinnern an die Idee der Arbeiterbewegung, wonach die Autonomie ethnischer und religiöser Gruppen innerhalb eines europäischen Raums ohne Nationalstaaten gewährleistet werden kann.

Infolgedessen kann ein militärischer Eingriff nicht zur Lösung überwiegend ethnisch motivierter Konflikte führen. Wer in Europa seine Forderung nach Selbstbestimmung mit Gewalt durchzusetzen droht, unterliegt den strikt anzuwendenden Sanktionen eines reformierten UN-Systems bzw. einer weiterentwickelten KSZE.

4. Europäische Institutionen

Da in der KSZE bereits alle europäischen Staaten versammelt sind, sollen auf der Folgekonferenz 1992 die Grundsätze eines neuen europäischen Sicherheitssystems beraten werden. Die entsprechenden Schritte zu seiner Umsetzung sollen 1994 eingeleitet und bis zum Jahr 2000 abgeschlossen werden. Bestandteil dieser Maßnahmen müssen die Reduzierung konventioneller Waffen und Streitkräfte, die Stärkung des KSZE-Konfliktverhütungszentrums und die Schaffung eines KSZE-Gremiums für Minderheitenschutz sein. Maßnahmen zur Beteiligung von Konflikten erstrecken sich auf Sanktionsmöglichkeiten unterhalb der Schwelle eines militärischen Eingriffs. Diese Handlungen könnten durch die Entsendung von europäischen Blauhelmen ergänzt werden, wenn die Konfliktparteien sich damit einverstanden erklären. Weitere politische Sanktionen können durch Verfügungen zu erweiternder völkerrechtlicher Instanzen wie den internationalen Gerichtshof oder einer neu einzurichtenden Menschenrechtsgerichtsbarkeit ausgesprochen werden. Zur erfolgreichen Kontrolle von Maßnahmen müssen Informations-, Inspektions- und Kontrollrechte verankert werden.

Nach der Auflösung der militärischen Struktur der WVO ist die Nato überflüssig. Deshalb soll die NATO durch die KSZE abgelöst werden. Bis zu diesem Zeitpunkt darf die NATO weder über eine Ausweitung des Gebietes bzw. um neue Mitglieder erweitert werden, noch soll sie sich an Kampfeinsätzen außerhalb des Vertragsgebietes beteiligen oder anderweitig neue militärpolitische Aufgaben übernehmen. Ihre Aufgabe ist es, bis dahin den Abrüstungsprozeß weiterzutreiben und eine Renationalisierung der Verteidigungspolitik ihrer Mitgliedsstaaten zu verhindern.

Sie darf keine out-of-area-Einsätze vorbereiten, ihre Infrastruktur nicht zu militärischen Einsätzen außerhalb von NATO-Einsätzen bereitstellen wie im Golfkrieg. Auf die atomare Option ist zu verzichten.

Die EG muß das Instrument zur wirtschaftlichen Vernetzung bleiben. Die EG und die WEU dürfen keine sicherheits- und militärpolitischen Aufgaben übernehmen. Die Westeuropäische Verteidigungsorganisation (WEU) ist aufzulösen.

5. Abrüstung in Europa

Ausgangspunkt aller Rüstungskontroll- und Abrüstungsüberlegungen muß die politisch-militärische Konzeption struktureller Angriffsunfähigkeit und Hinlänglichkeit sein. Weitere Abrüstung ist notwendig und möglich; sie darf kein Deckmantel für qualitativ-technische "Nachrüstung" oder die Verbesserung von Kriegsführungsoptionen sein. Wir fordern ein ABC-waffenfreies Europa. Hierzu gehören die Auflösung der Nuklearen Planungsgruppe sowie der Verzicht auf Abstands- und seegestützte Systeme. Der Verzicht auf Herstellung, Besitz und Stationierung von ABC-Waffen in Deutschland muß verfassungsrechtlich verankert werden. Die Fortführung der konventionellen Abrüstung im Rahmen der sogenannten VKSEI-Verhandlungen muß folgende Elemente enthalten: Eine weitere tiefgreifende Reduzierung der Waffen und Streitkräfte, die Einbeziehung der Seestreitkräfte sowie einen Ansatz für qualitative Rüstungskontrolle, z. B. das Verbot von Laserwaffen. Dies allein beseitigt keineswegs die weltweite atomare Gefahr. Deshalb muß die nukleare Abrüstung international weiter fortgesetzt werden mit dem Ziel, die Atomwaffen generell abzuschaffen. Das Auslaufen des Atomwaffensperrvertrages muß deshalb zum Anlaß genommen werden, die Geisel der Atomkriegsgefahr aus der Welt zu schaffen und ein wirksames internationales Kontrollinstrumentarium durchzusetzen, das ein solches Verbot garantiert. Gleichzeitig brauchen wir ein weltweites C-Waffen-Verbot und ein wirksames B-Waffen-Verbot, das nicht durch sogenannte "Schutzforschung" ausgehöhlt wird.

6. Verbot bundesdeutscher Rüstungsexporte außerhalb der NATO

Ein Verbot des Exportes sämtlicher im Zusammenhang mit Rüstung stehender Güter, Technologien und Lizenzen aus Deutschland und aus unter deutscher Beteiligung entstandenen Koproduktionen soll Verfassungsrang erhalten. Im Bereich der doppelt verwendbaren Technologien und Güter müssen Bemühungen zur Nichtverbreitung mit kooperativen Ansätzen zur gemeinsamen zivilen Nutzung einhergehen. Es

müssen Maßnahmen ergriffen werden, um die Transparenz und öffentliche Kontrolle bei Rüstungsproduktion und den entsprechenden Absprachen zwischen Regierung und Unternehmen bzgl. Verträgen und Gewinnmargen herzustellen. Ein solches System wirksamer Rüstungsexportkontrolle sollte mit dem Ziel verfolgt werden, daß es als Vorbild für einweitere internationale Ausdehnung dienen kann. In Europa darf z. B. die Teilnahme an europäischen Blauhelmen erst möglich werden, wenn gleichzeitig eine systematische europäische Rüstungskontrolle durchgesetzt wird. Diese Rüstungskontrolle muß gegenüber dem europäischen Parlament verantwortlich sein, damit parlamentarische Kontrolle gewährleistet ist.

7. Öffentliche Mittel für Militär und Rüstung

Alle rüstungsrelevanten Ausgaben müssen offengelegt und eine mittelfristige (5 Jahre) Halbierung des Verteidigungsetats angestrebt werden. Großrüstungsprogramme wie der Jäger 90 müssen gestoppt, Ausgaben für militärische Forschung und Neuausrüstung auf ihren defensiven Charakter hin über-

prüft und drastisch reduziert werden. Für angriffslustige Systeme (z. B. Panzer und Flugzeuge) ist ein sofortiger Entwicklungsstopp vorzusehen. Militärische Einrichtungen und Manöver sollen verringert, Tiefflugübungen und Übungen für den Atomkriegsfall eingestellt werden. Die quantitative Abrüstung darf nicht über die Einführung spezieller Ausrüstung qualitativ kompensiert werden, so daß eine tatsächliche Reduzierung von Reichweite und Interventionsfähigkeit (z. B. Langstreckentransportflugzeuge) erreicht wird. Parallel dazu muß ein umfassendes Konversionsprogramm zur Überführung der an die Rüstung gebundenen Arbeitsplätze in den zivilen Sektor erstellt werden. Dazu ist eine Bund-Länder-Kommission einzuberufen, die besonders für strukturschwache Gebiete aus der Senkung des Verteidigungsetats zu finanzierende Investitionsprogramme erarbeitet und für die Lösung der Probleme im Umwelt- und Sozialbereich, die Umwandlung von Flächen und deren kostengünstige Übergabe zur Nutzung durch Länder und Kommunen Sorge trägt.

8. Die Bundeswehr

Nachdem es für die Bundesrepublik Deutschland keine militärische Bedrohung mehr gibt, muß die bundesdeutsche Wehrstruktur, Aufrüstung und Logistik mit dem Ziel der Angriffsunfähigkeit umgebaut werden. Die Wehrerfassung ist dem anzupassen. Die Entscheidung über den Bündnisfall wie auch den Verteidigungsfall bedarf einer Zweidrittelmehrheit des Bundestages. Eine Grundgesetzänderung zugunsten deutscher Beteiligung außerhalb der Grenzen eines kollektiven europäischen Sicherheitssystems oder eines existierenden Verteidigungsbündnisses lehnen wir ab. Die Personalstärke der Bundeswehr umfaßt in Zukunft 100.000 präsenze Soldaten. Im Zuge des Personalabbaus und bei Verminderung der Wehrpflichtzeit auf 6 Monate wird das Prinzip der Wehrpflichtarmee solange beibehalten, wie Wehrgerechtigkeit möglich ist bei freier Wahl zwischen Wehr- und Zivildienst und deren gleicher Dauer. Eine allgemeine Dienstpflicht anstelle der Wehrpflicht und damit eine Dienstpflicht für Frauen lehnen wir ab. Mitbestimmung und ein größerer Schutz der Grundrechte, insbesondere des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung, müssen im militärischen Bereich realisiert werden. (...)

Auf der Suche nach Sündenböcken

Über das Versagen der Politik,

die Hilflosigkeit der Intellektuellen

und die Friedensbewegung



von Karlheinz Koppe*

Irgendetwas muß wohl schiefgelaufen sein. Der Krieg am Golf ebenso wie jetzt der Krieg in Jugoslawien (und andere Kriegs-, Bürgerkriegs- und Krisenherde) passen nicht in unsere Zeit. War zu Clausewitzens und Moltkes Zeiten Krieg noch eine (auch damals schon für die betroffenen Menschen schreckliche) Form der Fortsetzung der Politik, so ist er heute das Versagen der Politik. Doch diejenigen, die versagt haben, gestehen das nicht ein, sie suchen nach Rechtfertigungen und - wenn ihnen dabei die Argumente ausgehen - nach Sündenböcken. Die Friedensbewegung und die Friedensforschung scheinen dafür besonders geeignet. Zwar wird der Friedensbewegung nicht direkt vorgeworfen, den Krieg provoziert zu haben, weil sie gegen Krieg ist, aber ein bisschen eben doch, weil sie angeblich Verteidigungswillen untergrabe und das Schicksal der Opfer von Gewalt (Kuwaitis, Schiiten, Kurden, auch Israelis) ignore. Vielmehr wird ihr Schweigen in bestimmten Krisensituationen, Sympathie mit den (inzwischen kaum noch existierenden) pseudosozialistischem Systemen, Blindheit gegenüber Recht und Freiheit und vieles andere vorgeworfen. Wer es gerade noch wohlmeint (vgl. den Beitrag "Das Schweigen der Lämmer" von Frank Wilhelmy in dieser Ausgabe), wirft ihr zumindest Uneinsichtigkeit und Hilflosigkeit oder auch Theoriedefizit, kurzum ebenfalls Versagen vor.

Bedenklich stimmt mich weniger die unstrittige Tatsache, daß am Golf und in Jugoslawien die Politik versagt hat, auch nicht die unverkennbare Hilflosigkeit der Friedensbewegung, sondern mehr die Koalition von Rechten, die immer schon und auch heute wieder auf Krieg - wenn auch als letztes Mittel - setzen, um ihre Ordnungsvorstellungen durchzusetzen, und Linken, die nun plötzlich auch auf Krieg setzen, der zwar "weder gerecht noch notwendig, allerdings unvermeidlich" gewesen sei, "weil die Instrumentarien und der politische Wille zu einer alternativen Macht- und Ge-

waltpolitik nicht vorhanden waren" (Wilhelmy). Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Bohl, hat das knapper und plakativer ausgedrückt: "Wo bleiben sie, die Friedensdemonstranten? Gegen die Befreiung Kuwaits zogen sie zu Zehntausenden auf die Straße, die Friedensbewegten. Als Saddam Husseins Greuelthaten in Kuwait bekannt wurde, als Tausende von Kurden von ihm abgeschlachtet wurden, da blieben sie zu Hause, die ach so Friedensbewegten." (Pressedienst der CDU/CSU-Fraktion vom 10. September 1991) Die Friedensbewegung kann offensichtlich nicht so Unrecht haben und so unbedeutend sein, denn sonst bräuchte man sie ja nicht so zu beuteln und zu duckeln, es sei denn meine Eingangsvermutung ist richtig; die polemischen Vorwürfe an die Friedensbewegung sollen vom eigenen Versagen ablenken, der hemdsärmeligen Rechten ebenso wie mancher Linken.

Polemik wider Polemik? Nein, das reicht nicht, die Kritik an der Friedensbewegung muß ernst genommen werden. Dabei wird sich herausstellen, das zum einen manche Kritik zu Recht formuliert wird, zum anderen vieles schlicht und einfach falsch ist. Und schließlich drittens gibt es offene Fragen, die im fairen Dialog geprüft werden sollten, denn schließlich geht es um die Existenz von Menschen und die Zukunft der Weltgesellschaft, und keineswegs nur um unsere eigene Sicherheit.

Zunächst einmal die irigen Annahmen und Unterstellungen.

Die Friedensbewegung war gar nicht abwesend, weder als die Sowjets in Afghanistan einmarschierten

noch als Hussein während des Krieges mit dem Iran die eigenen kurdischen

Landsleute mit Giftgas liquidieren ließ, und auch nicht als er Kuwait angriff und später wieder Kurden und Schiiten mordete. In vielen Fällen stimmte der Protest der Friedensbewegung mit dem Protest der (westlichen) Regierungen überein und somit gab es keinen Grund für eine Auseinandersetzung mit ihr, oder die Regierung schwieg ihrerseits, wie im Falle der Untaten Husseins, weil er damals noch Liebling des Westens war, mit Waffenlieferungen unterstützt wurde, denn angeblich "schützte" er auch die Bundesrepublik vor den "fundamentalistischen Horden" des Ayatollah Khomeini. Auch stimmt es nicht, daß die Friedensbewegung ausschließlich auf die Ost-West-Konfrontation und die atomare Abschreckung fixiert gewesen sei. Natürlich stand der Protest gegen die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenwaffen in West und Ost (entgegen nachweislicher Erklärungen ist der Friedensbewegung zu Unrecht vorgeworfen worden, sie habe nur gegen die amerikanischen Raketen auf bundesrepublikanischem Gebiet protestiert) lange Zeit im Vordergrund, weil damit in besonders eindringlicher Weise die Gefährdung unserer Existenz deutlich wurde. Das mag dem einen oder anderen als die klassische Beherzigung des Sankt-Florians-Prinzips erschienen sein, doch alle wußten, daß ein Atomkrieg und seine Folgen nicht auf deutsches Gebiet hätte beschränkt bleiben können. Der Protest mag auch vielen als übertrieben erschienen sein, weil sowieso schon tausende von Atomwaffen existierten und die beiden (damaligen) deutschen Staaten das Gebiet mit der höchsten Dichte an solchen Waffen war. Dennoch war dieser Protest notwendig und erfolgreich, nicht nur weil er dazu beigetragen hat, daß später diese Waffen verschrottet

* Karl-Heinz Koppe, Bonn

wurden und ein allmählicher, aber doch realer atomarer Abrüstungsprozeß eingeleitet wurde, sondern weil in der Öffentlichkeit ein hoher Grad an Sensibilität gegen Krieg und seine Folgen in unserer Zeit erzeugt wurde.

Doch davon abgesehen hat die Friedensbewegung - und das gleiche gilt für die Friedensforschung - immer schon auf den globalen Nord-Süd-Konflikt, seine wirtschaftlichen Ursachen, und später zunehmend auf die Umweltzerstörung als extremer Bedrohung der Sicherheit der Weltgesellschaft hingewiesen, Protestversammlungen organisiert und auf politische Maßnahmen zur Abwendung dieser Bedrohungen der Sicherheit und des Friedens gedrängt. Wie schnell wurde doch vergessen, daß die Friedensbewegung der siebziger und achtziger Jahre aus einem engen Bündnis von Umwelt-, Dritte-Welt- und Friedensgruppen heraus entstanden ist! Und wie wenig wird zur Kenntnis genommen, daß viele Friedensgruppen seit Jahren Ausländerarbeit leisten, weil sie - zu Recht - im Umgang mit unseren ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern ein Gewaltpotential sehen, das nicht nur unseren inneren Frieden, sondern auch die internationale Zusammenarbeit, das Fundament globaler Friedenswahrung, bedroht.

Wer den Erfolg der Friedensbewegung nur an der Teilnahme an Großdemonstrationen mißt, mag das nicht gelten lassen. Ob das wirklich das entscheidende Kriterium für die Bewertung der Friedensbewegung ist, müßte allerdings erst noch geprüft werden. Ist nicht die zunehmende Kriegsdienstverweigerung auch ein Kriterium für den Erfolg der Friedensbewegung? Die Quote der Verweigerer, gemessen an den Wehrdienstpflichtigen, nähert sich der 50-Prozent-Marke. Hinter jedem Verweigerer stehen Freunde und Freundinnen, so daß die Annahme nicht abwegig ist, daß ein hoher Anteil der deutschen Öffentlichkeit Krieg und alles, was damit zusammenhängt, ablehnt. Die Kritik an der Friedensbewegung, sie sei einseitig oder habe geschwiegen, ist also schon deshalb abwegig, weil sie an nachprüfbar Tatsachen vorbeigeht. Richtig bleibt allerdings, daß immer noch mehr Friedensarbeit geleistet werden kann und muß.

Und richtig ist auch, daß viele "Frie-

denzbewegte" inzwischen resigniert sind, weil die Politik ihrerseits allen Warnungen und Mahnungen zum Trotz keine überzeugende Friedens- und Sicherheitspolitik treibt. Dabei spielt es keine Rolle, ob Friedensbewegung oder Friedensforschung - oder die Linke - im richtigen Moment die richtige Theorie oder ein plausibles Handlungskonzept vorweisen können. Zum einen wird dabei übersehen, daß weder die Friedenswissenschaft noch die Friedensbewegung über die operativen Möglichkeiten verfügen, die einer Regierung oder auch den Parteien gegeben sind, um ihre Vorstellungen in die Öffentlichkeit zu tragen, geschweige denn in politisches Handeln umzusetzen. Da das angebliche Versagen ("Schweigen der Lämmer") der Friedensbewegung an diesem Dilemma und aus Anlaß des Golfkrieges festgemacht wird, kann es gerade an diesem Vorgang überprüft werden.

Als der Vorwurf, die Friedensforschung habe zur Golfkrise nichts vorzuweisen, gleich nach Husseins Einmarsch in Kuwait laut wurde, habe ich in meinem kleinen Institut das Archiv befragt. Ich fand für den Zeitraum von 1980 bis 1990 rund 200 Forschungsarbeiten und wissenschaftliche Publikationen über das Krisengebiet des Nahen und Mittleren Ostens. Übereinstimmend geht aus den Texten hervor, daß in diesem Gebiet alle Voraussetzungen für einen bewaffneten Großkonflikt gegeben waren und sind. Minutiös sind die Spannungen, die Ambitionen der einzelnen Regierungen und Gewaltherrscher (Hussein, Ghaddafi, Assad), Ausmaß und Folgen der Rüstungsexporte in dieses Gebiet (schon frühzeitig die Beteiligung bundesrepublikanischer Unternehmen an Bau von Giftgasanlagen in Libyen und im Irak), die Hintergründe des Streits um den Schatt-el-Arab, in dem Kuwait eine verhängnisvolle Rolle spielte, so wie der Emir dieses Staates seit Jahren der übelste Störenfried im Kreis der OPEC ist, und auch der Sprengsatz des israelisch-palästinensischen Konfliktes beschrieben. Gruppen der Friedensbewegung haben seit vielen Jahren ihrerseits auf die Gefährdung der Sicherheit, die von dieser Region ausgeht, aufmerksam gemacht. Auch an Lösungsvorschlägen hat es nicht gemangelt: Druck auf Bagdad und Kuwait ebenso wie Druck auf Israel und die PLO, Angebot wirtschaftlicher Hilfe, Stopp der Rüstungsexporte, frei-

lich auch nach Israel.

Nicht die Friedensbewegung hat zur Liquidierung von Kurden (nicht nur im Irak, auch in der Türkei!) geschwiegen. Vielmehr haben die Regierungen aus höchst absichtsvollen opportunistischen Gründen diese und andere Menschenrechtsverletzungen geflissentlich übersehen. Sie unterstützen Hussein, weil er das Regime der Ayatollahs in Schach hielt, sie unterstützten den Emir von Kuwait, weil er Öl zu Gold machte und eine dem Westen nützliche, aber für die OPEC und für die Umwelt höchst nachteilige Ölpreispolitik betrieb. Dabei wurde toleriert, daß der eine Kurden und Schiiten dezimierte und der andere eines der reaktionärsten Regime mit feudalistischer Gewalt aufrechterhielt. Und sie unterstützen das autoritäre Regime in Ankara und schwiegen zur Unterdrückung der Kurden dort, weil die Türkei schließlich Partner im NATO-Bündnis ist. Sie versäumten es, im Golf auf eine Regelung der seit vielen Jahrzehnten offenen Frage des Zugangs des Irak zum Golf zu drängen und entsprechenden Druck auf Kuwait auszuüben. Sie waren auch gar nicht an einer Demokratisierung in Kuwait (ebenso wenig wie in den anderen Golfstaaten und in Saudiarabien) interessiert, weil sie fürchteten, demokratische Regierungen könnten nicht mehr ganz so willfährig sein und sich vielleicht der Sowjetunion zuwenden. Das letztere mochte während des Höhepunktes der Ost-West-Konfrontation noch einen Sinn machen zumal sich diese Konfrontation als wirksame Bremse bewährt hatte: bei aller Konfrontation hatten die beiden Supermächte ihre jeweiligen Vasallen fest im Griff. Doch spätestens seit 1987 war zu erkennen, daß Moskau nicht mehr bereit war, wegen einer Krise im Mittleren Osten einen Konflikt mit Washington zu wagen. Das Ende des Kalten Kriege ließ Spielräume entstehen. Der Westen, allen voran die US-amerikanische Regierung, ließ ihn ungenutzt. Das wiederum nutzte Hussein auf seine Weise, indem er - was sein großer Irrtum war - davon ausgehen konnte, die USA seien an seinem Konflikt mit Kuwait nicht interessiert.

Diese hochbrisante Gemengelage war allen zur Genüge bekannt. Angesichts dieser weitgehend unstrittigen Tatsachen zu behaupten, der Krieg, sei wenn schon nicht gerecht und notwendig so doch unvermeidlich gewesen, ist absurd.

Und noch absurder ist es, von der Friedensbewegung zu erwarten und zu verlangen, diesen Krieg zu rechtfertigen, nachdem er durch Versäumnisse des Westens "unvermeidlich" geworden sei. Es ist auch wenig hilfreich, Max Weber und Norbert Elias zu bemühen, und die (durchaus richtige) Forderung zu stellen, die Folgen des Handelns (oder Nichthandelns) zu bedenken, sich also "verantwortungsethisch" zu verhalten.

Die gedankliche Unterscheidung Max Webers zwischen Verantwortungsethik und Gesinnungsethik ist zwar wieder modern, hilft aber gestern wie heute nicht weiter.

Abgesehen davon, daß eine saubere Trennung zwischen beiden Begriffsmustern gar nicht möglich ist, liefe eine reine Verantwortungsethik auf einen gefährlichen Opportunismus hinaus, der - wie im Falle der Golfkrise - geradewegs in den Krieg hinein geführt hat. Vollends absurd wird diese Überlegung, wenn wir die Verantwortung für die Folgen des Tuns oder Unterlassens für jeweils beide Positionen prüfen.

Wer die Verantwortung für den militärischen Gegenangriff übernahm, konnte und mußte mit nachstehenden Folgen rechnen:

Befreiung Kuwaits und Wiederherstellung der kuwaitischen Souveränität;

Zerstörung Kuwaits auf lange Zeit, unabsehbare ökologische Folgen der (von Hussein angekündigten) Inbrandsetzung der kuwaitischen Ölquellen und des Ablassens von Öl in den Golf;

Raketenangriffe auf die Golfstaaten und auf Israel (nicht eingetreten ist der zu befürchtete Einsatz von chemischen Waffen);

Hohe Verluste der irakischen Streitkräfte (u.a. durch völkerrechtswidrige Techniken der massenhaften Liquidierung flüchtender oder bereits nicht mehr kämpfender Soldaten durch Angriffe aus

der Luft und Unterpflügen lebender Soldaten in den Sand) sowie unter der irakischen und kuwaitischen Zivilbevölkerung bei geringen eigenen Verlusten;

Vernichtung des irakischen militärischen Rüstungspotentials, zumindest auf längere Zeit;

Sturz des irakischen Diktators durch Revolte der Opposition, eine Folge, die erwartet wurde, aber nicht eingetreten ist;

Sicherung Israels gegen militärische Gewaltakte für längere Zeit bei gleichzeitiger Inkaufnahme der Aufwertung von Syriens Assad, der in nichts besser ist als sein Intimfeind Hussein;

Kriegskosten in Höhe von ca 50 Milliarden Dollar, die auch die "reichen" Staaten belasten und in anderen Krisenbereichen (Weltwirtschaft und Umwelt) fehlen, hinzu kommen noch nicht kalkulierte wirtschaftliche Schäden bei Beteiligten und Unbeteiligten;

Generelle Verschärfung und Verhärtung der Konfliktlage, die nur teilweise durch die Hoffnung auf eine internationale Mittelostkonferenz aufgewogen wird.

Wäre die Verantwortung übernommen worden, keinen militärischen Gegenangriff zu starten, so wäre ebenfalls mit bestimmten Folgen zu rechnen gewesen:

Langandauernde Besetzung Kuwaits, allerdings ohne die durch den Krieg eingetretenen ökologischen Schäden und weniger Menschenopfer auf allen Seiten;

Erhaltung des irakischen Regimes und seines Militärpotentials, das allerdings durch strikte Beachtung der Sanktionen (aber kein Embargo auf Nahrungsmittel, Medikamente) mit der Zeit geschwächt worden wäre;

Anhaltende Bedrohung Israels durch irakische Raketen, aber kein Einsatz dieser Raketen;

Chancen für Verhandlungslösungen (unter Einbeziehung der Kurdenfrage) mit entsprechender Dosierung der Sanktionen;

Weltweite Isolierung des Regimes

und Aufbau direkter Handlungsoptionen des Weltsicherheitsrates statt Exekution einer militärischen Strafaktion durch eine Supermacht;

Chancen eines Sturzes Husseins durch die innerirakische Opposition, allerdings ohne Erfolgsgarantie.

Diese Folgen können unterschiedlich bewertet werden. Eines ist allerdings sicher: der Krieg wurde nicht für die Befreiung einer demokratischen Staates geführt, weil es diesen nicht gab. Wer die Zerstörung des irakischen Militärpotentials und die (relative) Sicherung Israels als Erfolg wertet, lügt sich insoweit in die Tasche, als dann auch ohne Husseins Angriff auf Kuwait die an seiner Vernichtung interessierten Regierungen im Irak hätten militärisch eingreifen müssen. Der Krieg war folglich weniger eine Unumgänglichkeit, um Kuwait zu "befreien", sondern ein Vorwand, um Israel von einem seiner gefährlichsten Gegner zu "befreien". Berechtigt ist die Frage, wie es hätte weitergehen sollen, wenn die Entscheidung gegen den Krieg keinen Erfolg gebracht hätte, wenn also die Sanktionen nicht gewirkt hätten? Doch abgesehen davon, daß eine militärische Intervention auch später noch möglich gewesen wäre (und Husseins Militärpotential in der Zwischenzeit durch das Embargo erheblich gelitten hätte), wären Zeit und Spielraum für Verhandlungen und andere Lösungen gewonnen worden. Niemand, auch nicht die Friedensforschung, kann ein gültiges Rezept vorweisen, doch - und das gilt für die Zukunft - sollten gerade aus verantwortungsethischen Überlegungen stets solche Situationen vorgezogen werden, die weniger gewaltsam sind, weniger Menschenopfer fordern und keiner Politik Vorschub zu leisten, die dem alten, aber nichtsdestoweniger verheerenden Spruch folgt: *fiat iustitia, pereat mundus*; denn das Zugrundegehen der Welt kann heute das Ende unserer Zivilisation bedeuten.

Eine andere Frage, die ebenfalls einer gründlichen Erörterung bedarf, lautet in der Tat, ob einem Staat, der selbst zu einer Krise erheblich beiträgt, geholfen werden muß, wenn er daraufhin in arge Bedrängnis gerät. Das trifft sowohl auf Kuwait als auch auf Israel zu. Natürlich haben die betroffenen Menschen einen Anspruch darauf, daß ihnen die Völkergemeinschaft zu Hilfe eilt.

Sozialist

Zeitschrift marxistischer SozialdemokratInnen

- Die Diskussionsplattform für die SPD-Linke
 - für Jusos, SPD und Gewerkschaften
 - erscheint 6 mal jährlich
 - mit Beiträgen aus Politik, Wirtschaft und Kultur
 - Parteiunabhängig
 - Einzelpreis 5,00 DM
 - Jahresabo 28,00 DM
- Kostenloses Probeheft erhältlich bei Sozialist Im Körbchen 10 3400 Göttingen**

Ich bestelle ein kostenloses Probeheft

Name, Vorname _____

Strasse _____

PLZ, Ort _____

Ich bezweifle indessen, daß die Kuwaitis mit der Art und Weise, wie sie "befreit" wurden, glücklich sind.

Der Fall Israel ist weitaus komplexer, zumindest für uns Deutsche. Natürlich haben die Israelis Anspruch darauf, in sicheren Grenzen leben zu können, und zwar auch, wenn wir (und nicht nur wir) zu der Ansicht kommen, daß die israelische Politik in erheblichem Maße das Krisengeschehen im Nahen und Mittleren Osten, vor allem durch die Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten, verschärft. Und auch wenn die Shoa im Faschismus und die Lieferung von Giftgasanlagen nach Libyen und in den Irak während der letzten Jahre nicht kollektiv von uns zu verantworten sind, bleiben wir in der Pflicht, diese Fakten zu berücksichtigen und für die Ängste der Israelis besonders sensibel zu sein. Das kann und darf indessen nicht bedeuten, die Lebensrechte der Palästinenser zu ignorieren und die israelische Nahostpolitik widerspruchslos hinzunehmen. Im übrigen steht weniger das historisch und emotional belastete deutsch-israelische Verhältnis zur Debatte als vielmehr das Verhältnis Israels zu den Vereinigten Staaten, die bei grundsätzlich positiver Einstellung zu Israel offensichtlich nicht länger gewillt sind, sich der 25 Jahre währenden israelischen Erpressung weiter zu unterwerfen: Abwehr Raketen ja, Frieden ja, aber auch Gerechtigkeit für die Palästinenser!

Bedenklich stimmt, daß mit dem Golfkrieg sich auch bei intellektuellen Linken die Auffassung durchsetzt, Krieg sei mit konventionellen Waffen (von denen viele inzwischen den Grad von Massenvernichtungsmitteln erreicht haben) wieder führbar. Nun, die These von der Unführbarkeit von Krieg in unserer Zeit steht dazu nicht im Widerspruch. Natürlich ist Krieg nach wie vor führbar, sonst gäbe es ja nicht die zur Zeit in der Dritten Welt tobenden Kriege und auch nicht den Krieg in Jugoslawien und die Kriege und Bürgerkriege anderswo. Es geht darum, daß Kriege immer weniger beherrschbar sind, daß sie nicht länger - wie in der Vergangenheit - punktuell und für begrenzte Zeit Schaden anrichten, Existenzen vernichten, Unfreiheit begründen oder Freiheit wiederherstellen,

sondern die Gefahr in sich bergen, die Zivilisation insgesamt zu vernichten, vor allem, wenn allen Verboten und Warnungen zum Trotz auf Atom- und andere Massenvernichtungswaffen zurückgegriffen werden sollte.

Es geht in der Tat um Zivilisation in einem mehrfachen Sinne. Der Rückgriff auf diesen Begriff, auch in der Friedensforschung und in der Friedensbewegung, bedeutet, daß ein neues Denken notwendig ist, das grundsätzlich den Krieg als gesellschaftliche Institution in Frage stellt und in allen Bereichen sozialer Beziehungen "zivilen" Verhaltensweisen den Vorrang einräumt. Damit werden Kriege noch nicht aus der Welt geschafft sein, aber alle, die zum Mittel des Krieges greifen, werden sich in anderer Weise verantworten müssen, als dies heute noch der Fall ist. Zivile Gesellschaft bedeutet zugleich die allmähliche Entwicklung regionaler und globaler Ordnungsmuster, die den Nationalstaat als alleinigen Inhaber des Gewaltmonopols ablösen und damit die gesellschaftliche Evolution auf die höchste Stufe heben, ein Prozeß, der sicher nicht konfliktfrei verlaufen wird, der aber unumgänglich ist, wenn die die globalen ökonomischen und ökologischen Bedrohungen der Menschheit abgewendet werden sollen. Es ist denkbar, daß das scheitert, daß die menschliche Zivilisation in einer atomaren, ökonomischen oder ökologischen Katastrophe verschwindet. Alles ist denkbar! Wir sollten aber versuchen, zu denen zu gehören, die daran nicht schuldig werden. Und je mehr Menschen dies versuchen, um so größer ist die Chance eines Überlebens in Frieden und in Würde.

Die Linken, die plötzlich den Krieg als Option wiederentdecken, haben wahrlich keinen Grund, den Frust ihrer Hilflosigkeit an der Friedensbewegung abzureagieren.

Vom Yukon bis Yukatan: N A F T A und die Freiheit für unternehmerisches Handeln

von Edgar Göll*

Im Schatten der Ereignisse auf der offiziell-politischen Bühne setzen sich hinter dem Rücken der meisten Menschen polit-ökonomische Veränderungen durch, die für die Struktur künftiger globaler Machtverhältnisse bedeutungsvoll sein werden. Eine dieser wichtigen Veränderungen wurde im Juni 1990 offiziell von Mexikos Präsident Salinas in Gang gebracht und wird seit Juni dieses Jahres zwischen Regierungsdelegationen der Vereinigten Staaten, Kanadas und Mexikos verhandelt: das 'North American Free Trade Agreement' (NAFTA). Angestrebt wird ein Wirtschaftsraum vom 'Yukon bis Yukatan' (Bush), der in der globalen Konkurrenz erfolgreich sein kann. "Twenty years from now the free-trade pact could look like the single most dramatic growth initiative pursued by Bush during his first term", so die Einschätzung eines Ökonomen in der Bush-Regierung (zit. in Van Dyk 1991:17). Anhand der Debatte in den USA, die sich wegen der speziellen Autorisierung des Präsidenten entwickelt hatte, sollen einige exemplarische Argumentationen aufgezeigt und diese Entwicklung eingeschätzt werden. Ein Freihandelsabkommen ist bereits 1988 zwischen den Regierungen der USA und Kanadas unterzeichnet worden, trat Anfang 1989 in Kraft² und sieht die stufenweise Eliminierung fast aller Zölle zwischen beiden Staaten innerhalb einer Dekade vor³. Darüberhinaus fordert das Gesetz zu weiteren Verhandlungen für zusätzliche Handelserleichterungen auf. Bisherige Erfahrungen zeigen, daß trotz ähnlicher Standards beider Länder noch zahlreiche Probleme bestehen; im US-Kongreß wird bereits an Nachverhandlungen gearbeitet. Um ei-

* Edgar Göll ist Politikwissenschaftler und lebt in Berlin

niges schwieriger sind die Verhandlungsprozesse für NAFTA, weil hier Gesellschaftssysteme der ersten und dritten Welt einen Wirtschaftsraum schaffen wollen und weil gegensätzliche Traditionen überwunden werden müssen. Die Beziehungen zwischen USA und Mexiko waren aus Sicht der USA in den Bereichen Ökonomie und Politik immer spannungsreich. Das reichte von Drogenschmuggel, illegaler Einwanderung, Verschuldung, Umweltverschmutzung, bis hin zu Ängsten auf US-Seite wegen destabilisierender (politischer) Gefahren durch Mexiko. Auch von Seiten Mexikos bestehen Aversionen, die in dem alten Spruch Ausdruck finden: "Armes Mexiko! So fern von Gott - und so nah an den USA." Schließlich gab es drei militärische Invasionen der Vereinigten Staaten, die gewaltsame Aneignung der Hälfte des mexikanischen Territoriums (Südweststaaten der USA), tägliche Polizeiaktionen an der Grenze gegen ImmigrantInnen und die hohe Verschuldung und Kapitalflucht, die jegliches Wirtschaftswachstum in Mexiko sabotierte. In wirtschaftlicher Hinsicht wurden durch das 1965 geschaffene 'Maquiladora-Programm'⁴ erste Ansätze bilateraler Wirtschaftsabkommen entwickelt. Aber erst gegen Ende der Amtszeit des mexikanischen Präsidenten de la Madrid, besonders aber mit der Präsidentschaft von Carlos Salinas de Gortari setzte ein intensiver Versuch der (kapitalistischen) Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft ein. Seitens der US-Eliten wurde diese 'Reformpolitik' (insbes. Privatisierungen großen Ausmaßes) des Harvard-Absolventen Salinas wohlwollend betrachtet und unterstützt. Die PRI (Partei der institutionalisierten Revolution) regiert seit über 61 Jahren weitgehend unangefochten, was zeitweise jedoch nur durch geschickten Einsatz diverser legaler (Kooptation von Oppositionellen) und illegaler Mittel (Wahl-

fälschungen, gezielter Terror) möglich war. Wie dies anscheinend in US-Kreisen reflektiert wird, findet sich in der neuesten Ausgabe der Zeitschrift des Council on Foreign Affairs: "Economic restructuring, he (Salinas, E.G.) may have observed, flourished after delaying a democratic transition in South Korea, whereas it has yet to follow from the beginning of political reform in the Soviet Union. But critics charge that Salinas has pursued 'perestroika without glasnost'. Others imply that a free-trade agreement would help preserve the status quo with U.S. complicity." (Baer 1991:136) Hauptsache, für ausländische Investoren wird ein günstiges und stabiles Klima geschaffen. Das US-Handelsvolumen mit Mexiko stieg seit die dortige Regierung 1986 die Zölle zu senken begonnen hatte, und so zum am schnellsten expandierenden Markt für US-Waren wurde - pro Person importierten die Mexikaner US-Produkte im Werte von 295 \$, dies sind etwa 10% mehr als die EG-BürgerInnen aus den USA einführen.

Streit um NAFTA

Folgende Gruppen gehören zu den Unterstützern eines NAFTA: die Regierung, die Republikaner und Teile der Demokraten, fast alle Unternehmerverbände, ein Teil der Gewerkschaften, die Gouverneure der Einzelstaaten, und die entsprechende Mehrheit der Massenmedien. Zu den Gegnern gehören die Mehrheit der Demokraten, und der Gewerkschaften, Umweltschutz- und Menschenrechtsgruppen. Die US-Befürworter eines NAFTA erwarten große wirtschaftliche Vorteile von einem solchen Freihandelsabkommen. "NAFTA will enhance U.S. competitiveness vis-a-vis Europe and Asia through the economics of scale and

specialization in production to be achieved with continental rationalization. Tri-national clarity of investment rules will provide a stable environment for long-term production strategies." (Baer 1991:140) Schließlich wäre der Wirtschaftsraum mit 360 Mio. KonsumentInnen und einem BSP von 6 Bio. \$ größer als die EG. Die Integration der US-Ökonomie in die Weltwirtschaft wächst seit Beginn der 80er Jahre stark an. So trugen in den letzten Jahren US-Exporte zu 50% des US-Wirtschaftswachstums bei (Carla Hills in Roll Call 1991:21). Die US-Handelsbeauftragte erwartet, daß Mexiko künftig allein etwa zwei Drittel seiner Importe aus den Vereinigten Staaten beziehen wird. Schon jetzt ist Mexiko der drittgrößte Handelspartner der USA und die US-Wirtschaft würde so durch eine Stärkung der mexikanischen Ökonomie profitieren. Besonders würde dies - so die Erwartungen - den Sektoren Computer, Autos, Petro-Chemie und Finanzdienstleistungen nützen; aber auch für Getreideanbauer, Telekommunikationsindustrie, Papier- und Stahlhersteller, Konsumsektor und Pharmazie werden von Befürworterseite positive Effekte erwartet. Daß es für die US-Führung auch um den sicheren Zugang zu Rohstoffen geht, und daß dies mit der mexikanischen Führung möglich ist, zeigte sich während des Konfliktes mit dem Irak: nach der Gewährung eines 6 Mrd. \$-Kredites an Mexiko für die Erschließung von Ölquellen (exklusiv für US-Firmen!) veranlaßte Salinas eine Steigerung der Öllieferungen nach Norden. Die KritikerInnen weisen auf die sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen und sozialen Standards zwischen Mexiko einerseits und den USA und Kanada andererseits hin. Sie befürchten, daß die unternehmerische Dispositionsmacht, die in unzivilisierter Weise primär nach Profitinteressen entscheidet, diese Unterschiede 'naturgemäß' ausnutzen wird, so daß (erfahrungsgemäß und logischerweise) soziale und ökologische Aspekte weitgehend unberücksichtigt bleiben würden. Fundamental ist diesbezüglich die Tatsache, daß Mexiko die niedrigsten Reallöhne lateinamerikanischer Staaten hat: z.B. 58% geringer als Brasilien, 110% niedriger als Argentinien und Kolumbien, und 291% geringer als Panama. Für den politisch-gesellschaftlichen Bereich versprechen sich die NAFTA-UnterstützerInnen in den USA Impulse für die (wirtschafts-)liberalen Reformmaß-

nahmen und Demokratisierungsansätze ihrer südlichen Nachbarn. Mexikos Regierung verkaufte beispielsweise das große staatliche Telefonunternehmen Telmex an mexikanische und ausländische Konglomerate. Seit 1982 sind 750 Staatsunternehmen veräußert worden (Harvard 1990:40). Das angestrebte Abkommen, so der einflußreiche Senator Sarbanes, sei zudem "crucial to our leadership in the Americas".

Annexion Mexikos?

Kritische Stimmen befürchten künftig einen noch größeren Einfluß der US-Wirtschaft und -Kultur in Mexiko: "Free Trade is going to mean economic and political annexation by the White House for us." Die Machtfülle Salinas' im eigenen Land ermöglichte ihm, statt mit den eigenen (mehrheitlich seiner Partei zugehörigen) Parlamentariern verhandeln zu müssen, die kritischen Abgeordneten im US-Kongreß mit ausgesprochen intensiven Lobby-Aktivitäten beeinflussen zu lassen (Ross 1991). Die Orientierung Mexikos hin zum nördlichen Nachbarn wird von zahlreichen Krisen in Mexiko und südlichen Nachbarstaaten kritisch gesehen. Doch die Würfel in Mexiko City sind gefallen; ein US-Regierungsvertreter meinte lax: "Latin America is going to be convinced that Mexico has resigned from the continent and now belongs to the United States, but prosperity has its costs and giving up sovereignty is the price Mexico must pay for it."⁵ Tatsächlich würde ein Abkommen als Verrat Mexikos an der traditionellen 'Verpflichtung' gegenüber der Vision Bolivars (eine Integration Lateinamerikas) angesehen - im Jahr der 500-Jahr-Feierlichkeiten (Columbus) sicherlich für viele LateinamerikanerInnen nur schwer zu verdauen.⁶ Die Einbeziehung von Kanada hat keine allzu große Bedeutung für die Verhandlungen. Bereits das Freihandelsabkommen mit den USA war dort sehr umstritten - schließlich sind laut der ITC (US-International Trade Commission) etwa ein Drittel aller Arbeitsplätze direkt exportabhängig. Weil das Handelsvolumen zwischen Mexiko und Kanada sehr gering ist (2 Mrd. \$ gegenüber 163 Mrd. \$ zwischen Mexiko und den USA), gibt es für die kanadischen Eliten eher politisch-strategische Gründe, dem NAFTA beizutreten. So entwickelt sich Mexiko innerhalb zahlreicher Marktseg-

mente immer mehr zu einem direkten Konkurrenten, bestimmte Investitionen würden nicht mehr in Kanada, sondern in Mexiko getätigt werden, das Handelsvolumen mit den USA würde zugunsten der USA abnehmen, und schließlich würde Kanada aus der Erweiterung einer Freihandelszone nach Südamerika ("Enterprise for the Americas Initiative") ausgeschlossen sein. Für kanadische Beschäftigte und bestimmte Unternehmen sind die Erfahrungen mit dem Freihandelsabkommen mit den USA negativ, was selbst in der ITC-Studie konstatiert wird. Die kanadischen Unternehmerverbände versuchen, die Löhne unter Hinweis auf diesen Trend der Abwanderung in den 'billigeren' Süden zu drücken. Hingegen stehen die kanadischen Gewerkschaften, das 'Pro-Canada-Network' und das 'Council of Canadians' in Opposition zum NAFTA. So ist zu erwarten, daß die Verhandlungen mit der kanadischen Regierung kompliziert werden; von mexikanischer Seite wird deshalb der Einbezug Kanadas nicht favorisiert.

Trotz der düsteren Aussichten für die Linke entdecken AktivistInnen noch fortschrittliche Potentiale, weil GewerkschafterInnen u.a. gerade durch die negativen Erfahrungen mit grenzüberschreitenden Unternehmensstrategien und die lange Diskussion dazu fanden, sich über die nationalen Grenzen hinweg auszutauschen und gemeinsame Strategien und Aktivitäten zu entwickeln, ein Umstand, der auch die herrschenden Kreise in den drei Staaten verwundert (so u.a. Baer 1991:148). Allein die Koalitionen zwischen Umweltorganisationen und Gewerkschaften in den USA stellen ein Novum dar.

Neue Südausdehnung der USA

Die schwierigen globalen Konkurrenzbedingungen der US-Wirtschaft dürften für die US-Eliten wohl das primäre Motiv für die Forcierung von NAFTA sein. Damit soll den beiden sich abzeichnenden Wirtschaftsregionen EG (inkl. Osteuropa und Afrika) und Japan (inkl. Süd- und Ostasien) Paroli geboten werden. In allen drei Wirtschaftsräumen verbleibt "the primary consumer market ... in the most developed countries, while the nearby developing nations are sources of cheap labor for 'decentralized' systems of production involving outsourcing and

subcontracting." (Moody 1991:18)⁸ Der NAFTA-Binnenmarkt böte ausreichend Konsumenten, Ressourcen und eine breite Vielfalt von Arbeitskräften - und abgestimmtere und kalkulierbarere Regulierungsmechanismen. Die Bedeutung von Rohstoffen, insbesondere von Öl für die US-Wirtschaft, aber auch für die Konkurrenten EG und Japan und die sich industrialisierenden Staaten ist offensichtlich. Durch die Kriegsführung gegen Irak zeigte die US-Führung, wie wichtig sie diese Ressource nimmt - obgleich neueste Funde riesiger Öllagerstätten im Golf von Mexiko für die US-Wirtschaft eine große Importunabhängigkeit ermöglichen werden.

Im Rahmen der US-Außenhandelspolitik stellt die Ausweitung des nordamerikanischen Wirtschaftsgebietes nach Süden den Versuch dar, neben den schwierigen GATT-Verhandlungen eine nahe liegende zweite Handlungsoption zu gestalten. Beim (möglichen) Versagen der Uruguay-Runde wäre NAFTA eine 'gewinnbringende' Lösung.

In der US-Außenpolitik gegenüber den südlichen Staaten des amerikanischen Kontinents wird mit der proklamierten "Enterprise for the Americas Initiative" der Versuch gemacht, diese 'Dritte-Welt-Länder' stärker als bisher einzubinden in einen kapitalistischen Entwicklungspfad. Somit würden weitere Impulse für eine Annäherung an den 'american way of life' gegeben. Rivalitäten unter einzelnen Staaten, wer der beste Freund der US-Führung ist/wird, führten logischerweise in diese Richtung. Bereits jetzt konstatierte ein US-Regierungsvertreter: "The promise of free trade throughout the hemisphere has been a powerful stimulant for regional integration and the breakdown of trade barriers."⁹ Fordistische Entwicklungsschübe dürften für einige Regionen zu erwarten sein. Politische Stabilisierung - im Sinne der Sicherung des kapitalistischen Funktionierens - wird eine wichtige Folge dieses Prozesses werden können (durch anonymen Wettbewerbsdruck, Sachzwänge, Rationalisierungserfordernisse, Modernisierungsdiktat). Gegenüber den kapitalistischen Rivalen EG und Japan könnten sich die USA somit tatsächlich ein Handlungsterrain schaffen, in dem sie ihre gewohnte hegemoniale Rolle (ökonomisch, militärisch, politisch, kulturell) spielen können - in der Hoffnung, dies auch global in ihrem Interesse ausnutzen zu können. Die obrigkeitliche Kontrolle

von oppositionellen oder dysfunktionalen Bevölkerungsteilen ist dabei ein wichtiger Bestandteil. Die US-Drogenpolitik und der Einsatz von US-Geheimdiensten in Lateinamerika bieten bereits Beispiele für diese Möglichkeiten.

Linke Perspektiven?

Bezüglich der US-Innenpolitik läßt die Forcierung der außenpolitischen Initiative darauf schließen, daß (intendiert oder unintendiert) das politische Terrain ins Ausland erweitert wird und die Ressourcen (Finanzmittel, Aufmerksamkeit, Konzeptionen) von den zahlreichen, enormen Problemen in den USA abgezogen werden. Für die fragmentierte Opposition in den USA (aber auch in Mexiko und Kanada) bedeutet dies, daß sie unter starkem zeitlichen Druck stehen, ihre alternativen Vorstellungen zu organisieren und zu artikulieren. Für Linke und ihre internationalistische Ausrichtung ist es kompliziert, ihrer Kritik in der Öffentlichkeit ausreichende Aufmerksamkeit zu verschaffen und die stark abgeschottete Außenpolitik ihrer Regierung zu beeinflussen. Die derzeit laufenden trilateralen Verhandlungen über NAFTA gestalten sich trotz der Sonntagsreden erwartungsgemäß sehr schwierig. Drei Arbeitstreffen sind bereits absolviert. Die US-Regierung hofft auf einen Abschluß in diesem Jahr (Präsidentenwahlkampf!). Doch dürften die Differenzen, so die Einschätzung im US-Kongreß, die Verhandlungen verlängern. Denkbar wäre aber auch, daß einige umstrittene Themenbereiche ausgelassen und zu einem späteren Zeitpunkt verhandelt werden, um einen Anfang zu setzen. Für die Linke sollte daraus einmal mehr die Einsicht in die Notwendigkeit verstärkter internationaler Zusammenarbeit gestärkt werden: gegenseitiges Lernen über die Politik der Herrschenden, Reflektieren über eigene Strategien und Taktiken, und schließlich Ausarbeitung arbeitsteiliger Gegenstrategien und konkreter Projekte sollten - neben dem Kennenlernen anderer Lebensweisen - ein Ergebnis dieses Prozesses sein.

Literatur

Baer, M.Delal (1991) 'North American Free Trade', in: Foreign Affairs, Fall 1991, Vol.70, Nr.4,

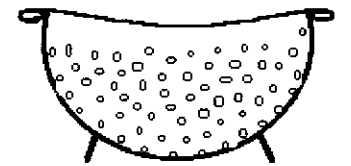
S.132-149 (New York, N.Y.)
 CQ (1991), 'Congressional Quarterly - Weekly Reports', diverse Ausgaben (Washington, D.C.)
 ITC (1991), 'The likely impact on the United States of a free trade agreement with Mexico' (Washington, D.C.)
 Moody, Kim (1991), 'Free Trade, Promise or Menace?', in: 'Against the Current', July-August 1991, S.17-24 (Detroit, Michigan)
 Roll Call (1991), 'International Trade - Roll Call Briefing No. 26, April 1991' (Washington, D.C.)
 Ross, John (1991), 'The Annexation of Mexico', in: Z-Magazine, July-August 1991, S.140-145 (Boston, Massachusetts)
 S.W.Sanderson (1990), 'Mexico - Opening Ahead of Eastern Europe', in: Harvard Business Review, Sept.-Okt., S.32-41
 Van Dyk Associates (1991), 'Washington Intelligence Report' vom 11. Juni (Washington, D.C.)

- 1 seit den 70er Jahren delegiert der US-Kongreß, dem verfassungsgemäß die Kompetenz über die Außenhandelspolitik zusteht, spezifische Verhandlungsvollmachten an den Präsidenten. Über dessen Verhandlungsergebnisse wird dann per 'fast-track-Verfahren' abgestimmt, ohne Änderungsmöglichkeiten. Der Präsident ist daher gehalten, sich mit dem Kongreß zu konsultieren, um eine Zustimmung zu seiner Vorlage zu erhalten.
- 2 seit 1985 besteht bereits ein derartiges Abkommen zwischen den USA und Israel.
- 3 zollfrei waren etwa 80% der kanadischen Exporte in die USA und 65% der US-Exporte nach Kanada. Die verbleibenden Zölle betragen durchschnittlich 9,5% (Kanada) und 4,5% (USA).
- 4 dabei handelt es sich um derzeit etwa 2000 Betriebe im Grenzgebiet Mexikos zu den USA, mit ca. 500.000 Arbeitskräften. Sie gehören meist US-Unternehmen (IBM, Wang, Hewlett-Packard, Westinghouse, etc.), die durch Steuer- und Zollbegünstigungen (und die niedrigen Löhne) sehr gute Gewinnbedingungen erhalten. Umstritten ist dies, weil die Lohn-, Arbeits- und ökologischen Bedingungen weit unter den US-Standards liegen.
- 5 so Elliot Abrams, US-Repräsentant bei der Contadora-Organisation (zitiert nach Ross 1991:140).
- 6 dies würde zudem Erinnerungen wachrufen an die Häuptlingstochter Malinche, die ihr indianisches Volk verriet, als sie sich zur Mätresse und Beraterin der spanischen Eroberer unter F.Cortez in Zentralamerika machen ließ.
- 7 dieses ambitionierte Ziel - ein integrierter Wirtschaftsraum über ganz Amerika hinweg! - wurde von US-Präsident Bush in einer Rede am 27.6.1990 verlautbart.
- 8 ein Strukturmodell des Kapitalismus, das sich in zahlreichen Regionen finden läßt: besetzte Gebiete Israels, Homelands in Südafrika, Süd- und Norditalien, künftig wohl auch zwischen West- und Ostdeutschland
- 9 Neben diversen südamerikanischen Zusammenarbeitsabkommen zwischen verschiedenen Staaten ('Marco Sur', 'Southern Cone Common Market', usw.) unterzeichneten kürzlich Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay mit den USA Absichtserklärungen über künftige Verhandlungen mit dem Ziel der Schaffung einer Freihandelszone (Washington Post 19.9.1991:B1).

Den Kopf aus den Akten



Rüstungsproduktion und Konversionsperspektiven Anfang der neunziger Jahre



von Carsten Sieling*

Mit den Rüstungsbegrenzungsabkommen des Jahres 1990, der deutschen Vereinigung und letztlich der Auflösung des Warschauer Paktes ist der Abbau militärischer Potentiale und die Reduzierung und Umstellung der Produktion von Rüstungsgütern auf die Tagesordnung gesetzt worden. Diese friedenspolitisch wünschenswerte Entwicklung korrespondiert mit der Gefahr neuerlicher Beschäftigungseinbrüche. Der Abbau und die Schließung von Bundeswehrstandorten sowie der Abzug der alliierten Streitkräfte beherrscht dabei die Diskussion, die Konversion der industriellen Rüstungsproduktion wird dagegen weniger als Problem angesehen.

Im folgenden wird vor dem Hintergrund vorliegender Untersuchungen aufgezeigt, welche Bedeutung die Rüstungsgüterproduktion in der Bundesrepublik Deutschland¹ hat und welche Wirkungen sich aus einer reduzierten, aber auch neu strukturierten Rüstungsgüternachfrage für die Volkswirtschaft ergeben. Dabei zeigt sich, daß durchgreifende beschäftigungs- und strukturpolitische Gefährdungen vor allem auf regionaler Ebene zu erwarten sind. Angesichts dieser Diagnose sollen regionalpolitische Gestaltungsmöglichkeiten zur Steuerung und Initiierung eines Konversionsprozesses ausgelotet und aufgezeigt werden.

Die Reduzierung von Militärausgaben hat nicht erst mit dem Abkommen über konventionelle Streitkräfte in Europa im November 1990 und den Gipfeltreffen von Gorbatschow und Bush 1989 und 1990 begonnen. Ein Vergleich der Entwicklung der Militärausgaben in der NATO, den USA und der EG von 1980 bis 1990 zeigt, daß schon seit 1987 eine real abnehmende Tendenz zu verzeichnen ist. Die für die Rüstungsgüterpro-

duktion bedeutenderen Beschaffungsausgaben für Großwaffensysteme hatten im genannten Zeitraum ebenfalls ihren Höhepunkt im Jahr 1987. Rüstungsgüterproduktion scheint von einem Wachstumsbereich zu einem schrumpfenden Sektor zu werden. Das Stockholmer International Peace Research Institute (SIPRI) geht für den Zeitraum 1987 bis 1990 von einem Abbau von 100.000 der ursprünglich 1,5 Mio. Arbeitsplätze der westeuropäischen Rüstungsgüterindustrie aus².

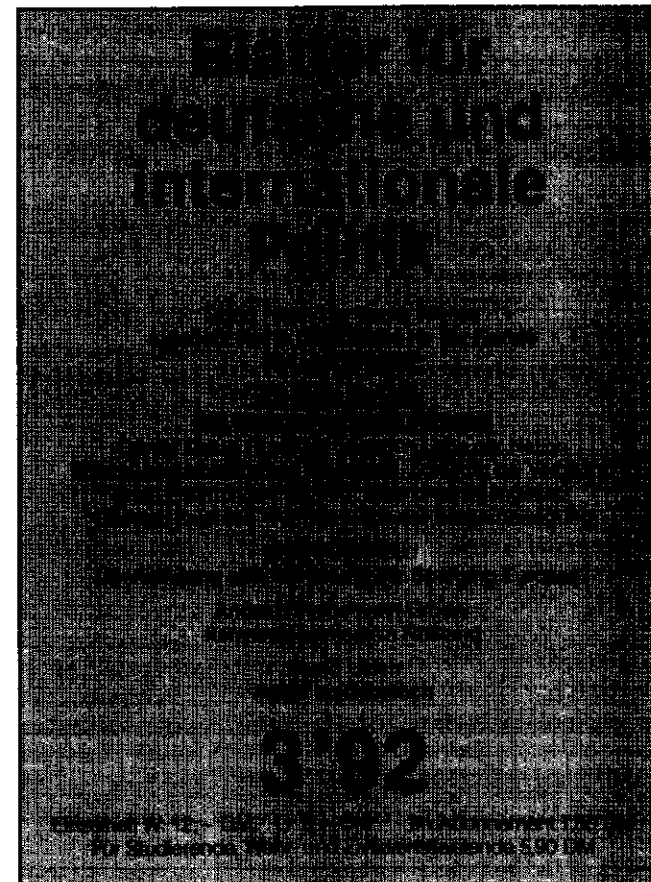
Neben dem Rückgang der Militär- und Rüstungsausgaben verändert sich aber auch die stoffliche Struktur der militärischen Ausrüstung hin zu mobilen Transportmitteln und elektronischen Aufklärungs-, Führungs- und Kontrollsystemen. Die Modernisierung der Militärausrüstung, die im Golf-Krieg schon unter Beweis gestellt wurde, bietet ein potentiell expandierendes Rüstungsproduktionsbereich. Bisher allerdings ist es, auch nach dem Golf-Krieg, zu keiner durchgreifenden Revision der Beschaffungspläne nach oben gekommen.

Fast jedes dritte Rüstungsprodukt wird exportiert

Ausgelöst durch die Stagnation der Rüstungsausgaben sind in den vergangenen Monaten verschiedene Studien über die gesamtwirtschaftliche, aber auch die sektorale und regionale Rüstungsabhängigkeit in der EG und der Bundesrepublik Deutschland veröffentlicht worden.³ Ausgangspunkt der gesamtwirtschaftlichen Abschätzungen sind dabei die Beschaffungsausgaben der Bundeswehr, womit hier die Käufe von Waren und Dienstleistungen für militärische Zwecke und nicht die Personalausgaben für die Soldaten gemeint sind. Zur vollständigen Erfassung der Rüstungsabhän-

gigkeit gehören aber auch die Rüstungsexporte. Trotz großer Probleme bei der statistischen Bestimmung der Güterausfuhren, die militärischen Verwendungszwecken dienen sollen oder können, hat das IFO-Institut in seiner Studie den Exportwert auf Basis der erteilten Ausfuhrgenehmigungen für 1988 auf 7 Mrd. DM beziffert (IFO-Studie, S. 5). Für Rüstungsgüter ergibt sich damit eine Exportquote - gemessen am Umsatz - von etwa einem Drittel. Bestätigt wird diese Größenordnung auch durch die Angaben einer IFO-Unternehmensbefragung.

Huffschmid und Voss (PIW-Studie) ermitteln dagegen auf Grundlage von SIPRI-Daten für das Jahr 1990 lediglich einen Rüstungsexportanteil von 16,7 Prozent⁴ für die Bundesrepublik Deutschland. Im EG-Durchschnitt liegt die Exportquote nach dieser Berechnung bei 30 Prozent. Unabhängig von diesen unterschiedlichen Untersuchungsergebnissen wird deutlich, daß der Rüstungsexport einen bedeutenden Anteil des Rüstungsgüterumsatzes erreicht hat. Vor diesem Hintergrund kann nicht verwundern, daß der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) in seinem "Memorandum zur Situation der deutschen wehrtechnischen Industrie"⁵ vom März dieses Jahres den auch zukünftig "wichtigen Stellenwert" von Streitkräften und Industrie "für die Wahrung der nationalen politischen Interessen" betont und die "deutsche restriktive Rüstungsexportpolitik" kritisiert. Unterstützung verlangt der BDI für die Stärkung einer "leistungsfähigen nationalen wehrtechnischen Industrie" und für den Erhalt der für "Systemführungsaufgaben not-



Die Blätter kennenlernen?

- Ich bestelle Heft 3/92 zum Preis von 12 DM.
 Ich bestelle ein Probeabo - Heft 3 und 4/92 für 15 DM.
 Ich möchte ein kostenloses älteres Probeheft.
Zutreffendes bitte ankreuzen, Scheck oder Briefmarken beilegen.

Name: _____
Vorname: _____
Str: _____
Ort: _____
Land: _____

Blätter Verlagsgesellschaft, Bertha-v.-Suttner-Platz 6, 5300 Bonn 1

* Carsten Sieling, Dipl.-Ökonom, Bremen

wendigen Kapazitäten". Der Großteil des Rüstungsproduktionsumsatzes wird durch die Beschaffungen des Bundesministeriums für Verteidigung realisiert. Sie bestimmen nach wie vor die Entwicklung der deutschen Rüstungsproduktion. Nach Angaben der RWI-Studie (S. 341) flossen 1989 29,4 Mrd. DM als Ausgaben für Beschaffungen an die Rüstungsindustrie; gut 40 Prozent hiervon werden im Durchschnitt der Jahre 1985 bis 1989 durch die Anschaffung von Kampffahrzeugen, Flugzeugen, Schiffen, Waffen usw. gebunden. Die restlichen Ausgaben entfallen auf Ausgaben für Materialerhaltung, militärische Anlagen und die Militärforschung.

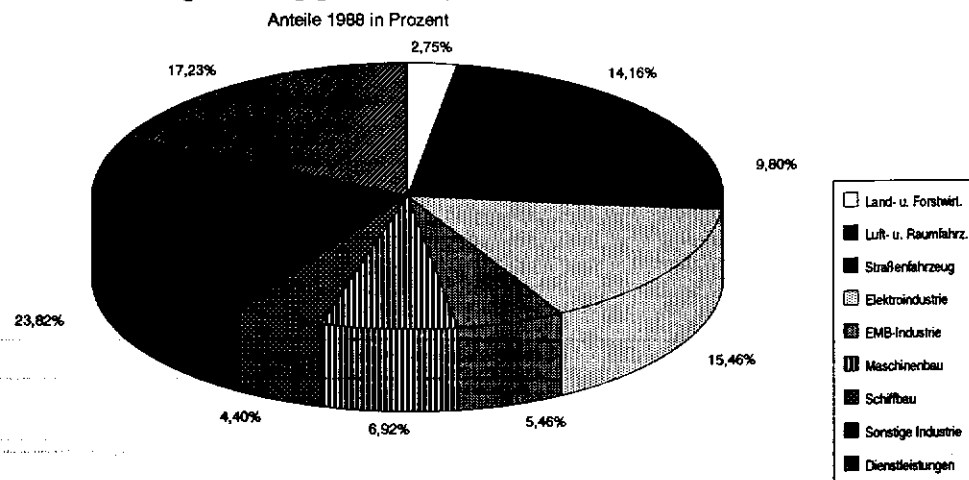
280.000 Arbeitsplätze sind rüstungsabhängig

Um die Beschäftigungswirkungen der Rüstungsausgaben vollständig erfassen zu können, ist eine Begrenzung auf die direkten Effekte nicht hinreichend. Auch die indirekten Beschäftigungseffekte, die sowohl die Verflechtungen mit den vorgelagerten Produktionsbereichen als auch die Multiplikatorwirkungen der bei der Rüstungsproduktion entstandenen Einkommen umfassen, sind zu ermitteln. Das IFO-Institut, dessen Studie lange vom Bundesministerium für Verteidigung unter Verschluss gehalten wurde und in seiner Langfassung erst kürzlich veröffentlicht wurde, hat einen derartig umfassenden Ansatz ge-

wählt und die beschäftigungspolitische Bedeutung der Rüstungsgüternachfrage für die BRD für 1988 mittels einer Input-Output-Analyse abgeschätzt. Danach sind in der Rüstungsgüterproduktion (IFO-Studie, S. 8) 132.000 Personen direkt und 105.000 Personen indirekt beschäftigt. Unter Berücksichtigung der multiplikativen Wirkungen sind gesamtwirtschaftlich in der Bundesrepublik 280.000 Beschäftigte in der Rüstungsgüterindustrie tätig, die mit nur etwa einem Prozent aller Inlandsbeschäftigten insgesamt aber von nachrangiger Bedeutung sind. Das RWI-Institut hat in seiner Untersuchung auf Daten aus dem Jahr 1985 zurückgegriffen, da den Essener Forschern für die jüngere Zeit keine hinreichend sektoral gegliederten Angaben verfügbar waren. Darüber hinaus werden in der RWI-Studie weder die Rüstungsexportproduktion noch die multiplikativen Wirkungen der entstandenen Einkommen berücksichtigt. Eine Vergleichbarkeit beider Studien ist auch deshalb nur schwer möglich, weil das RWI die Beschäftigungswirkung aller Verteidigungsausgaben, also auch für die Streitkräfte, zugrunde legt. Nach diesen Berechnungen sind 154.000 Personen direkt und fast 110.000 weitere Personen indirekt durch Rüstungsaufträge beschäftigt. Insgesamt sind damit 1985 264.000 Arbeitsplätze vom bundesdeutschen Verteidigungsetat abhängig gewesen.

Rüstungsbranche Nr. 1:

Rüstungsabhängige Arbeitsplätze nach Branchen



Quelle: IFO-Studie; eigene Berechnungen

Elektrotechnische Industrie

Interessanter ist die sektorale Betrachtung, die differenziert nur bezogen auf die direkten und indirekten Effekte der Rüstungsgüternachfrage möglich ist. Ohne die multiplikativen Effekte, die IFO lediglich nach den drei großen volkswirtschaftlichen Sektoren unterscheidet, werden damit 237.000 rüstungsabhängige Arbeitsplätze betrachtet. Die sektorale Aufteilung dieser Arbeitsplätze zeigt das erste Schaubild. Abgesehen von den vor allem indirekt abhängigen Dienstleistungsbereichen und den sonstigen Industriebranchen wird die Hitliste der rüstungsproduzierenden Sektoren mit insgesamt gut 36.600 Beschäftigten und einem Anteil von 15,46 Prozent angeführt von der elektrotechnischen Industrie, gefolgt von dem Luft- und Raumfahrzeugbau mit etwa 33.500 Beschäftigten (14,16 Prozent). In den sechs am stärksten rüstungsabhängigen Sektoren sind insgesamt 133.200 Personen und damit 56 Prozent aller RüstungsarbeitnehmerInnen beschäftigt.

Um die Bedeutung der Rüstungsgüternachfrage für die einzelnen Sektoren bestimmen zu können, gibt ein Blick auf den Anteil der Rüstungsnachfrage an der sektoralen Gesamtnachfrage ersten Aufschluß. Hinsichtlich des Umsatzes an inländischen Käufen hat das IFO einen Anteil von häufig unter 2 Prozent und damit ein nur geringes Gewicht ermittelt. "Nur der Luft- und Raumfahrzeugbau sowie der Schiffbau hängen mit Umsatzanteilen der Wehrgüterkäufe von einem Drittel bzw. einem Zehntel in erheblichem Umfang von den Beschaffungen der Bundeswehr ab." (IFO-Studie, S. 4) Bezogen auf die Beschäftigtenanteile zeigt sich unter Berücksichtigung des Rüstungsexports bei Verwendung der IFO-Angaben (Schaubild 2) der gleiche Trend; das Gewicht der Rüstungsbeschäftigung liegt jedoch mit 48 Prozent im Luft- und Raumfahrzeugbau sowie mit 31 Prozent im Schiffbau deutlich höher. Nach den Ergebnissen der RWI-Untersuchung ist - obwohl bei dieser Berechnung die Beschäftigungseffekte der Rüstungsexporte nicht berücksichtigt worden sind - im Luft- und Raumfahrzeugbau immer noch mehr als jede/r dritte Beschäftigte und im Schiffbau jede/r fünfte Beschäftigte rüstungsabhängig (RWI-Studie, S. 349). Für beide Sektoren sowie für die EBM-Industrie (Eisen-,

Blech- und Metallverarbeitende Industrie) ist darüber hinaus festzustellen, daß unter den rüstungsabhängigen Arbeitsplätzen der Anteil der direkt betroffenen Beschäftigten besonders hoch ist. Vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse konstatiert das IFO-Institut sektorale Anpassungsbedarf. Auf der Unternehmensebene stellt sich die Situation, wie in der PIW-Studie anhand von Geschäftsberichts ausgewertungen gezeigt wird, differenzierter dar. Zwar hat die Bundesrepublik, in absoluten Beschäftigten- und Umsatzzahlen gemessen, mit Daimler-Benz den größten europäischen Rüstungskonzern, das Gewicht der Rüstungsproduktion ist jedoch im Gegensatz zu einigen französischen und britischen Unternehmen in den deutschen Konzernen im Durchschnitt niedriger. In der Regel liegt es bei den größeren Unternehmen, wie beispielsweise bei der Daimler-Tochter Deutsche Aerospace (DASA), bei 40 - 50 Prozent. Deutlich höher liegt der Anteil mit gut 80 Prozent bei dem Elektronikhersteller Krupp Atlas Elektronik, einer bis Mitte dieses Jahres hundertprozentigen Tochter der Krupp GmbH, sowie bei der Bremer Lürssen-Werft.

Zweidrittel der Aufträge fließen nach Süddeutschland

Deutlicher als auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene zeigen sich in den Regionen die Abhängigkeiten von der Rüstungsgüternachfrage. Nach Bundesländern betrachtet, geht der Löwenanteil der Bundeswehraufträge in den Süden der BRD: 45 Prozent nach Bayern und 18,4 Prozent nach Baden-Württemberg. Einschränkend weist das IFO-Institut allerdings darauf hin, daß diese Länder zwar Sitzland von Unternehmen sind, viele der Aufträge aber in anderen Regionen der Republik produktionswirksam werden.

Um Verzerrungen durch wechselnde Unterauftragsverhältnisse wenigstens teilweise entgegenzuwirken, hat der Bremer Ausschuß für Wirtschaftsforschung (BAW) in einer Untersuchung zur Rüstungsabhängigkeit des Landes Bremen⁶ den jahresdurchschnittlichen Anteil der Inlandsaufträge der Bundeswehr von 1980 bis 1989 zur Grundlage seiner Analysen gemacht. Die Abhängigkeit der Bundesländer aber läßt sich nicht lediglich durch die Auftragsverteilung bestimmen, sondern erfordert ei-

nen Abgleich mit der Wirtschaftskraft der Länder. Ein Vergleich der Anteile der Inlandsaufträge mit den Anteilen des Bruttoinlandsprodukts (BIP) offenbart den wirklichen Abhängigkeitsgrad der einzelnen Länder.

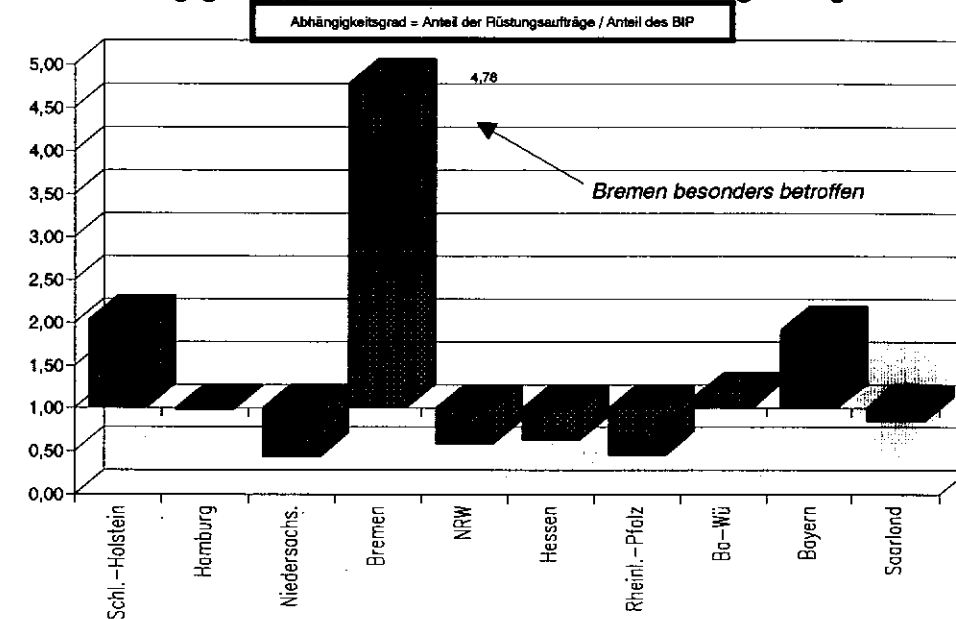
Die Ergebnisse (siehe Schaubild) zeigen, daß neben Bayern und Baden-Württemberg die Inlandsaufträge das BIP auch in Schleswig-Holstein und vor allem in Bremen übersteigen, wo der Anteil der Inlandsaufträge fast fünfmal so hoch wie der BIP-Anteil ist. Insgesamt sind in diesem Zeitraum

anteil in 1989 kleinräumiger erfaßt. Dabei zeigt sich, daß Oberbayern⁷ mit gut einem Drittel aller Rüstungsaufträge das deutsche Rüstungszentrum ist, hohe Abhängigkeiten weisen darüber hinaus auch Tübingen, Stuttgart und Kassel auf.

Das Beispiel Bremen

Eine sehr differenzierte Untersuchung über die Bedeutung der Rüstungsproduktion für eine Region, die hier beispielhaft skizziert werden soll, haben jüngst eine Senatsarbeitsgruppe des

Abhängigkeitsgrad der Länder von Rüstungsausgaben



Quelle: BAW-Monatsbericht 3+4/90; eigene Berechnungen

6,8 Prozent aller nationalen Rüstungsaufträge nach Bremen geflossen, für den jüngeren Zeitraum - seit 1985 - sind es gar 8,3 Prozent aller Generalaufträge gewesen. Beim BIP hat Bremen dagegen mit 1,43 Prozent einen deutlich geringeren Anteil. Diese Konzentration wird noch dadurch verstärkt, daß gerade die stark rüstungsabhängigen Sektoren Luft- und Raumfahrzeugbau Schiffbau in dem kleinsten Bundesland eine herausgehobene Bedeutung haben. Über regionale Abhängigkeiten kann eine länderbezogene Analyse allerdings nur bedingt Auskunft geben. Für die Stadtstaaten läßt sich die Bedeutung der Rüstungsgüterproduktion damit zwar verdeutlichen, bezogen auf die Flächenänder ist jedoch eine Eingrenzung erforderlich. In der PIW-Studie (S. 16) wurde der Auftrags-

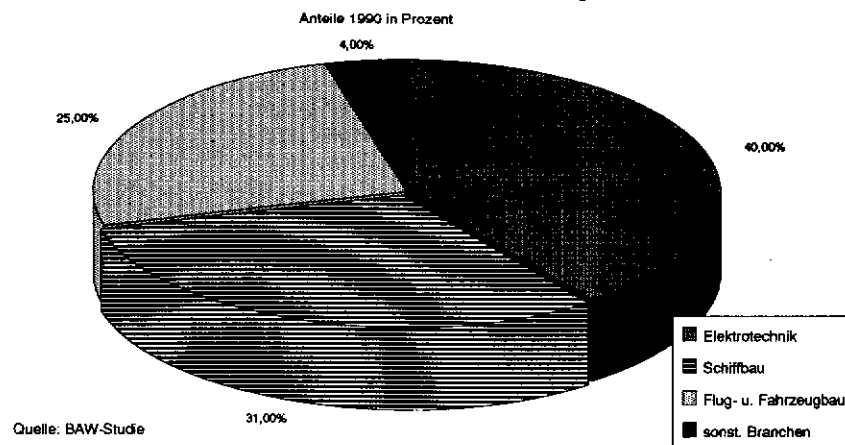
Landes Bremen und der Bremer Ausschuß für Wirtschaftsforschung (BAW) vorgelegt.⁸ Dabei sind sowohl die Abhängigkeiten der Region als auch die Gefährdung von Arbeitsplätzen im Falle von Abrüstungsmaßnahmen ermittelt worden. Um das Problem der schlechten Datenlage zumindest teilweise zu umgehen, sind für die Studie die größten Rüstungsproduzenten direkt untersucht und befragt worden. Mit diesem Verfahren ist es gelungen, die tatsächliche Auftragsverteilung unter Berücksichtigung abweichender Unternehmenssitze und der Unterauftragsverhältnisse zu erheben. Danach sind 1990 bei den zehn großen Rüstungsgüterherstellern mit über 100 Beschäftigten im Lande Bremen ca. 5.800 Arbeitsplätze direkt rüstungsabhängig. Insgesamt sind in diesen Rüstungsunternehmen gut 19.000 Personen beschäftigt, womit

hier fast jeder dritte Arbeitsplatz von den Aufträgen der Bundeswehr abhängt. Bei Firmen unter 100 Beschäftigten ergab eine auf Basis der Arbeitsstättenzählung von 1987 durchgeführte Schätzung die direkte Abhängigkeit von weiteren 1.400 Arbeitsplätzen.

Um die regionalwirtschaftliche Bedeutung der Rüstungsproduktion voll zu erfassen, wurden die indirekt abhängigen Arbeitsplätze mit dem vom BAW im allgemeinen verwendeten regionalen Einkommensmultiplikator in einer Bandbreite von 1,5 bis 2,0 berechnet. Danach sind weitere 3.600 bis 7.200 Arbeitsplätze, also zwischen 3,7 und 4,9 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Land, rüstungsabhängig. Besonders betroffen ist hierbei das stark durch den Schiffbau dominierte Bremen-Nord.

Hinsichtlich der sektoralen Struktur der Rüstungsbeschäftigung zeigt sich ein Schwergewicht im Bereich der Elektrotechnik und Elektronik sowie beim Schiffbau (siehe Schaubild). Deutliche Abweichungen ergaben sich durch die

Sektorale Struktur der bremischen Rüstungsindustrie



mikroökonomisch orientierte Untersuchungsmethode des BAW im Verhältnis zur sektoralen Struktur der Direktaufträge der Bundeswehr. So hat der Bereich Elektrotechnik bei den Direktaufträgen nur einen Anteil von 20 Prozent. "Diese Branchen sind also im Lande Bremen weit mehr als Unterauftragnehmer und Zulieferer tätig, als dies aus den Direktaufträgen der Bundeswehr hervorgeht. Eine genaue Betrachtung macht allerdings deutlich, daß wiederum 41 Prozent der rüstungsabhängigen Beschäftigten in der Elektrotechnik/Elektronik (das entspricht 17 Prozent aller rüstungsabhängig Beschäftigten) mit Marineelektronik in Verbindung stehen."

(BAW-Studie, S. 31) Für die Region hat damit auch in diesem Kontext der Schiffbau nach wie vor eine ausgesprochen große Bedeutung.

Bis zu 5.300 Arbeitsplätze sind bis 1996 gefährdet

Um nicht bei einer einfachen Bestandsanalyse zu verbleiben, hat die Senatsarbeitsgruppe zwei Szenarien (Vgl. BAW-Studie S. 80 ff.) über die mögliche zukünftige Entwicklung der Rüstungsaufträge entwickelt, die natürlich unter dem Vorbehalt stehen, daß verlässliche Informationen über die zukünftige Höhe und Struktur der Beschaffung von Waffensystemen noch nicht vorliegen. Beiden Szenarien, die sich auf den Zeitraum 1992 bis 1994 beziehen, liegen unterschiedliche Annahmen über die Entwicklung der militärischen Schiffbau- und -Reparaturaufträge und der Aufträge für die elektrotechnische Industrie zugrunde.⁹ Danach besteht eine direkte

Gefährdung bei den zehn großen Rüstungsgüterproduzenten - je nach Szenario - in Höhe von 1.500 bis 2.400 Arbeitsplätzen. Unter Berücksichtigung der Reduzierungen bei den Unternehmen unter 100 Beschäftigten kann insgesamt für Szenario 1 von einer unmittelbaren Gefährdung von etwa 3.000 und für Szenario 2 von etwa 1.900 Arbeitsplätzen ausgegangen werden. Auf der Grundlage dieser Annahmen sind die Sekundäreffekte (Zulieferverflechtungen, Einkommenseffekte) in Hinblick auf Größe und zeitliche Verteilung der Gesamtauswirkungen bis 1996 im Rahmen eines komplexen regionalen ökonomischen Modells simuliert

worden. Danach sind bis 1996 je nach Szenario 3.400 bis 5.250 Arbeitsplätze gefährdet¹⁰ (siehe Schaubild), wobei aufgrund der direkten Wirkungen der Einbruch vor allem in den kommenden drei Jahren stattfinden würde. Das Wachstum der Bruttowertschöpfung würde sich im Zuge der ausfallenden Produktion bis 1996 um jahresdurchschnittlich etwa 0,9 bis 1,3 Prozent verlangsamen. Verteilungspolitisch ist der Rückgang der Rüstungsgüterproduktion ebenfalls nicht neutral, wenn keine wirtschaftspolitischen Ausgleichsmaßnahmen eingeleitet werden: Das Unternehmer- und Vermögenseinkommen wächst, so ein weiteres Ergebnis der Studie, an. "Die Folge einer spürbaren Schwächung des Arbeitsmarktes ist demnach ein überproportionales Sinken aus unselbständiger Arbeit, d.h. die Arbeitnehmer tragen die Auswirkungen des wirtschaftlichen Rückganges." (BAW-Studie, S. 92)

Bezogen auf die sektorale Entwicklung zeigt sich der Schwerpunkt der Arbeitsplatzgefährdung im Warenproduzierenden Gewerbe. Hier befinden sich mehr als drei Viertel aller gefährdeten Arbeitsplätze, womit die industrielle Basis des Landes bei ausbleibenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen gerade um technologisch hochwertige Bereiche reduziert würde. In Handel und Verkehr wären etwa 7,5 Prozent, bei den Dienstleistungen etwa 14,5 Prozent aller Arbeitsplätze gefährdet.

Fazit: Regionale und sektorale Arbeitsplatzgefährdung erfordert strukturpolitisches Handeln

Auch wenn gesamtwirtschaftlich nur ein Prozent aller Arbeitsplätze von militärischen Aufträgen abhängig sind, dürfen die beschäftigungs- und strukturpolitischen Folgen der vor allem regional stark konzentrierten Rüstungsproduktion nicht unterschätzt werden. Liegen die Rüstungszentren auch noch in Regionen mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit und nachhaltiger Struktur schwäche, wie es vor allem für die norddeutsche Küste, aber auch das nordhessische Kassel zutrifft, sind wirtschaftspolitische Aktionen dringend geboten. Zwei Maximen sind dabei vorrangig: Erstens ist der Monopolnachfrager Staat gefordert, bei Kürzung der Rüstungsaufträge für Ersatznachfrage zu sorgen.

Gesellschaftliche Bedarfe, darüber herrscht kaum Zweifel, existieren zu Hauf. Zweitens ist aus strukturpolitischer Sicht zu beachten, daß das Produktions-, Forschungs- und Arbeitskräftepotential, das in den Rüstungsbetrieben besteht, nicht leichtfertig Stilllegungsplänen zum Opfer fällt, sondern für die industrielle Entwicklung der Regionen nutzbar bleibt.

Rüstungskonversion verlangt die Umwidmung von Verteidigungsausgaben

Der mit Abstand größte Teil der deutschen Rüstungsproduktion wird durch Aufträge des Bundesverteidigungsministerium, also aus staatlicher Nachfrage, gespeist. Im Falle einer Reduzierung der Militäraufwendungen stellt sich somit die Frage nach der Verwendung der freiwerdenden Mittel. Dabei geht es sowohl um die Sicherung der betroffenen Arbeitsplätze als auch um Möglichkeiten der Befriedigung des gesellschaftlichen Bedarfs nach besserer Infrastrukturausstattung.

Die volkswirtschaftliche Abteilung der Deutschen Bank hat die Frage "Wohin geht die Friedensdividende?"¹¹ aufgeworfen und vorgeschlagen, in Deutschland solle "die Friedensdividende zur Reduktion von Steuerlast oder Kreditaufnahme des Staates verwendet werden" (S. 8). Begründet wird diese Argumentation mit den Belastungen des Staatshaushalts durch die deutsche Vereinigung. Dieselbe Position findet sich dann, hergeleitet aus den gesamtwirtschaftlichen Untersuchungsergebnissen, auch in der IFO-Studie wieder. Trotz der sektoralen Belastungen bei verminderten Rüstungsaufträgen erwartet das Institut in seinem Fazit jedoch keine Friktionen, "die den marktwirtschaftlichen Anpassungsmechanismus überfordern könnten", womit "kein Bedarf an speziellen staatlichen Hilfen für die Wehrgüter produzierenden Unternehmen" bestehe (IFO-Studie, S. 11).

Umweltschutz sichert Arbeitsplätze

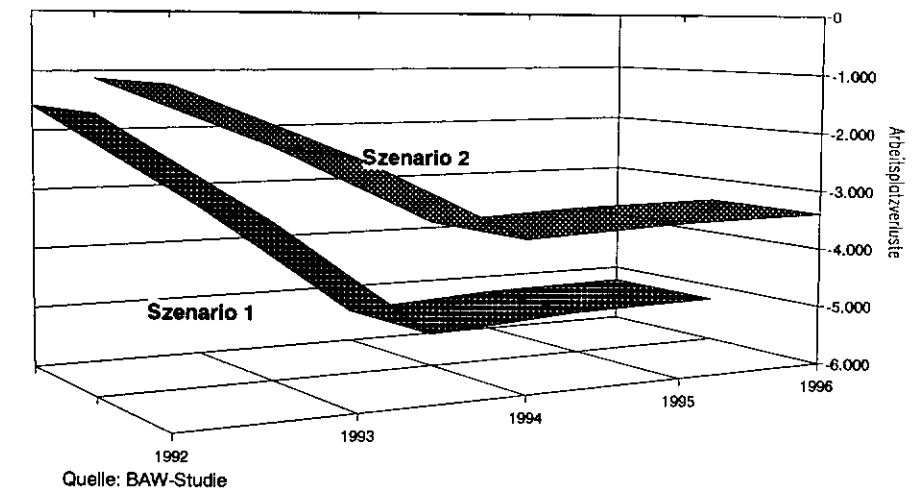
Zwei interessante Simulationsrechnungen der Beschäftigungswirkungen vermindelter Rüstungsausgaben nimmt das

RWI-Institut in seiner Studie vor. Dabei wird für den Zeitraum 1980 bis 1985 eine Reduzierung der Verteidigungsausgaben für Güter und Dienstleistungen in Höhe von 25 Prozent unterstellt. Eine Variante geht dabei im Sinne

Berechnung zeigt sich, wie dringend geboten eine alternative Verwendung der bisherigen Rüstungsausgaben für eine gesellschaftlich sinnvolle Produktion auch aus beschäftigungspolitischer Sicht ist.

Gesamtwirtschaftlicher Beschäftigungsrückgang durch Reduzierung der Rüstungsproduktion

Kumulierte Prognose für das Land Bremen bis 1996



der Deutschen Bank von einer linearen Senkung der direkten Steuern der privaten Haushalte aus. Die positiven Nachfrageeffekte der daraus resultierenden Zuwächse des verfügbaren Einkommens, der Ersparnis und des Konsums der Haushalte fallen hierbei deutlich niedriger aus als der staatliche Einnahmeverzicht. "Demersprechend übersteigen die negativen Nachfrageeffekte der Rüstungsreduzierung die positiven Auswirkungen der Steuerentlastung." (RWI-Studie, S. 355). Unterm Strich liegt das Beschäftigungsniveau für 1980 um 13.000 Personen und 1985 um 7.000 Personen niedriger. Besonders betroffen sind dabei die stark rüstungsabhängigen Sektoren. IFO und Deutsche Bank können hieran die Folgen ihrer Politikempfehlung ablesen.

Interessanter ist die andere Variante des RWI. Sie geht davon aus, daß der Staat die frei werdenden Mittel zugunsten von Umweltschutzinvestitionen verwendet, und zwar - der Struktur der Umweltschutzinvestitionen der Gebietskörperschaften im gleichen Zeitraum entsprechend - zu 55 vH in Bauten und zu 45 vH in Ausrüstungsgütern." (S. 351) Im Ergebnis bleibt bei dieser Variante das Bruttosozialprodukt nahezu unverändert, die Beschäftigung steigt sogar um 28.000 Personen in 1980 und 19.000 Personen im Jahr 1985. Mit dieser

Strukturpolitische Herausforderungen stellen sich spezifischer

Damit allerdings sind die strukturpolitischen Probleme der Rüstungskonversion noch nicht gebannt. Die RWI-Berechnung zeigt nämlich auch, welche Verwerfungen selbst bei einer solchen beschäftigungspolitisch offensiven Strategie wegen der unterschiedlichen Güterstrukturen von Rüstungs- und Umweltinvestitionen sektoral entstehen. So müssen gerade die besonders stark rüstungsabhängigen Sektoren - Luft- und Raumfahrzeugbau und Schiffbau - Beschäftigungseinbußen von 8,1 Prozent oder 5.200 Arbeitsplätzen sowie von 3,7 Prozent oder 1.800 der Arbeitsplätzen in Kauf nehmen. Andere rüstungsintensiven Branchen wie die Elektrotechnik und der Maschinenbau haben dagegen aber positive Beschäftigungseffekte zu verzeichnen.

Die RWI-Studie zeigt, daß eine Umleitung staatlichen Konsums eine veränderte Komposition des gesellschaftlichen Endverbrauchs und eine andere Güter- und Produktstruktur hervorbringt. Damit ergibt sich für jede Konversionsstrategie die Notwendigkeit strukturpolitischer Konzepte, die Optionen auf der sektoralen und letztlich auch betrieblicher Ebene aufzuzeigen in der Lage sind. Konversion hat die Umstellung von der

Rüstungsgüterproduktion auf die Herstellung ziviler Güter zum Inhalt. Im weiteren Sinne geht es hierbei also um die Konversion wirtschaftlicher Strukturen und damit um die Bewältigung des Strukturwandels durch die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen in anderen Wirtschaftsbereichen. Soll die Umstellung nicht nur neue, gesellschaftlich sinnvolle Produkte hervorbringen, sondern auch die existierenden Potentiale - also die Belegschaftszusammensetzungen, die Produktionsanlagen, das technische Know-how und das Forschungspotential, die Vertriebs- und Marketingstrukturen der Unternehmen am bestehenden Standort erhalten und zu nutzen versuchen, ist Konversion im engeren und umgangssprachlich verwendeten Sinne gemeint. Konversion im engeren Sinne genießt Vorrang im strukturpolitischen Konzept der dynamischen Bestandsentwicklung, wie es auch von der IG Metall im Zusammenhang mit anderen Branchenkrisen gefordert wurde. Ein solches Konzept kann als arbeitsorientierte Alternative zu einem krisenhaften Typ des Strukturbruchs, der die Brachlegung von Produktionsanlagen, die Arbeitslosigkeit vieler Menschen und die Verödung von Regionen in Kauf nimmt, begriffen werden.

Die Umsetzung einer solchen Konversionsstrategie aber ist nicht voraussetzungslos, sondern an zwei Bedingungen geknüpft:

* Erstens muß auf der produktionstechnologischen Seite die Möglichkeit der Umstellung auf zivile Produkte bei weitgehender Nutzung des Potentials überhaupt bestehen. M.a.W.: Konversion muß im Rahmen eines bestimmten Produktionssektors geschehen, der geprägt ist durch ein Produktionsverfahren, in dem eine gewisse Variation relativ festgelegter Produkttypen hergestellt werden kann. Auf einer Werft beispielsweise können verschiedene Produktlinien (hier: Schiffstypen) - von der Fregatte bis zum Fischkutter - gefertigt werden. Die Produktionslinie Schiffbau ist dabei gekennzeichnet durch 1. eine bestimmte Produktionsanlage, 2. eine bestimmte Betriebsorganisation, 3. eine bestimmte Komposition von verschiedenen qualifizierten Arbeitskräften, 4. eine bestimmten Vorleistungsstruktur u.a.m.. Die Relevanz der definitorischen Unterscheidung zwischen Produkt- und Produktionslinie besteht hinsichtlich der Beurteilung des Elastizitätspotentials für Konversionen bzw. Diversifikationen. Ein Elektronikonzern wie die Bremer Krupp Atlas Elektronik GmbH beispielsweise hat es relativ leicht, Diversifikations- bzw. Konversionsperspektiven zu entwickeln

und eine "Strategische Initiative Umweltschutz" vorzuschlagen, da es sich hierbei nur um eine Veränderung seiner Produktlinie handelt, die im Rahmen der Produktionslinie sehr wohl bewältigbar ist. Am offensichtlichsten wird dieser Zusammenhang bei allen Dual-use-Produkten, also sowohl zivil als auch militärisch verwendbaren Produkten, bei denen hinsichtlich der Produktionsanlagen, des Arbeitskörpers, der Produktionsorganisation, Vorlieferung usw. nahezu keine Veränderungen stattfinden brauchen. * Zweitens ist die Existenz von kaufkräftigen Bedürfnissen, also von Märkten, auf denen die Zivilprodukte nicht nur angeboten werden, sondern auch konkurrenzfähig sind, erforderlich. Neben der technologischen Elastizität verschiedener Produktionslinien spielen also auch die jeweiligen Marktbedingungen eine wesentliche Rolle. Im Schiffbau beispielsweise sind Produktdiversifizierungen bzw. -Konversionen zwar prinzipiell möglich, die Marktsituation in diesem Sektor erschwert jedoch eine Umbaustategie, die auf den Bau ziviler Schiffe setzt. Auch wenn - wie die Vorschläge der Arbeitskreise Alternative Produktion gezeigt haben - im Rahmen der vorhandenen Unternehmenspotentiale Umstellungen des Betriebes möglich sind, muß die Orientierung in diesem Bereich doch eher auf die Herausbildung neuer Produktionslinien hinauslaufen. Die hierfür notwendige Tiefe des Bruchs mit den bestehenden Betriebsstrukturen scheint doch größer zu sein, als in der gewerkschaftlichen Konversionsdiskussion bisher angenommen.

Wege zur Konversion

In einem Teil der Rüstungsgüterproduzierenden Unternehmen sind Diversifikationen im Rahmen der betrieblich vorhandenen technologischen und organisatorischen Strukturen möglich. In diesen Bereichen müssen die betrieblichen Potentiale direkt gefördert werden, hierfür haben die Arbeiten und Vorschläge der betrieblichen Arbeitskreise Alternative Produktion eine große Bedeutung und müssen über Betriebsräte koordiniert werden. Ein Beispiel für ein solches Vorgehen, das von betrieblicher Interessenvertretung und Unternehmensleitungen entwickelt wurde, ist das PUR-Projekt in Augsburg.¹² Auf Initiative der MBB-Arbeitsgruppe "Alternative Produkte" wird dort in Zusammenarbeit mit der Stadt Augsburg seit einigen Jahren an Produkten für den Umwelt- und Ressourcenschutz gearbeitet. In anderen Rüstungsgüterproduzierenden Unternehmen erfordert Diversifikation den Aufbau völlig neuer Produktionslinien. Das bedeutet hin-

sichtlich der politisch gewünschten Reduzierung der Rüstungsgüteraufträge, daß Produktionen und Arbeitsplätze abgebaut werden müssen. Konversion heißt für diese Bereiche, zu denen vor allem der Schiffbau gehören dürfte, Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen. Hierbei handelt es sich also um eine klassisch strukturpolitische Aufgabe, die durch regionale Wirtschafts- und auch Arbeitsmarktpolitik anzugehen sein wird.

Großer gesellschaftlicher Bedarf besteht im Umwelt- und Verkehrsbereich. Das mögliche Produktspektrum, das ein auch aus gewerkschaftlicher Sicht in den vergangenen Jahren häufig gefordertes Umwelttechnologiezentrum Bremen hervorbringen kann, muß in einem nächsten Schritt stärker konkretisiert werden. Neben den eher angebotsorientierten Instrumentarien der regionalen Wirtschaftspolitik muß auch überlegt werden, wie welche 'Anstoßnachfrage' - beispielsweise im Bereich der Kanalsanierung oder des Fernwärmeausbaus - aus der Region heraus organisiert werden kann.

Politische Signale in diese Richtung aber bleiben sehr verhalten. Nach wie vor unklar ist die zukünftige Rüstungsgüternachfrage des Bundes sowohl im Umfang als auch der Struktur nach. Und ein Bund-Länder-Konversionsprogramm ist zwar in der Diskussion, die Vorstellungen über das Volumen aber schwanken zwischen 1 Mrd. DM für vier Jahre (Bund) und 20 Mrd. DM für sieben bis zehn Jahre (Länder). Im Zuge des politischen Strudels um die Strukturhilfe und die Steuerreform sind selbst die bisherigen Überlegungen im Vermittlungsausschuß zwischen Bundesrat und Bundestag versunken. Im Rahmen dieses Bund-Länder-Konversionsprogramms wird der absolute Schwerpunkt auf die Standortkonversion gelegt. Noch immer ist es - auch zwischen den sozialdemokratisch regierten Ländern - umstritten, ob Produktionskonversionen überhaupt strukturpolitisch flankiert werden sollen. Wenn überhaupt wird es zu einer Förderung im Rahmen der sehr angebotsorientierten Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW) kommen, die zudem reaktiv ausgerichtet ist und damit eine vorausschauende Strukturpolitik garnicht ermöglicht. Das Land Bremen hat vor dem Hintergrund seiner Untersuchungen ein Landeskonzessionsprogramm entwickelt,

das trotz der Zweifel der FDP Bestandteil der Koalitionsvereinbarung wurde. Dieses Programm wird sich - so finanziert durch die EG und eventuell den Bund - mit einem Volumen von 15-30 Mio. DM pro Jahr sehr eng an die anderen wirtschaftsstrukturpolitischen Teilprogramme des Landes anlehnen und damit den sehr stark sektoral geprägten Konversionsherausforderungen schon seiner Struktur, aber auch seinem Volumen nach, kaum entsprechen können. Trotz dieser Mängel gilt: Ohne eine deutlichere Akzentsetzung auf Bundesebene werden die Länder, auch bei besserer Finanzausstattung, regionale Verwerfungen nicht verhindern können.

Konversion durch Unternehmenskonzentration?

Erste Reaktionen auf die nachlassende Rüstungsnachfrage aber erfolgen auf der Unternehmensebene. Ein aktuelles Beispiel für die Umstrukturierungen in den Rüstungsproduzierenden Industrien und den Unternehmen bietet das Schiffbauunternehmen "Bremer Vulkan", das seit Jahren versucht, seinen Schiffbauanteil durch den Zukauf von Technologieunternehmen zu reduzieren. Jüngstes Beispiel hierfür ist der Kauf der ebenfalls Bremer Krupp Atlas Elektronik GmbH (KAE), die der Krupp-Konzern zu 75 Prozent verkauft hat, um nicht durch die Konversionsherausforderungen belastet zu sein. Schon in den vergangenen Jahren hat Krupp mehrere Rüstungsgüterproduzierende Töchter, zum Beispiel auch die MAK Kiel, veräußert.

Der Ankauf wurde in Bremen, und das ist das eigentlich pikante, abgesichert durch eine Landesbürgschaft in Höhe von 196 Millionen DM. Damit hat das Land zum wiederholten Male die Unternehmenspolitik des früheren Schiffbauunternehmens finanziert. Das Wort vom "VEB Vulkan" macht in Bremen die Runde. Der Bremer Vulkan will sich mit diesem Zukauf erweiterte Optionen im maritimen und umwelt- wie auch im militärtechnologischen Sektor erschließen. Sowohl Krupp Atlas als auch die Vulkan-Tochter Systemtechnik Nord (STN) haben sich in den vergangenen Jahren bemüht, in zivile Märkte einzusteigen: In den Bereichen der Prozeßleittechnik sowie im Bereich der Mess-, Steuer- und Regeltechniken für die

Abwasser vermeiden, für Verkehrsleitsysteme, für Simulationstechniken, die Kanalsanierung und andere Projekte arbeiten KAE und die STN schon seit geraumer Zeit eng zusammen. Hier sind sicher positive Synergieeffekte zu erwarten, gleichzeitig jedoch werden auch Arbeitsplatzverluste befürchtet.

Der Bremer Vulkan und Krupp Atlas Elektronik sind die beiden größten bremischen Rüstungsproduzenten. Nach Angaben der BAW-Studie sind im Schiffbau des Bremer Vulkan fast 500 Arbeitsplätze und bei seiner Tochtergesellschaft STN in Bremen etwa 800 Arbeitsplätze rüstungsabhängig. Bei Krupp Atlas Elektronik beträgt die Rüstungsabhängigkeit aktuell 50 Prozent; in Bremen sind es also 1.700 Arbeitsplätze. Neben diesen insgesamt 3.000 direkt abhängigen Arbeitsplätzen sind bei den Vorlieferbetrieben nach volkswirtschaftlichen Berechnungen weitere 1.500 bis 3.000 Arbeitsplätze von den Rüstungsaufträgen für diese beiden bremischen Großunternehmen abhängig. Damit wären insgesamt 42 Prozent aller Rüstungsabhängigen Arbeitsplätze im Land Bremen unter dem Dach der Vulkan-Gruppe konzentriert!

Wie janusköpfig sich die Möglichkeiten der Konversion darstellen und wie sehr sich die Unternehmen alle Optionen offen halten, zeigt ebenfalls der Bremer Vulkan, der bei einem solchen Rüstungsanteil nicht nur auf die zivile Produktion setzt. Vulkan-Vorstandsmitglied Werner Schwarz erwartet ab 1995 neue Aufgaben für die deutsche Marine. "Der Vulkan", so Schwarz in einem Interview der Zeitschrift "Wehrtechnik" vom April dieses Jahres, "ist vorbereitet." Und weiter formulierte er hoffnungsvoll: "Trotz der Ost-West-Entspannung ist die Marine bisher am wenigsten von Abrüstung betroffen. Das gilt nicht nur für die deutsche Marine. Im Export ist davon überhaupt noch nichts zu spüren."¹³

Ein Technologiekonzern, wie er nun beim Bremer Vulkan entsteht, hat sicher auch gute Chancen, sich auf einem neu strukturierenden Rüstungsproduktionsmarkt zu bewähren. Der Golf-Krieg hat gezeigt, wohin die Reise geht. Die Systemtechnik Nord investiert laut Geschäftsbericht weiter in die Marineteknik. Wie Vorstandsmitglied Schwarz andeutet, ist das Unternehmen nicht nur für neue Bundeswehraufträge, sondern auch für den Rüstungsexport vorbereitet. Rüstungskonversion wird eine

politische Aufgabe bleiben, bei der von den Unternehmen nichts zu erwarten ist, bevor die Beschaffungsaufträge der Regierungen nicht wirklich zurückgeschraubt werden.

1 Wenn hier und im weiteren von der Bundesrepublik Deutschland die Rede ist, sind auf Grund der verfügbaren Daten immer nur die alten Bundesländer gemeint.

2 Vgl. SIPRI, West European Arms Production. Structural Changes in the New Political Environment, Stockholm, Oct. 1990, S. 2

3 Manfred Kiy und Klaus Lötze (1990): Verteidigungsausgaben der Bundesrepublik und volkswirtschaftliche Auswirkungen vermindelter Rüstungsausgaben; in: RWI-Mitteilungen 4, S. 331-361; im weiteren zitiert als RWI-Studie. Jörg Huffschmid und Werner Voss (1991): Militärische Beschaffungen - Waffenhandel - Rüstungskonversion in der EG, Bremen; im weiteren zitiert als PIW-Studie. Wolfgang Gerstenberger u.a. (1991): Die Bedeutung der Produktion von Wehrgütern in der BR Deutschland, in: IFO-Schnelldienst 20, S. 3-11; im weiteren zitiert als IFO-Studie.

4 Eigene Berechnung nach Angaben der PIW-Studie, S. 11

5 BDI (1991): Memorandum zur Situation der deutschen wehrtechnischen Industrie, Köln

6 BAW (1990): Zur Rüstungsabhängigkeit des Landes Bremen: Analyse und wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen; in: BAW-Monatsbericht 3+4.

7 Eine Studie über die "Rüstungsindustrie und Rüstungskonversion in der Region München" haben B. J. Huck u.a. (Frankfurt / New York 1990) vorgelegt.

8 Wolfram Elsner und Gerhard Voss (1991): Bericht zu den Abrüstungsfolgen für das Land Bremen und zu den Handlungsmöglichkeiten; in: Regionalwissenschaftliche Studien des BAW, Band 9, Bremen; im weiteren zitiert als BAW-Studie.

9 Die Auswirkungen auf den Flugzeugbau wurden hierbei vernachlässigt, weil durch die boomende Airbusproduktion ein Ausgleich für den Wegfall des Jäger '90 erwartet wird. Dieses Vorgehen ist nicht nur methodisch etwas zweifelhaft, weil dadurch die Reduzierung des Beschäftigungsvolumens nicht korrekt abgebildet wird. Darüber hinaus widerspricht es auch den Angaben der "Deutschen Airbus", einer Tochter der DASA, die beim Ausbleiben des Jäger '90 eine Betroffenheit von 450 Beschäftigten konstatiert (BAW-Studie, S. 45).

10 Unter Einbeziehung der erwarteten Truppenreduzierungen und ihrer direkten und indirekten Effekte kommt die BAW-Studie (S. 98) zu dem Gesamtergebnis, daß aus den geplanten Reduzierungen und Umstrukturierungen im Verteidigungshaushalt bis 1996 für das Land Bremen ein negativer Beschäftigungseffekt von - je nach Szenario - 5.100 bis 10.150 Arbeitsplätzen resultieren würde.

11 Deutsche Bank AG (1991): Wohin geht die Frie-
densdividende?; Frankfurt/Main

12 Vgl. hierzu Ursula Richter und Manfred Zitzelsberger (1989): Vom Tornado in die Umwelttechnik; in: Die Mitbestimmung 12, S. 713 ff.

13 Vgl. Wehrtechnik, April 1991

Offener Brief an Detlev Albers

Lieber Detlev,

Deinen Beitrag "Totes und Lebendiges im Erfurter Programm", den Du für die Friedrich-Ebert-Stiftung und ihre Tagung am 15./16. Oktober geschrieben hast (Abgedruckt in spw 62, Nov./Dez. 1991; Anm.d.Redaktion), habe ich mit großem Interesse gelesen. Deine Hinwendung zur Bernsteinschen "Molekularität linker Anstrengungen" finde ich für uns alle längst überfällig. Dennoch glaube ich, daß das historische Datum, in dem Du und viele andere MarxistInnen Prinzipien der Revision anempfehlst, also das Datum des Zusammenfalls poststalinistischer Machtstrukturen, eine übersteigerte Dynamik gegen Nachdenklichkeit produziert. Das sozialistische Kind würde so mit dem stalinistischen Bade ausgeschüttet.

Ich beziehe mich auf Dein schriftlich vorgelegtes Manuskript. Auf Seite 3 führst Du im 3. Absatz das Verhältnis der "Prinzipien" zur "tages- und gegenwartsbezogenen Zielsetzung" aus. Und Du fährst fort: "Aber die SPD kann sich etwas darauf zugutehalten, allen Konjunkturen und Wendungen des Zeitgeistes zum Trotz verstanden zu haben, daß beides zusammen erst eine "Programmpartei" ausmacht. Und: daß Zusammenhalt "über den Tag hinaus" anders nicht zu haben ist". Ich halte das für zu abstrakt und zu theoretisch. Sicherlich hat die SPD (im Unterschied zu den Parteien der 3. Internationale) eine Pluralität marxischer und reformistischer bis liberaler Standpunkte mehr oder weniger über die Runden gebracht. Und sicherlich gibt es eine Rücksichtnahme der Rechten auf die Linken, aber noch viel mehr: der Linken auf die Rechten in der Partei. Wenn Du das im programmatischen Feld meinst, so beschreibst Du hier realistisch die Ursache, warum es die Sozialdemokratie als linke Kraft in der Welt noch gibt, aber die kommunistischen Parteien eigentlich nicht mehr.

Du fährst dann fort, das "Aktionsprogramm" als "gegenwartsbezogenem Forderungskatalog" auch in der praktischen Realisierung zu bewerten ("zugleich notwendig und machbar"). Müssen wir aber hier nicht gerade feststellen, daß die "Prinzipien" auf dem Weg zur "Machbarkeit" Wesentliches in den meisten Fällen unserer Parteigeschichte eingebüßt haben? Und findet dieses Einbüßen wirklich nur auf dem Wege vom Aktionsprogramm in die Praxis oder nicht schon bei der Übersetzung der Prinzipien ins Aktionsprogramm statt?

Wenig später setzt Du dann die aufgezeigten "Prinzipien von Erfurt" mit der "demokratischen Methode des politischen Kampfs" in Verbindung und setzt sie gegenüber Lenin ab, der dies als "Demokratismus" abkanzelte: "Die Relativierung und notfalls die Aufhebung des demokratischen Prinzip zugunsten vermeintlich höherrangiger revolutionärer Zielvorgaben - das war und blieb der SPD fremd, und sei es um den Preis bitterster Unterdrückung" (Seite 4, Absatz 2).

Nehmen wir also Demokratie nicht nur als Mittel, sondern auch als Zweck unserer Prinzipien und unseres Aktionsprogramms. Recht hast Du, wenn Du die Errungenschaften der SPD dann gegen die kruden KP-Autokratismen der Dritten Welt (vom Rußland vor 1917 über China bis Nordkorea) abgrenzt. Aber Unrecht hättest Du, die undemokratischen Machenschaften unserer Partei oder die "Aufhebung des demokratischen Prinzips", wie Du es formulierst, vergessen zu machen, wenn es darum ging, prokapitalistische Orientierung in der Partei durchzutricksen. Sicher (so weit tautologisch auch richtig) hat die SPD die Demokratie nie ausgehebelt "zugunsten vermeintlich höherrangiger revolutionärer Zielvorgaben", wie Du es formulierst. Aber stimmt dies auch für konterrevolutionäre "Zielvorgaben"? Von 1914 über die Säuberungskampagne in Gewerkschaft und Partei nach dem Krieg bis zur Absetzung eines gewissen Juso-Bundesvorsitzenden? Kleinigkeiten im Vergleich zu den stali-

nistischen Verbrechen, wirst Du sagen. Richtig. Im Vergleich dazu! Aber waren es auch Kleinigkeiten bei der Einübung einer neuen Demokratie für den Westen? (Sich mit der stalinistischen armen Welt an Demokratie-Standards zu messen macht für mich wenig Sinn.) Anders herum: Darf eine linke Partei ungestraft undemokratisch zentralistische Strukturen beibehalten, wenn sie in einer so reichen, optionsgeladenen "offenen Gesellschaft" (der deskriptive Popper hat ja recht) praktiziert? Zwar umweht die SPD ein Hauch von "repressiver Toleranz und Pluralität" (nach H. Marcuse) gegen links, aber ihre Macher hängen am hochgeschossenen Stamm eines nicht demokratischen, nicht öffentlichen Zentralismus, bei dem Glotz die Behäbigkeit des Tankers sieht.

Und welche Verbindung haben die zentralistischen Strukturen, deren Wachsen und hegemoniale Hierarchie mit der jeweils aktuellen Kapitalverwertungslogik korrespondiert, zu den Strukturen der zivilen Gesellschaft, in die sie ja hineinwerfen möchte? Und zu den Strukturen der weltpolitischen Kasten? Ich will es ganz konkret und praktisch zuspitzen: Solange wir unsere führenden Funktionäre nicht kontrollieren können, solche Polit-Expertokraten mit prokapitalistischer Demagogie und Dogmatik, mit softer Eierei in den Fragen von Krieg und Frieden (bis zu den Golf-Bellizisten) und bloßen Sonntagsreden in den Fragen der Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen, nicht austauschen können, laden wir zunehmend weniger Menschen ein, an den innersozialdemokratischen Prozessen teilzuhaben. Andersherum: Wenn wir diese Strukturen nicht von links demokratisieren (d.h. Demokratisierung von Herrschaftswissen, Parteistrukturen u.ä.), wie sollen wir dann ein Konzept entwickeln, indem die Menschen dieser Erde sich in ihre eigenen Angelegenheiten einmischen können? Jedenfalls bleibt das Instrumentarium der Sozialdemokratie ihnen "undemokratisch-zentralistisch" verschlossen, zumindest solange sie etwas antikapitalistisches erreichen wollen. Ich weise deswegen auf diesen Wider-

spruch hin, weil ich glaube, daß schon bei dem Übergang von den "Prinzipien" zum "Aktionsprogramm", von dem Du sprichst, ein Antagonismus lag. Die hehren Prinzipien sind oftmals nur die Garnierung einer entgegengesetzten gesellschaftlichen Aktion und Praxis. Ein Mehr an Demokratie oder ein Konzept, Demokratie global zu verwirklichen und zwar als partizipative Pluralität verschiedener Kulturen und Lebensweisen gegen die immer monolithischer werdende Kapitalverwertungslogik anstelle eines "repressiven Pluralismus" hat die SPD bislang weder in der sozialistischen Internationale eingeführt, noch in der eigenen Partei zur Perspektive erhoben.

Mit Recht führst Du aus dem Erfurter Programm Zitate wie "Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege" an. Nur: Wem gegenüber ist dieses Schiedsgericht verantwortlich? Wo ist die demokratische Partizipation der Völker daran? Wie sieht heute die Reform der UNO, des Internationalen Währungsfonds (der heute noch nach dem Prinzip "one Dollar - one vote", aber nicht "one man - one vote" funktioniert) denn konkret aus? Welche Stellung hat die SPD eingenommen, eine partizipative Demokratie, und das heißt eben auch immer eine Demokratisierung der Kenntnisse um die Weltwirtschaft, praktisch vom "Hierzulande aus" umzusetzen?

Zu Recht beschreibst Du das programmatische Hinterherhinken in der Frauen-Frage. Nun haben wir ja die Quote und Du schreibst, auch die "Erfurter Formulierungen könnten sich gleichwohl sehen lassen". Aber wie ist das mit der Welt-Frauen-Frage? Welche Chancen räumt die deutsche Sozialdemokratie den Frauen in Somalia, Brasilien ein, sich in ihre eigenen Angelegenheiten und die ihrer Kinder einzumischen? Und wo findet der tagtäglich programmatische Umsetzungskampf auf der Ebene eines "Aktionsprogramms" für diese "Prinzipien" statt?

Auf Seite 8 läßt Du dann eine Katze aus dem Sack, daß der "Erfurter Kompaß 'klassenlose Gesellschaft' nicht nur keine Orientierung, sondern, schlimmer noch, eine die Veränderungsenergie zersplitternde und deshalb kontraproduktive Fehlorientierung für die Grundfragen

der unmittelbar vor uns liegenden Zukunft liefern würde. Was uns das Erfurter Programm insoweit an Ratschlägen gibt, werden wir deshalb zu seinem toten Holz rechnen müssen". Und drei Absätze später: "Bis hin zu der Frage, ob das so entstehende Resultat überhaupt noch marxistisch zu nennen sei" (Seite 8, Seite 9, 2. Absatz).

Um auch meine Katze hier aus dem Sack zu lassen, was Dich wundert wird: ich unterstelle Dir, unbemerkt zu sehr auf dem Boden des "alten Marxismus" zu stehen, der methodisch und praktisch die Demokratie in der Partei von der Demokratie in der Gesellschaft und die wiederum von der Demokratie in der Wirtschaft unterscheidet. Wenn aber die innerparteiliche Demokratie, das Mitnehmen möglichst vieler Mitwisser in das Projekt einer Demokratisierung der Weltwirtschaft bedeutet, die Überwindung der "Subalternität der Untertanen" also einschließt, wie soll dann die Perspektive der demokratischsten Gesellschaft, nämlich der klassenlosen, das Tempo der Reformanstrengungen hier und heute verlangsamen, zersplittern etc.?

Die "Lektion einer globalen Sicht", die gerade Du uns SPD-MarxistInnen jahrelang eingebläut hast, ist diese Lektion nicht auch auf das Erfurter Programm und unsere marxistischen Essentials anzuwenden? Hat Marx jemals zugestanden, daß der Gedanke des Sozialismus abseits des "Proletarier aller Länder" gedacht werden darf? Etwa als "Sozialismus in einem Land" - sei es nun Rußland oder Schweden?

Nun zitiert Du aber einen Satz aus dem Erfurter Programm, von dem Du empfiehlst, "definitiv Abschied zu nehmen": "Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des kleinen Betriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet". Ich will mich hier nicht auf die zwischen Kautsky und Bernstein betriebene Kontroverse von Betriebsstatistik einlassen. Ich frage nur: Ist dies nicht eine Entwicklung, die international real vorherrscht? Ist die hier beschriebene Proletarisierung nicht exakt der Vorgang, den der Internationale Währungsfond in den ärmeren Ländern praktiziert: Verschuldung der kleineren nicht-hegemonialen

Betriebsstätten mit staatlichen Sicherheitsgarantien und in der zweiten Phase Verschuldung des Staats mit anschließendem Diktat auf Kürzung aller Sozialausgaben (Baker-Plan). Wenn wir die Matrix nur weiter spannen, als es die alten Marxisten nationalstaatlich getan haben, ist da nicht auch die Frage zu beantworten, die Du zwei Absätze später aufwirfst: "Sollen nun sämtliche Produktionsmittel ... oder nur die kapitalistischen Großbetriebe - und ab wann beginnen diese? - in Gemeineigentum überführt werden ...?"

Der alte Marxismus kannte die Finanztechniken des modernen Weltkapitalismus allenfalls in Ansätzen. Die Tendenz, einerseits weltweit die Akkumulation des Kapitals im "Erfurter Sinne" weiterzutreiben (hier reicht weder eine betriebswirtschaftliche noch eine nationalstaatlich enge Einschätzung für die begriffliche Erfassung von Proletarisierung und Akkumulation) konzentriert einerseits die ökonomische Macht, korrespondiert aber andererseits mit einer Dezentralisierung, die die somit weltweit operierenden Monopole in Form ihrer dezentralen Profit-Center vornehmen. Somit wird die Weltwirtschaft immer zentraler und undemokratischer, aber die Sichtweisen dieser sich ständig steigernden Macht (regionale Profit-Center) immer segmentierter, atomisierter und bornierter.

In Japan ist unter Rückgriff auf die patrionale Familientradition eine andere "flexible Arbeitszeitgestaltung" möglich, als in Deutschland - aber Konkurrenz macht erfinderisch. Unter diesem Druck und mit diesen Optionen für die Kapitalverwertungslogik erreichte Modernisierung, kann doch dann schlecht eo ipso unsere "Modernisierung" sein. Darum gehe ich mit einiger Skepsis an folgenden Satz von Dir, "daß Gesellschaften ohne einen hinreichenden Anteil privaten Wirtschaftens, der auch dann zu schützen ist, wenn er dauerhaft eine eigene Unternehmerschicht etabliert, hoffnungslos im allen Ländern abverlangten Modernisierungsprozeß zurückbleiben." In der Allgemeinheit hast Du sicher Recht. Aber, mit Detlev Albers, möchte ich in Bezug auf den "hinreichenden Anteil privaten Wirtschaftens" fragen: "Ab wann beginnen diese?" (Seite 6, 2. Absatz). Auch Du hast die hegemoniale Grenzziehung privaten Wirtschaftens unter der

menschheitsverträgliches Privatwirtschaften möglich und über der ein additiver Selbstmord der Gattung betrieben wird, nicht beantwortet. Ergo ist auch der Begriff der Modernisierung insofern schematisch und ohne Klassenprägung, als die Modernisierung unserer Bremsen dem im obigen Zitat von Dir beschriebenen Begriff entfällt.

Wenn ich also die vielerorts heute als unumstößliche Wahrheit verkündete Erkenntnis, die Privatwirtschaft berge das notwendige Überlebensregularium, bezweifle, möchte ich gleichzeitig noch ein weiteres Plädoyer für die Demokratisierung liefern, welches genau auf die Nahtstelle der von Gramsci reklamierten Verbindung der kulturellen mit der ökonomischen Hegemonie- und Reformperspektive zielt. Wie denn ist das Ausbremsen und Schrumpfen, etwa im Energieumwandlungsbereich, möglich, wenn es nicht in den Konsumentenköpfen und -herzen und damit mehrheitlich partizipativ geschieht? Wie aber soll Demokratie in den Köpfen sich erfolgsversprechend gestalten, wenn die Instrumentarien der eigenen Schicksalsgestaltung im wirtschaftlichen Bereich durch privatwirtschaftliche Eigentümertitel ausgeklammert bleiben? Wie kann ich also kulturell Menschen zur Anteilnahme an ihren eigenen Angelegenheiten und Zukunftsgestaltungen auffordern, wenn sie keine Instrumente dazu in Staat und Gesellschaft (d. h. Weltstaat und Weltgesellschaft) vorfinden? Hier reicht mir nicht aus, was Du vom Club of Rome zitiert, nämlich der "radikale Wandel in den Denk- und Argumentationsweisen". Die "Denk- und Argumentationsweisen" werden sich allenfalls als spielerische Seifenblasen oberer Mittelschichteliten radikalieren, wenn den Unteren, auch den Modernisierungsverlierern (!) - bei uns und weltweit - keine praktischen Instrumente und Interventionsmöglichkeiten eröffnet werden. Hierfür ist mir der Aufruf von Erfurt an die "Arbeiter aller Kulturländer ... gleichmäßig am Werk der Befreiung ..." (Hervorh.d.d.Verf.) zu wenig. Was ist das eigentlich, Kulturländer? Der Begriff der "Proletarier aller Länder" im Antagonismus zum weltweiten Akkumulationsprozeß des Kapitals hingegen schließt die Frage nach dem historischen Subjekt der Demokratisierung angemessener ein.

Ich denke, daß auch Deine Beerdigung

der "weltweit klassenlosen kommunistischen Gesellschaft" dogmatischer Verkürzung Vorschub leistet. Du schreibst: "Die Realisierung eines solchen Zustands ist derart weit im unerkennbaren Nebel der Zukunft verborgen, der Zwang zu einschneidenden, revolutionären Veränderungen in Gesellschaft und Lebensweise der heute erst 5 1/2 Milliarden zählenden Menschheit aber presiert derart, daß wir den Kampf um die Rettung des Planeten längst vorher gewonnen haben müssen... der Kompaß "klassenlose Gesellschaft" nicht nur keine Orientierung, sondern, schlimmer noch eine die Veränderungsenergien zersplitternde und deshalb kontraproduktive Fehlorientierung...". So sehr aber, wie die "klassenlose Gesellschaft" nur die Negation der Negation der heutigen Ausbeutungs- und "Bankrotteurswirtschaft" (Max Weber) darstellt, würde die Aufgabe der "klassenlosen Gesellschaft" ergo die Preisgabe des Klassenbegriffs und damit der wissenschaftlich materiellen Grundlage einer Perspektive von Wirtschaftsdemokratisierung bedeuten. Es ist ein nicht schematisch und mechanisch auseinanderzureißendes Gesamtkonstrukt, die heutige Weltklassengesellschaft zu bekämpfen, und zwar auf der Linie ihrer Aufhebung. Wer die Aufhebung der Klassenantagonismen als treibende Faktoren der heutigen Zerstörungs- und Akkumulationsdynamik auf diesem Globus negiert, negiert Erkenntnisse von der Klassengesellschaft selbst. Ich meine: der globalen!

Abgesehen davon, daß der Kampf um die klassenlose Gesellschaft auch kurzfristig reformerische Ergebnisse in der Klassengesellschaft zeitigt, liefert die Perspektive von der schreienden Ungerechtigkeit der heutigen Gesellschaftsverhältnisse hin zur Assoziation freier Menschen, wie sie das kommunistischen Manifest beschreibt, neue Energien zur Rettung des übriggebliebenen Überlebensrepertoires und "zersplittert" sie nicht. Allerdings (und hier wird vielleicht mit dem "alten Albers" ein Schuh draus): nur wenn die Analyse der Klassengesellschaft und die Perspektive der klassenlosen Gesellschaft für die Proletarier aller Länder auf diesem Globus definiert wird und sich der nationalstaatlichen Borniertheiten entledigt.

Insofern rate ich dazu, die Aussagen unserer Klassiker auf die von ihnen selbst

hypostasierte Matrix hin zu dechiffrieren. Sowohl die Verelendungstheorie, als auch die Erkenntnisse der "Kritik der politischen Ökonomie" in den "Grundrissen", sowohl das Erfurter Programm, als auch unser Berliner Grundsatzprogramm müssen die Demokratisierung der Wirtschaft als Demokratisierung der Weltwirtschaft, also als Regularien zwischen den bestehenden Klassen und Völkern auf diesem Planeten begreifen, um von der realistischen Weltansicht zu einer realistischen Rettungsstrategie zu gelangen. Wer die Klassenanalyse als die Analyse der Besitzverhältnisse dabei ausblenden möchte und ergo dann nicht mehr zum Gegenstand der somit philosophisch geänderten Praxis macht, der gibt wichtiges perspektivisches Rettungspotential und entscheidende Energien preis. In sofern wäre es schon selbstmörderisch, auf das Analysepotential des Marxismus und die Perspektive der Überwindung der weltweiten Klassenverhältnisse zu verzichten. Dabei ist Demokratie in ihrer radikalsten, weltumfassendsten Perspektive unser Kompaß. Auch in der eigenen Partei setzen wir antikapitalistische Demokratisierung gegen den Parteinormanismus, der die Tendenz hat, verbindliche Strukturen, Resistenzen und Mitgliedschaften a la "Democratic Party" aufzuheben. Demokratie und Gestaltungswille, global wie "vor Ort", hat vom Marxismus noch einiges Kreative zu erwarten.

Lieber Detlev, als Bohrer an den dicksten Stellen dicker Bretter kenne ich Dich. Du hast eine fast fanatische Vorliebe dafür. Die Re-Novierung des Marxismus, also die schöpferische "Rückführung" auf die internationale Matrix, ist das notwendigermaßen dickste Brett, das die MarxistInnen jemals vor sich liegen hatten. Und nun, da die Sowjetunion und die KP-Bewegungen tot sind, rettet uns auch kein höheres Wesen, das müssen wir schon selber tun. Wir? Wir 843 MarxistInnen in der SPD ... (oder sind noch zwei dazu gekommen, seit der Drucklegung)? Zumindest wir!

Mit herzlichem Gruß

Dein Diether Dehm

Bitte um Beachtung schweigender Bedürfnisse und stummer Opfer

Erläuterungen zum "Ackerrand-Theorem" und Replik zur Kritik von Ralf Krämer

von Karl Hermann Tjaden*

Ich danke Ralf Krämer für seine Kritik (spw 61 - 5/1991) meines Textes über eine Politische Ökonomie der Stoff- und Energieströme (spw 57 - 1/1991), da sie mir Gelegenheit gibt, einigen Schwierigkeiten meines Textes und einigen Fehleinschätzungen seines Kritikers entgegenzuwirken.

Die ersten zweieinhalb Seiten der Kritik gelten meiner Konzeption der "subsistenzuellen Effizienz" einer Volkswirtschaft. Damit ist eine Effizienz gemeint, die die insgesamt in einer Gesellschaft geleistete Arbeit kennzeichnet, sofern die Gestaltung dieser Arbeit nicht bloß in sich wirkungsvoll ist, sondern auch den Begabungen der menschlichen Lebewesen und der außermenschlichen Natur Rechnung trägt und schließlich auch wesentlich auf die Befriedigung der Unterhaltsbedürfnisse dieser "Naturgrundlagen" und des sächlichen Reichtums der Gesellschaft zugeschnitten ist. "Subsistenz" nämlich bezeichnet einerseits die Eigenschaft, durch sich selber und so mittels seiner eigenen Fähigkeiten (und nicht z. B. nur vermittelt Warenproduktion und Warenkonsum) zu existieren, was grundsätzlich für die menschlichen Lebewesen wie für die außermenschliche Biosphäre gilt. "Subsistenz" ist andererseits der erforderliche, also der um das Überflüssige gekürzte Unterhalt von etwas. Wenn eine Volkswirtschaft gesamtwirtschaftlich effektiv und außerdem so verfaßt ist, daß sie grundlegende Eigenleistungen der Bevölkerung und des Naturhaushalts (z. B. selbständige Gesundheitsvorsorge, eigenständige Erneuerung der Bo-

Dr. phil. Karl Hermann Tjaden, Universitätsprofessor für Politische Ökonomie und Wirtschaftssoziologie an der Gesamthochschule Kassel



China. Titel. Foto: Stephan Hoppe

denfruchtbarkeit) beachtet und sich auf den für diese beiden Momente erforderlichen Unterhalt (insbesondere Befriedigung der verschiedenen Grundbedürfnisse) sowie auf die Erneuerung der erforderlichen Sachmittel ausrichtet, nenne ich das eine (in diesem zweifachen Wortsinn) subsistenzuelle effiziente Ökonomie. Wir wissen, daß es in bestimmten Vorklassengesellschaften so etwas näherungsweise gegeben hat. Die diesbezügliche Kritik Krämers richtet "sich gegen jeden vorgeblich objektiven oder gar monetarisierten Wohlfahrtsindikator"; dies insoweit völlig zu Recht, als er hier eine vereinheitlichende Meßziffer gesellschaftlicher Wohlfahrt unterstellt. So etwas liegt allerdings überhaupt nicht in meiner Absicht. Ich habe deutlich ausgedrückt, daß "subsistenzuelle Effizienz" im einzelnen das Eigenschaftsbündel einer Wirtschaftsweise bezeichnet, die (1) mit der Arbeit der Gesamtgesellschaft sparsamst umgeht, (2) nur ein für die vorgesehenen Verwendungen potentiell nützliches Gebrauchswert-Endprodukt erzeugt, (3) die Produktionsfaktoren schonend beansprucht und die vorhandenen menschlichen, natürlichen und sächlichen Ver-

mögen maßvoll nutzt sowie (4) die aktuellen Wirkungen der bereitgestellten Gebrauchswerte für die angemessene Befriedigung von Unterhaltsbedürfnissen beachtet, wobei mögliche menschliche und naturseitige "Eigenbeiträge" zu beachten sind. (Beispiel für Letzteres: Ausnutzung der Sonneneinstrahlung zwecks Minimierung des technischen Restwärmebedarfs bei der Raumwärmeversorgung). Offenbar sind hier quantitative und qualitative Kriterien miteinander verbunden, so daß von einem "gar monetarisierten Wohlfahrtsindikator" nicht die Rede sein kann. Daß Krämer dies nicht bemerkt hat, hängt offenbar mit seiner Abneigung gegen den Begriff des Unterhaltsbedürfnisses zusammen, den er zu "Bedürfnis" schlechthin verkürzt und auf (verbal oder nonverbal) artikulationsfähige Lebewesen beschränken möchte. Ich empfehle die Lektüre landschaftsökologischer bzw. agrar- und forstwissenschaftlicher Schriften, um nachzuvollziehen zu lernen, welcher Mittel eine naturnahe Landschaft oder ein landwirtschaftlicher Boden oder ein Schutzwald zur Befriedigung ihrer Unterhaltsbedürfnisse bedürfen. Daß Sach-

vermögen wie z. B. die Eisenbahn Bedarf an Unterhalt hat, wird sogar jedem Autofan einleuchten. Ich verkenne nicht, daß hier Zielkonflikte vorhanden sind (weswegen eine Ökonomie der substanzialen Effizienz auch nur als politische, und zwar demokratische Ökonomie organisiert werden kann), und schlage daher als obersten Wert den anständigen Lebensunterhalt aller Menschen sowie die Erhaltung aller heute noch vorhandenen Arten der Fauna und der Flora vor. Dieses Sichkümmern um die Erhaltung gerade auch derjenigen Menschengruppen sowie solcher Tier- und Pflanzenarten, die ihre Bedürfnisse nicht oder nicht genügend äußern können, ist konkreter als Krämers abstraktes Ziel eines "höchsten Produktivkraftniveaus" (ich bitte um gelegentliche Präzisierung dieses Konzepts). Und es heißt sich keineswegs notwendig mit der Sorge um "Essen, Wohnung und Kleidung" des Restes der Welt, wie sich an bestimmten vorkapitalistischen Gesellschaften zeigen läßt und wie moderne Theorien wie z. B. die des Ecodevelopment betonen.

Entwicklungsgeschichte der Schwerter und Pflugscharen

Der zweite Teil der Kritik von Ralf Krämer bezieht sich auf meine Idee der "Gewalttätigkeit" als eines Grundzuges der antagonistischen (nicht aller) Klassengesellschaften in der Entwicklungslinie zum modernen Kapitalismus und darüber hinaus. Es handelt sich um eine Gewalttätigkeit von Menschen gegenüber anderen Menschen und gegenüber der außermenschlichen Natur, die mit einer schrittweisen Steigerung des gesellschaftlichen Stoff- und Energieumsatzes um eines Mehrprodukts willen verbunden ist. Ein Blick in die Sozialgeschichte, in die Umweltgeschichte, in die Entwicklungsgeschichte der Schwerter und Pflugscharen verschafft uns vielfältige Belege. Diese Gewalttätigkeit ist anscheinend historisch älter und jedenfalls systematisch etwas anderes als das wirtschaftliche Verhältnis der Ausbeutung einer Klasse durch eine andere Klasse und daher wohl dessen historische und systematische Grundlage. Es handelt sich daher nicht um eine Vermengung von gesellschaftlichen mit stofflichen, energetischen, anthropogenen und geobiogenen Momenten ge-

sellschaftlicher Produktion und Reproduktion, sondern um eine Ergänzung der sozioökonomischen Konzeption der Ausbeutung. Daß Marx die mit solcher Gewalttätigkeit einhergehenden Ausplünderungen menschlicher und natürlicher Vermögen theoretisch-systematisch im wesentlichen nur als ausnahmsweise Überausbeutung gefaßt hat, sagt nichts über den Sachverhalt und etwas über Marx aus.² Praktisch-historisch hat er einiges über die stummen Opfer - seien es Menschen, seien es Naturreichtümer - gewußt, die nicht nur die kapitalistische Profitproduktion genährt haben. Dabei geht es jedoch keineswegs nur um die völlige Vernichtung bestimmter menschlicher, natürlicher und sächlicher Produktionsgrundlagen, etwa durch destruktive Effekte von Surplusproduktion. Wesentlich ist auch die produktive Ausnutzung bei nur teilweisem oder fehlendem Unterhalt und daher allenfalls unzureichender Erneuerung (partielle Reproduktion i. S. v. Regeneration oder, im Fall nicht-erneuerbarer Ressourcen, Substitution) von menschlichen, natürlichen oder sächlichen Potentialen im Umkreis der formellen Produktionsfaktoren (z. B. des Arbeitsvermögens von Hausfrauen, des Wasserhaushalts bestimmter Gewerbegebiete, von Restleistungen stillgelegter Wirtschaftsgebäude) sowie des sonstigen anthropogenen und biogeogenen Substrats des ökonomischen Systems.

Das "Ackerrand-Theorem"

Beide Fälle, die Destruktivität der Produktion und die Defizienz der Reproduktion, können selbstverständlich verbunden auftreten. Das kann man beispielsweise anhand des Themas der biotischen Potentiale von Ackerrandstreifen studieren. Die insbesondere an Ackerrändern wachsenden wildlebenden Kräuter und Gräser bilden zusammen mit den von ihnen lebenden pflanzenfressenden Insekten und Vögeln ein für die agrarische Produktion wesentliches Potentialelement (z. B. als Bedingung biologischen Pflanzenschutzes), das jedoch in der neueren Landwirtschaftsentwicklung als typisches "freies Gut" nicht nur keiner systematischen Reproduktion unterlag, sondern durch die Modernisierung der Pflanzenproduktion selber, beispielsweise mittels Pestizideinsatzes, vielfach destruiert worden ist (um freilich in aktuellen Sub-

Vorankündigung:

Nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus: Internationaler Kapitalismus und neue Weltordnung

Gemeinsame Tagung von IMSF e.V., Frankfurt/M.; Redaktion »sozialismus«, Hamburg; Redaktion »utopie kreativ«, Berlin; Redaktion »Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung«, Frankfurt/M.

Frankfurt / Main
14. / 15. März 1992

Haus der Jugend, Deutschherrufer.
Anmeldung erforderlich. Tagungsbeitrag 25,-/15,- DM. Übernachtungsmöglichkeit im Haus der Jugend.

Tagungsprogramm

I. Die Linke nach dem Zusammenbruch des Sozialismus - neue Bezugspunkte sozialistischen Denkens.
Vortrag und Diskussion

II. Internationaler Kapitalismus und neue Weltordnung - linke Analysen und Alternativen
Vier Themenrunden mit Einleitungsstatements und Diskussion:

1. Die »one world« des Kapitals: unilateral oder konsortial?
2. Hegemonialmacht Deutschland?
3. Was wird aus Osteuropa und der ehemaligen UdSSR?
4. Nord-Süd: Vom Gegensatz zum Dauerkonflikt?

Endgültiges Programm wird zugesandt. Tagungsbeitrag bitte an das IMSF e.V. überweisen: Konto-Nr. 1070 660 600, Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt/M., BLZ 500 101 11.

Weitere Informationen und Anmeldung bei: IMSF e.V., Kölner Str. 66, 6000 Frankfurt/M. 1, Tel. 069/739 29 34

Podium Progressiv

Andreas Malycha/
Wladislaw Hedeler
Die Stalinisierung
der SED
100 S., Br., DM 9.-

Peter Bierl
Rosa Luxemburg -
Die rote Demokratie
112 S., Br., DM 9.-

Richard Schwarz
Aspekte einer neuen
Machttheorie.
Michel Foucault
44 S., Br., DM 4.-

Sebastian Reinfeldt
Rassismus:
Die unsichtbare Gewalt
3. erweiterte Auflage
128 S., Br. DM 9.-

Manon Tuckfeld/
Jens Christian Müller
Kritik der Theorie eines
ökologischen Kapitalismus
2. Auflage
72 S., Br., DM 5.-

Richard Albrecht
Das utopische Paradigma:
Eine futuristische
Perspektive
ca. 100 S., Br., ca. DM 9.-

Fordern Sie unser
Gesamtverzeichnis an!

PDS/Linke Liste
Postfach 3346, 6500 Mainz

ventionsprogrammen zur Bioprospektion wieder reaktiviert zu werden). Die Ackerrandkräuter sind ein Paradigma dafür, daß die wertfetischistische Warenproduktion viele menschliche und natürliche "Rand"-Vermögen gratis nutzt und sich daher auch nicht oder nur unzureichend um ihren Unterhalt kümmert und daß diese Vermögen zudem durch die Effekte der Produktion selber häufig beschädigt oder zerstört werden. Dieses komplexe Problem kann an vielen Beispielen historisch-empirisch untersucht werden.³

Wesentlich scheint mir die Überlegung, daß auch die vorkapitalistischen antagonistischen Gesellschaften des altorientalisch-europäischen Entwicklungswegs, die ja andere Vorklassen- wie Klassengesellschaften unterdrückt und vernichtet haben, ebenfalls wesentlich auch von dieser sozusagen informellen Ausplünderung von Menschengruppen und Naturreichtümern, von Beschränkungen ihres Unterhalts sowie von ihrer surplusproduktiven Zerstörung "gelebt" und all dem ihren weltgeschichtlichen Aufstieg verdankt haben. Diese generelle These will ich einmal das gesellschaftstheoretische "Ackerrand-Theorem" nennen. Daß dies alles durch eine Serie ökonomischer Gesellschaftsformationen, durch eine schrittweise ökonomische Formierung von Gesellschaft überhaupt geprägt wurde, eine Aussage, die Krämer in meinem Aufsatz vermißt, möge man in meiner oben erwähnten Untersuchung nachlesen. Wichtiger ist sicherlich, daß diese Grundsachverhalte in eine erweiterte kritische Theorie der sozialen Kosten eingearbeitet gehören und in der gesellschaftspolitischen Diskussion breit erörtert werden sollten.

Ich glaube, Ralf Krämer hat ein bißchen Angst vor Gedanken, die sich nicht oder nicht so ohne weiteres quantitativ illustrieren lassen. Die Darstellung quantitativer Beziehungen setzt aber das Begreifen der zugrundeliegenden qualitativen Verhältnisse voraus. Beispielsweise würde ich nicht so viel Vertrauen in die Möglichkeit der Senkung des Stoff- und Energieumsatzes in der kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsweise setzen wie Ralf Krämer; jedenfalls solange nicht, wie die durch Extraprofite gesteuerte Konkurrenzwirtschaft zu weiterem Wachstum des Sozialprodukts bei hoher technischer Kapitalzusammensetzung drängt. "Trotz rationaler Verwendung höherer Stromverbrauch" heißt (wieder einmal) die neueste Meldung

aus der deutschen Elektrizitätswirtschaft, wobei sie noch, wie üblich, ihren besonders hohen Primärenergieverbrauch verschweigt. - Auch die Politik muß man erst einmal durchdenken, ehe man an seinen politischen Werkzeugkasten geht. Deswegen finde ich es, im Unterschied zu Krämer, nicht so schlimm, wenn ich in meinem Schlußteil erst einmal nur von den "Erfordernissen" einer vernünftigen Wirtschaftssteuerung gesprochen habe (nicht mehr und nicht weniger verspricht auch der entsprechende Zwischentitel). Ralf Krämer hat aber selbstverständlich recht, wenn er sagt, daß man darüber weiter nachdenken muß. Ich finde übrigens, daß man die Überlegungen, die Uwe Kremer im selben Heft der spw (61) über das Verhältnis entwickelter Länder, speziell Europas, zum unterentwickelten Weltteil geäußert hat, hierbei unbedingt einbeziehen muß.

¹ Vgl. hierzu die Sozialproduktkritik insbesondere von Ch. Leipert, Die heimlichen Kosten des Fortschritts, Frankfurt-M.: Fischer 1989; zur Begriffsbildung: K. H. Tjaden, Mensch, Gesellschaftsformation, Biosphäre, Über die gesellschaftliche Dialektik des Verhältnisses von Mensch und Natur, Marburg: Verl. Arbeitbewegung u. Gesellschaftswissenschaft 1990.

² Vgl. meinen Aufsatz: Wie sich Mensch und Natur in Marxens "Kapital" bemerkbar machen. In: 125 Jahre - DAS KAPITAL, Dialektik, Enzyklopädie, Zeitschr. f. Philosophie u. Wissenschaften, 1992, Heft 3

³ Vgl. neuerdings: D. Düe, Kaliwirtschaft und Kalipolitik, Ein Beitrag zum Problem der Evaluierung gesamtwirtschaftlicher Effekte einzelwirtschaftlicher Produktionstätigkeit, Kassel, Verl. Jenior & Preßler, 1992.

Der "rote Hugenberg"
Harald Wessel, Münzenbergs Ende,
Dietz-Verlag Berlin, 34,- DM

Die Verantwortung von Antifaschisten für repressive politische Strukturen in der früheren DDR hat zu einer Erschütterung des historischen Selbstverständnisses (nicht nur) der kommunistischen Linken geführt. Der Anspruch, das "bessere Deutschland" zu repräsentieren, scheint angesichts der stalinistischen Überformung des Antifaschismus blamiert. Eine Fülle von Neuerscheinungen beschäftigt sich daher mit Personen, die den Doppelwiderstand gegen Faschismus und Stalinismus verkörpert. In diesen politischen Kontext ist auch die Buchpublikation von Harald Wessel einzuordnen, der in Willi Münzenberg eine "Schlüsselfigur bei der Suche nach einer humanen und demokratischen Alternative zum stalinistisch deformierten Sozialismus" sieht.

Münzenbergs Medienkonzern

Willi Münzenberg ist vor allem durch seine Aktivitäten in der sozialistischen und kommunistischen Jugendbewegung sowie sein Wirken in der Weimarer Republik bekannt. Er sammelt die antimilitaristische Opposition in den Jugendorganisationen der Sozialdemokratie und gehört zu den Gründern der Kommunistischen Jugendinternationale. In den Jahren der Weimarer Republik gilt er als der "rote Hugenberg" und leitet den sog. "Münzenberg-Konzern", der um die von ihm initiierte Internationale Arbeiterhilfe (IAH) gruppiert ist. Als Mitglied des Zentralkomitees der KPD teilt er deren folgenschwere Fehleinschätzungen, wie z.B. die Sozialfaschismustheorie, und deren Kritiklosigkeit gegenüber der Sowjetunion. Gleichwohl bewahrt er sich immer ein Stück Unabhängigkeit vom Parteiapparat. Vom Verlagswesen über den Filmverleih bis zu den Arbeiterfotografen: Münzenberg ist immer an führender, organisierender Stelle dabei, wenn es um den "Kampf um die Köpfe und Herzen" der Menschen geht. Das bekannteste und erfolgreichste Produkt des "Münzenberg-Konzerns" dürfte die Arbeiter-illustrierte-Zeitung (AIZ) sein. Zahlreiche Verbindungen zu namhaften Wis-

senschaftlern und Künstlern, an die er später im Exil anknüpfen kann, sind die Folge dieser Vorfelddarbeit.

Volksfrontpolitik

Vor diesem Hintergrund hätte ich mir eine einbändige Gesamtbio-graphie gewünscht. Harald Wessel zeichnet jedoch nur die letzten Lebensjahre von Willi Münzenberg nach. Mit dem Sieg des Faschismus wird mit den Organisationen der Arbeiterbewegung auch Münzenbergs "Konzern" zerschlagen. Er geht ins französische Exil und ist maßgeblich am "Braunbuch" über den Reichstagsbrand und an der Kampagne zur Befreiung Dimitroffs beteiligt. Seine publizistische Aktivität setzt er u.a. durch die Gründung eines Exilverlags fort. Münzenberg verwirft die Sozialfaschismustheorie und nimmt durch offene Kontakte zu anderen Antifaschisten die Wende zur Volksfrontpolitik, die die Kommunistische Internationale auf ihrem VII. Weltkongreß 1935 vollzieht, vorweg. Paris wird zum Zentrum der Volksfrontbewegung im Exil, wie der Lutetia-Kreis mit dem Schriftsteller Heinrich Mann an der Spitze zeigt. Doch die Bemühungen um eine Volksfront werden 1936 durch den ersten der Moskauer Prozesse, den die KPD sofort billigt, konterkariert: "Mit den 16 zum Tode Verurteilten wurde auch der Geist der Volksfront füsiliert". Obwohl Münzenberg diesen Prozeß trotz leichter Zweifel noch rechtfertigt, bahnt sich sein Bruch mit der KPD an. Ein Jahr später wird Münzenberg von Ulbricht des Trotzkismus verdächtigt und 1938 - statutenwidrig - aus dem Zentralkomitee ausgeschlossen. Der Bruch ist jetzt nicht mehr aufzuhalten. Münzenberg kommt im März 1939 dem Parteiausschluß durch eigenen Austritt zuvor. In seiner Austrittserklärung wirft er der KPD die Fortsetzung der alten sektiererischen Politik vor. Sein Ziel ist die "Wiederherstellung der ungeteilten Einheit der Arbeiterbewegung", die ohne "kameradschaftliche Verständigung mit der Gesamtheit der Sozialdemokratischen Partei und ihren Gruppen" nicht zu reali-

sieren sei. Die neue Einheitspartei müsse "die innerparteiliche Demokratie sichern und sie muß vor allem unabhängig sein, unabhängig von der Bourgeoisie, unabhängig von ausländischen Mächten und so die Selbstbestimmung der deutschen Arbeiterbewegung garantieren". Ein solcher Rückbezug auf die "Grundprinzipien der klassischen Arbeiterbewegung" war jedoch im organisatorischen Rahmen der Kommunistischen Internationale nicht möglich.

Mysteriöser Tod

Mit dem Überfall auf Frankreich wird auch Münzenberg interniert. Er flieht vor den anrückenden deutschen Truppen. Am 17. Oktober 1940 wird in einem Wald eine stark verwesene Leiche gefunden, die als Willi Münzenberg identifiziert wird. Die Gendarmerie stellt als Todesursache Selbstmord fest. Auch Wessel hält den Selbstmord für wahrscheinlich. Doch dies bleibt auch 51 Jahre nach seinem Tod umstritten. Ein Teil der Historiker sieht Münzenberg als Opfer des Stalinschen Geheimdienstes. Eine endgültige Klärung über Münzenbergs Ende steht somit noch aus.

Ärgerlich ist die Einschätzung der "Februarkämpfe" 1934 in Österreich, die Wessel eher am Rande vornimmt. Diese waren keineswegs eine Eskalation von sozialpolitischen Streik-kämpfen, sondern sie wurden durch den bewaffneten Widerstand des Linzer Schutzbundes gegen die Waffensuche in Arbeiterheimen ausgelöst. Und es entspricht keineswegs dem politischen Kräfteverhältnis in der österreichischen Arbeiterbewegung, wenn Wessel unterschwellig eine führende Rolle der KPÖ suggeriert.

Im Vergleich zur breiten Darstellung der jeweiligen Intrigen des KPD-Apparats bleibt das publizistische und verlegerische Wirken von Münzenberg unterbelichtet. So wird sein 1937 erschienenes Buch "Propaganda als Waffe" zwar erwähnt, aber über dessen Inhalt erfährt der Leser nichts. Demgegenüber sind manche Passagen doch zu ausufernd; eine Straffung wäre hier wünschenswert gewesen. 120 Seiten Quellennachweise erleichtern nicht gerade die Lesefreundlichkeit einer Biographie.

Diese Mängel mindern jedoch nicht den Wert von Wessels Arbeit, der mit seinem Buch einen wichtigen Repräsentanten der deutschen Arbeiterbewegung wieder einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich macht.

Andreas Wöllersdorf, Erfurt

Barbara Böttger: Das Recht auf Gleichheit und Differenz - Elisabeth Selbert und der Kampf der Frauen um Art. 3 II Grundgesetz, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 1990, 311 Seiten, 28,- DM

Der Art. 3 II gehört sicher zu den Absätzen im Grundgesetz, die einerseits allgemein bekannt und anerkannt sind, und andererseits von ihrer tatsächlichen Verwirklichung soweit entfernt sind.

Kein Mensch wird heutzutage ernsthaft in einem theoretischen Gespräch den Frauen ihre Gleichberechtigung zum Mann streitig machen. Dabei übersieht Mann (aber auch viele Frauen), daß die Frau in weiten Teilen ihres Lebens noch immer diskriminiert und somit tagtäglich verfassungswidrig behandelt wird.

Das nun vorliegende Buch von Barbara Böttger über die Sozialdemokratin und 'Mutter des Grundgesetz', Elisabeth Selbert, und den Kampf der Frauen um Art.3 II bietet eine sehr gelungene Grundlage auf hohem inhaltlichem Niveau für eine Auseinandersetzung mit diesem Thema.

Der im ersten Teil des Buches beschriebene historische Abriß des "juristischen Kampfes um Gleichheit () im Verlauf der letzten 200 Jahre" belegt die Gültigkeit des Ausspruches der ersten herausragenden Kämpferin für Frauenrechte, Luise Otto (1819), daß "die jetzige gesellschaftliche Unordnung nicht eher aufhören wird und nicht zur gesellschaftlichen Ordnung verkehrt werden kann, bis auch die Frauen Menschenrechte haben." Einschränkend dazu bemerkt die Autorin, daß auch mit Art. 3 II "jenseits des trügerischen Scheins gleichen Rechts in Form individueller Grundrechte jene 'gesellschaftliche Unordnung' nicht aufgehört hat zu existieren, wenn auch -zweifelsohne entscheidende Fortschritte zu verzeichnen sind, die aber in jedem einzelnen Fall gegen den erbitterten Widerstand der Hüter dieser 'Unordnung' erkämpft werden mußten."

Ausgehend von der "weltgeschichtlichen Niederlage der Frauen durch die Etablierung des Patriachats im antiken und jüdisch-christlichen Abendland" und dem damit verbundenen und im Laufe der Jahrhunderte gefestigten Mundialprinzip in Bezug auf Frauen, d.h. Mann verweigerte der Frau den Status eines eigenständigen Rechtssubjekts, wird ausführlich auf den

Kampf der Frauen seit der ersten Frauenbewegung im 19. Jahrhundert eingegangen. Dabei wird ausdrücklich darauf verwiesen, daß das Recht und die Rechtsprechung durchaus als "systematische Mittel" zur Unterdrückung der Frauen durch die Männer zu bezeichnen sind. Auch die Anfänge des Frauenrechtskampfes, in Deutschland während der 48er Revolution, als die Frauen die "Menschenrechtsversprechungen der Aufklärung" auch für sich beanspruchten, wurden mit rechtlichen Mitteln seitens der Männer in Form z.B. eines Versammlungsverbot für Frauen bekämpft.

Der von Marx begründete und den Sozialdemokraten, hier besonders August Bebel, teilweise korrigierte Aspekt des 'Nebenwiderspruchs' in der Frauenfrage beeinflusste die sozialistische Frauenbewegung auf ganz besondere Weise. Der im Vordergrund stehende Kampf um die Befreiung der Arbeiter machte aus der Frauenfrage ein sekundäres Problem, das auch vielen Frauen als zweitrangig erschien.

Dies änderte sich Ende des 19. Jahrhunderts mit Aufkommen der Forderung nach dem Frauenstimmrecht.

Auf Druck der Frauenbewegung, deren einzelne Richtungen sich 1917 in dieser Frage zusammen getan hatten, setzte der Rat der Volksbeauftragten das Stimmrecht auch für Frauen durch. Diese "politische Gleichberechtigung wurde (jedoch), kaum war sie in der Verfassung festgeschrieben, von der Festschreibung wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheit konterkariert." Trotzdem ist das Frauenwahlrecht als ein Meilenstein auf dem Weg zur Gleichberechtigung der Frauen anzusehen. In der Zeit der Weimarer Republik veränderten sich wichtige Dinge in Bezug auf Frauen wie etwa Schulausbildung und Berufstätigkeit. Es darf aber nicht übersehen werden, daß zum Ende der Weimarer Republik "die emanzipatorischen Kämpfe der ersten Frauenbewegung () faktisch zum Erliegen gekommen" waren und durch die Frauenpolitik des Nationalsozialismus endgültig unterbrochen wurden.

Einschneidend für die weitere Entwicklung war dann der Krieg und die Nachkriegszeit, deren besondere Umstände den Frauen, oftmals gezwungenermaßen, zu neuen Tätigkeitsfeldern wie z.B. als 'Ernährerin der Familie' verhalfen. Aber auch hier blieb die Entwicklung auf halbem Weg stecken: "Die aus der Ausnahmesituation der vierziger Jahre resultierende potentielle politische Macht der Frauen aufgrund ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit und sichtbaren gesellschaftlichen Bedeutung konnte von ihnen, abgesehen von der Durchsetzung des Gleichberechtigungssatzes im Grundgesetz, parlamentarisch nicht in reale Macht zur Verteidigung ihrer Interessen oder gar einer Umgestaltung der durch und durch patriarchalisch strukturierten Gesellschaft entsprechend dem weiblichen Entwurf umgewandelt werden."

Im zweiten Teil des Buches wird dann das Leben Elisabeth Selberts in Form von Gesprächen, erläuternden Kommentaren und Quellen erzählt.

Elisabeth Selbert, 1896 in Kassel geboren, 1986 gestorben, seit 1918 Mitglied der SPD, seit 1934 Rechtsanwältin, war neben vielen anderen Tätigkeiten eine von den Frauen im Parlamentarischen Rat zur Entwicklung des Grundgesetzes der BRD. Daß diese Tätigkeit in ihrer Biographie eine herausragende Bedeutung erhält, hat Elisabeth Selbert ihrem Engagement für den Gleichheitsgrundsatz in Art. 3 II, Grundgesetz zu verdanken. Ihr anfängliches, auch berufsbedingtes, Augenmerk in diesem Gremium auf den Bereich der Rechtspflege, gab sie zu Gunsten des Gleichheitsgrundsatzes auf, als sie merkte, daß "die Gleichberechtigung der Frauen keineswegs für alle Abgeordneten eine Selbstverständlichkeit war."

Die ursprüngliche Formulierung aus dem Herrenchamber Entwurf, der der Arbeit des Parlamentarischen Rates zugrundelag, war aus der Weimarer Verfassung übernommen worden und lautete: "Männer und Frauen haben grundsätzlich die gleichen staatsbürgerlichen Pflichten." Diese Formulierung bedeutete nach Meinung Elisabeth Selberts jedoch nur "eine Gleichstellung im staatsbürgerlichen Raum" und keinen "imperativen Auftrag an den Gesetzgeber" wie sie es mit 'ihrem' Art.3 "Männer und Frauen sind gleichberechtigt" beabsichtigt hatte. Den Einwand, daß durch diese Formulierung weite Teile insbesondere des Familienrechts verfassungswidrig werden würden, entkräftete sie mit der Erarbeitung des Art.

R E Z E N S I O N

117 GG, "wonach das dem Gleichberechtigungsgrundsatz entgegenstehende Recht noch bis zum 31. März 1953 Geltung haben sollte."

Trotz dieser Fristverlängerung des 'alten Rechts' blieb der Widerstand der anderen Abgeordneten, auch aus den Reihen der SPD, bestehen. Im Laufe des Jahres 1948 einigten sich dann SPD und CDU auf folgenden Entwurf:

"(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Das Gesetz muß Gleiches gleich, es kann Verschiedenes nach seiner Eigenart behandeln. Jedoch dürfen die Grundrechte nicht angetastet werden.

(2) Männer und Frauen haben dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.

(3) Niemand darf seines Geschlechtes (...) wegen benachteiligt oder bevorzugt werden."

Um die Aufnahme dieser Passagen, die in ihren Auswirkungen die Ungleichheit der Frauen eher festgeschrieben als verbessert hätten, zu verhindern, entwickelte E.Selbert zur Jahreswende 1948/49 eine enorme Öffentlichkeitsarbeit. Durch Vorträge, Briefe u.a. gelang es ihr weite Teile insbesondere der Frauen zu erreichen, die durch ihren Protest in Form von Eingaben, Briefen und Leserbriefen einen Stimmungswandel herbeiführen konnten.

Am 18.1.1949 verabschiedete der Hauptausschuß den Artikel 3 mit der Selbert'schen Formulierung zur Gleichberechtigung in seiner heutigen Fassung.

Ohne hier im Einzelnen auf die Diskussionen im Parlamentarischen Rat eingehen zu wollen, deren Verlauf im Buch auszugswise abgedruckt ist und mit zunehmender Spannung verfolgt werden kann, und der Kontroverse über die letztendlichen Ursachen des Stimmungswandels, bleibt festzustellen, daß ohne Elisabeth Selbert der Art.3 GG heute anders und in seinen Auswirkungen für die Frauen schlechter aussehen würde.

Daß ihr dieses weder von ihrer eigenen Partei noch der breiten Öffentlichkeit gedankt wurde, so ist im Zusammenhang mit dem Grundgesetz noch immer nur von den 'Vätern' die Rede, gehört zu den 'Negativ-Erfahrungen' der jüngeren deutschen Geschichte.

Der abschließende Rück- und Ausblick der Autorin Barbara Böttger zeigt dann Alternativen und Vorgehensweisen für eine tatsächliche Verwirklichung des Gleichberechtigungsgrundsatz in Art.3 II auf.

Dabei sieht Barbara Böttger die Basis für Veränderungen vorrangig im wirtschaftli-

chen Bereich mit dem weit gefaßten Begriff der Förderpläne. Sie zielt dabei nicht nur auf Veränderungen des bestehenden Systems zu Gunsten der Frauen sondern auf eine Veränderung des Systems an sich. Für sie ist klar, und hier trifft sie sich mit großen Teilen der 'Linken Frauenbewegung', daß "ein auf Verwirklichung drängender Anspruch der Frauen auf Gleichberechtigung nicht mehr und nicht weniger als die Basis dieser patriarchalen kapitalistischen Gesellschaftsordnung in Frage stellt, die in ihren elementaren Strukturen auf der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung, der Zuweisung von Geschlechtsrollen und der männlichen Definitionsmacht beruht."

Obwohl das Buch gerade im ersten Teil etwas schwer zu lesen ist, wird dieses durch die Prägnanz der Aussagen und der umfassenden Bibliographie fast gänzlich überlagert. Die Vermischung von reiner Biographie und umfassendem Hintergrundwissen verhilft der Leserin/dem Leser auf interessante Weise zu einem Einblick in das Leben und Werk der Elisabeth Selbert, dessen Inhalt noch immer und wahrscheinlich noch lange Zeit von aktueller Brisanz bleibt. Dieses Buch kann und sollte als kleiner Schritt zur Verwirklichung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern angesehen werden.

Renate Alves, Köln



BAYER Macht Kasse liefert unentbehrliche Informationen für GewerkschafterInnen, ÄrztInnen, Tierversuchge-nerInnen, Dritte-Welt-Engagierte, UmweltschützerInnen, BAYER-Beschäftigte und -AnwohnerInnen, PolitikerInnen, Betriebsräte, AktionärInnen...

Coupon ausfüllen und senden an:
Coordination gegen BAYER-Gefahren
 Hofstraße 27 a, 5650 Solingen 11, oder
 wenn es eilt, telefonisch bestellen
 (02 12) 33 49 54.

Coupon

- Exemplar(e) BAYER Macht Kasse für 24,80 DM

5 Expl. für nur 110,- DM (14,- DM gespart)

10 Expl. für nur 210,- DM (38,- DM gespart)

20 Expl. für nur 400,- DM (96,- DM gespart)

Stichwort BAYER (kritische Infos zum BAYER-Multi), kostenlos
 zzgl. 5,- DM für Porto und Verpackung

Name, Vorname _____

Str. u. Tel.-Nr. _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

Ich/wir besitzen _____
 - BAYER-Aktien und haben Interesse die Stimmrechte den "Kritischen BAYER-Aktionären" zu übertragen.
 Lieferung nur gegen Vorkasse. Bitte Scheck beifügen. Alle Preise enthalten 7% MwSt..

Weiterhin lieferbare Titel aus dem **SPW**-Verlagsprogramm

Ich bestelle:

Expl.: Josef Hindels, **Marxismus und Gegenwart**, Berlin 1985 (2. Auflage); 146 Seiten, Ladenpreis 9,- DM, für AbonnentInnen 6,- DM, bei Abnahme von min. 10 Expl. 5,- DM je Stück.

Expl.: **FRAUENBILDER**. Die weibliche Wirklichkeit ist anders Hsgg. von den JungsozialistInnen Berlin, Berlin 1986; Ergebnisse eines Fotowettbewerbs der Berliner JUSOS, 80 Seiten mit Fotos, Ladenpreis 19,80 DM, für AbonnentInnen 15,- DM.

Expl.: **Kapitalistische Krise und Strategien der Eurolinken**. Fragen einer sozialistischen Politik in Westeuropa Hsgg. von Detlev Abers, Josef Cap, Jean-Pierre Chevènement und Pietro Ingrao, Berlin 1982; mit Beiträgen von AutorInnen aus der gesamten westeuropäischen Linken, 160 Seiten, Ladenpreis 21,50 DM, für AbonnentInnen 12,- DM.

Expl.: **Herforder Thesen**. Zur Arbeit von Marxisten in der SPD Hsgg. vom Vorstand der JUSOS Ostwestfalen-Lippe, Berlin 1981 (2., überarbeitete Auflage); Ladenpreis 8,- DM, für AbonnentInnen 5,- DM. Grundlegende Positionsbestimmung von MarxistInnen in der SPD zu Beginn der 80er Jahre, anknüpfend an den marxistischen Traditionen in der deutschen wie auch internationalen Sozialdemokratie.

Expl.: **Linke Sozialdemokraten & bundesrepublikanische Linke**. Diskussion am Beispiel der Herforder Thesen Hsgg. von Detlev Abers u.a., Berlin 1981; mit Beiträgen von Wolfgang Abendroth, Rudolf Bahro, Joachim Bischoff u.a., Ladenpreis 10,80 DM, für AbonnentInnen 8,- DM.

Expl.: **Sozialismus der Zukunft**. Grundlagen für das neue Programm der SPD Hsgg. von Detlev Abers, Frank Heidenreich, Heinrich Lienker und Kurt Neumann, Berlin 1988; mit Beiträgen von Dietrich Dehm, Jürgen Egert, Katrin Fuchs u.a., 185 Seiten, Ladenpreis 17,50 DM, für AbonnentInnen 15,- DM.

Expl.: **Projekt Moderner Sozialismus**. 53 Thesen Hsgg. von Susi Möbbeck, Fiete Saß und Birgit Zoemer, Berlin 1989; Ladenpreis 8,- DM, für AbonnentInnen 7,- DM, in 53 Thesen formulierten marxistische Jusos in der SPD Bausteine für eine zeitgemäße Gesellschaftsanalyse und eine moderne sozialistische Strategie.

spw-Hefte 1, 3-29; Ladenpreis je 9,80 DM, für AbonnentInnen je 5,- DM.
 spw-Hefte 30-50; Ladenpreis je 9,50 DM, für AbonnentInnen je 7,50 DM.
 Abspw-Heft 51; Ladenpreis je 7,- DM, für AbonnentInnen je 7,- DM.

Ich bestelle (spw-Hefte Nr. ... Anzahl der Expl.).

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung (Preis zzgl. Versandkosten von 1,50 DM).

Ich zahle mit Verrechnungsscheck (versandkostenfrei).

Name, Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

Anzeige

Auf der Suche nach der verlorenen Zeit



Ich möchte den Freitag kennenlernen: Sechs Wochen lang zur Probe für 10,- DM (nur Vorkasse: bar, Scheck oder Briefmarken).

Name/Vorname _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

Datum/Unterschrift _____

Vertrauensgarantie: Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb einer Woche beim Freitag widerrufen kann. Wird der Bezug nicht vor Erhalt der 5. Ausgabe gekündigt, wandelt sich das Probeabo in ein reguläres Abo um.

Einsenden an: Vertrieb Freitag, PF 360 520, W-1000 Berlin 36

Freitag
 Die Ost-West-Wochenzeitung

JEDEN FREITAG AM KIOSK!



Peter von Oertzen/Susi Möbbeck (Hrsg.)

Vorwärts, rückwärts, seitwärts...

Das Lesebuch zur
SPD-Organisationsreform

ca. 200 Seiten / Buchhandelspreis: DM 19,80
Erscheinungstermin: November 1991

Aus dem Inhalt:

Solidarität und Individualisierung • Wie man einen Parteitag aufmischt • Die AfA-Betriebsgruppe - der Ortsverein neuen Typs? • Der Ortsverein - lebendige Basis-einheit oder tote Hose? • Arbeitnehmerpartei, Volkspartei, Allerweltpartei? • SPD zwischen Yuppies und Proleten? • Was erwarten anspruchsvolle Frauen von der SPD? • Mitmachen, Mitentscheiden, Mitglied sein - worauf kommt es an? • Gibt es Politik ohne Partei? • Partei und Computer - mit neuer Technik zu neuen Ufern? • Professionalität - Mythos oder Chance? • Projektarbeit in der SPD • Kultur- und Medienarbeit heute

Beiträge von und mit

Rudolf Dreßler • Diether Dehm • Konrad Elmer • Peter Grafe • Horst Kern • Werner Kindsmüller • Dieter Lattmann • Susi Möbbeck • Peter von Oertzen • Hans Scheibner • Ulf Skirke • Franz Sommerfeld • Kurt Tucholsky • Karin Vogel • Claudia Walther und vielen anderen mehr

Ich bestelle

..... Expl. von
"Vorwärts,
rückwärts,
seitwärts..."
zum Subskriptionspreis*
von je DM 15,- zzgl.
je DM 1,- Versandkosten.

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Ich zahle mit Verrechnungsscheck (beiliegend). Ich zahle nach Erhalt der Rechnung.

*) bei Direktbestellungen
beim Verlag bis
31.1.1992

Coupon senden an:
spw-Verlag • Kieler Str. 13 • 5000 Köln 80

Wichtige Mitteilung für alle Bezieherinnen und Bezieher der spw

Im vergangenen Jahr ist die Postdienst-Datenschutzverordnung in Kraft getreten. Die Post macht in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, daß sie bei Anschriftenänderungen grundsätzlich dem Verleger die neue Adresse mitteilt.

Gegen diese geübte Verfahrenspraxis besteht nach der neuen Verordnungslage jetzt ein Widerspruchsrecht seitens der Bezieher.

Sollten Sie als Bezieherin/Bezieher bis zum 15. April 1992 keinen schriftlichen Widerspruch bei uns dem Verleger eingelegt haben, so verfährt die Post unverändert wie bisher. Sie sendet Zeitschriften nicht nach! Sie teilt dem Verlag nur die neue Adresse mit, soweit sie ihr bekannt ist.

Wir bitten deshalb darum, uns jede Anschriftenänderung vorher mitzuteilen.

Ihr spw-Verlag

spw

das **M**agazin ✓
der
sozialdemokratischen
Linken,

das **M**agazin ✓
für einen
sozialistischen Dialog.